

Elke Renner, Johannes Zuber

Hört uns zu!
Ai shunen!
Shunen, ho mea pená!
Roma, Sinti und ...

schulheft 115/2004

StudienVerlag

IMPRESSUM

schulheft, 29. Jahrgang 2004

© 2004 by Studienverlag Innsbruck-Wien-München-Bozen

ISBN 3-7065-1992-5

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OEG, Wien

Umschlaggestaltung: Josef Seiter

Printed in Austria

Herausgeber: Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6,
A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Barbara Falkinger, Anton Hajek, Norbert Kutalek, Peter Malina, Heidrun Pirchner, Susanne Pirstinger, Editha Reiterer, Elke Renner, Erich Ribolits, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter, Reinhard Zeilinger, Johannes Zuber

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien; Tel.: 0043/1/4858756, Fax: 0043/1/4086707-77; E-Mail: seiter.anzengruber@utanet.at; Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Elke Renner, Johannes Zuber

Verlag: Studienverlag, Amraser Straße 118, A-6020 Innsbruck; Tel.: 0043/512/395045, Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at; Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 23,50/sfr 41,20; Einzelheft: € 9,-/sfr 16,60

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseausendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung: laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Susanne Pirstinger, Heidrun Pirchner, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Elke Renner, Michael Sertl.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

INHALT

Vorwort	5
Peter Gstettner	
„Minderheitenpolitik“ als Umgang mit staatlich anerkannten Fremden?	7
<i>Ein Essay</i>	
Peter Malina	
Vorurteile als Probleme der Mehrheit	22
<i>„Zigeuner“ als Objekte gesellschaftlicher Aggression</i>	
Gerhard Baumgartner, Florian Freund	
Die burgenländischen Roma nach 1945	34
<i>Geschichte und aktuelle Situation einer verfolgten und marginalisierten Minderheit</i>	
Johannes Zuber	
Kemetten und die Erinnerung	57
Herwig Czech	
„Überwiegend zigeunerischer Bluteinschlag“	59
<i>Das Wiener Gesundheitsamt und die nationalsozialistische Verfolgung der Roma und Sinti</i>	
Hannes Hofbauer	
Roma in der Slowakei: In den Hunger getrieben	68
István Nuber	
Verfolgung, Identität und Integration der Roma	77
<i>Über eine Konferenz</i>	
János Bársony, Ágnes Daróczi	
Werte und Traditionen der Roma	82
<i>Fragen ihrer Identität</i>	
György Szretykó	
Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration der Roma ...	87
Hans Haider	
Sinti in Villach – geächtet – verfolgt – ermordet	92
<i>Ein Denkmal der Namen auf dem Villacher Hauptplatz</i>	
Alfred Merle	
„Meine Großmutter war schon eine Roma, aber ich bin keiner!“ ..	97
Elisabeth Fraberger	
Es gibt keine Impfung gegen Vorurteile, aber die Chance, Menschen kennen zu lernen	100
<i>Ein Romaprojekt in der HS St.Andrä-Wördern, NÖ</i>	
Christa Stippinger	
Auschwitz ist mein Mantel	103
<i>Romakulturarbeit im Amerlinghaus</i>	

Roma Vereine

Kulturverein österreichischer Roma	108
<i>Dokumentations- und Informationszentrum, Wien</i>	
Romano Centro, Wien	109
Verein Roma Oberwart, Burgenland	111
Roma-Service, Kleinbachselten, Burgenland	114
Ketani, Linz	118
Gypsi-Info und Gipsy Radio, Wien	119

Rezensionen

Ludwig Laher (Hg.)	
Uns hat es nicht geben sollen	121
<i>Rosa Winter, Gitta und Nicole Martl. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen</i>	
Karl Stojka	
Wo sind sie geblieben ...?	125
<i>Geschunden, gequält, getötet</i>	
<i>Gesichter und Geschichten von Roma, Sinti und Juden aus den Konzentrationslagern des Dritten Reiches</i>	
Yaron Matras, Hans Winterberg, Michael Zimmermann (Hg.)	
Sinti, Roma, Gypsies	127
Sprache – Geschichte – Gegenwart	
Stefan Horvath	
„Ich war nicht in Auschwitz“	133
<i>Erzählungen</i>	
Mongo Stojka	
„Papierene Kinder“ – Glück, Zerstörung und Neubeginn	134
<i>einer Roma-Familie in Österreich</i>	
Miso Nicolic	
„...und dann zogen wir weiter“ – Lebenslinien einer Romafamilie / „Landfahrer“ – Auf den Wegen eines Rom.	134
Halbwachs Dieter (Hg.)	
Märchen, Erzählungen und Lieder der Lovara, Roma, Romna	135
AutorInnen	137

Vorwort

Dass 2004 in unserer *schulheft*-Reihe eine Nummer zur Vermarkt-wirtschaftlichung der Schule/Bildung und eine zu Migration/Rassismus erschienen sind, ist Teil unseres Konzeptes, weil es wesentlich darum geht, Diskriminierung, Ausgrenzung, Verarmung von bestimmten Minderheiten und MigrantInnen als Folge einer brutalen Wirtschafts- und Machtpolitik zu sehen, in der Vorurteile und Hass als ideologisches Rüstzeug dienen.

Die Roma gehören zu jenen Minderheiten, die mit ihren Anliegen und Problemen am wenigsten in der Öffentlichkeit Gehör finden. Dieses *schulheft* versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten, den Lesern und Leserinnen einige Einblicke in die Problematik zu geben. Wir danken allen Autoren und Autorinnen für ihre Beiträge, vor allem Kollegin Elisabeth Fraberger für ihre Anregungen und die uns zur Verfügung gestellte Materialsammlung.

Der Stigmatisierung durch die Fremdbezeichnung „Zigeuner“ setzen wir den Überbegriff Roma (Rom) für die Gesamtheit der Gruppen, die ihrerseits jeweils unterschiedliche Eigenbezeichnungen haben, entgegen.

Konkreter Anlass für diese Nummer war eine Konferenz im Oktober 2003 in Sopron, die sich unter dem Titel „Verfolgung, Identität, Integration“ mit der Lage der Roma beschäftigte und an der ungarische und österreichische LehrerInnen teilnahmen. Nach vier vorangegangenen Treffen zur Holocaust-Thematik war nicht nur das Thema neu, sondern auch die Tatsache, dass es von österreichischer Seite für diese Konferenz keine finanziellen Mittel mehr gab, Kultur-Kontakt musste seine Unterstützung einstellen. Ergebnisse der Konferenz sind in dieser Nummer dokumentiert.

Thema der ersten Beiträge ist die historische Dimension der Ausgrenzung und Stigmatisierung der Roma bis hin zum Völkermord in der NS-Zeit, an der die Ordnungsmacht einer „Mehrheitsgesellschaft“ maßgeblich beteiligt war.

Die folgenden Beiträge befassen sich mit der Geschichte und Situation der Roma in der Slowakei und in Ungarn, in Ländern, in denen die Folgen neoliberaler Politik die schon am Rande der

Gesellschaft Lebenden in besonderem Maße trifft. Wenn es auch hilfreiche EU-Projekte für Roma gibt oder geben wird, ist es doch die Wirtschaftsmacht der EU, welche die soziale Lage polarisiert.

Im nächsten Teil des Themenheftes stellen KollegInnen Unterrichtserfahrungen und Unterrichtsprojekte vor, in einem weiteren gibt es Informationen über die uns bekannten Organisationen österreichischer Roma und Sinti.

Aus Platzmangel konnten wir nur einige ausgewählte Bücher über Leben und Kultur der Roma empfehlen.

Wir hoffen, wichtige Probleme in diesem Schulheft aufzuzeigen, Probleme, die der Roma-Bevölkerung gemacht werden und die dann die ihren sind. Es geht uns grundsätzlich um gleiches Recht und respektvolles Zusammenleben.

Elke Renner

Peter Gstettner

„Minderheitenpolitik“ als Umgang mit staatlich anerkannten Fremden?

Ein Essay

Wer sagt, „Minderheiten“ gibt es eigentlich nicht, weil jeder/jede von uns schon einmal in der Position einer Minderheit war, also ausgegrenzt und diskriminiert wurde, hat Recht und Unrecht zugleich. Subjektiv neige ich auch zu dieser Position, denn ich habe schon oft Rollen eingenommen, in denen ich in einer Minderheitenposition war. Also glaube ich, die entsprechenden Mechanismen der Ausgrenzung und Stigmatisierung aus eigener Erfahrung zu kennen.

Hier soll allerdings in einem anderen Sinne von Minderheiten die Rede sein, nämlich in der Bedeutung von Gruppen, denen das Minderheitenmerkmal „objektiv“, meistens von außen, zugeschrieben wird. Solche Zuschreibungen bzw. Definitionen bestimmen in der Regel das staatliche Handeln, das wir „Minderheitenpolitik“ nennen.

In diesem Sinne bin ich kein Angehöriger einer österreichischen Minderheit. Also schreibe ich diesen Beitrag weder als „Betroffener“ noch als Politiker, dessen Handeln Minderheiten zum Gegenstand hat. Ich schreibe vielleicht als „Sympathisant“ von Minderheiten, der aber jedenfalls der Mehrheitsbevölkerung angehört.

Als Sympathisant nehme ich für mich in Anspruch, den Umgang der staatlichen Institutionen mit „unseren“ Minderheiten kritisch zu beobachten. Mein persönliches Engagement in dieser Sache ergibt sich aus diesen Beobachtungen und aus meinem Berufsverständnis, das mich dazu anhält (durchaus im klassischen Sinne der Aufklärung), für die allgemeinen Menschenrechte einzutreten und einen Beitrag zu leisten für ein besseres Leben und Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Beides zusammen heißt für mich, der ich in einer faktischen „Ungleichheitsgesellschaft“ lebe, die gleichwohl nach der Verwirklichung von demokratischen Regeln strebt, allen diskriminierenden und entwürdigenden

den Bedingungen entgegen zu treten, wo auch immer sie auftreten und wen auch immer sie treffen. Insofern fühle ich auch die Verpflichtung, mich mit der Situation der Sinti und Roma auseinander zu setzen, gleichsam „jetzt erst recht“, da sie eine „österreichische Minderheit“ sind.

Darüber hinaus gibt es natürlich noch etwas, das aber Mehrheiten-/Minderheiten-unspezifisch ist: die persönliche Freundschaft zu einzelnen Volksgruppenangehörigen. Auch daraus kann Engagement erwachsen, vor allem aber eine genauere Kenntnis von den prekären Lebensverhältnissen, von den gesellschaftlichen Zwängen, unter denen Minderheiten ihr Leben und Überleben – auch unter staatlicher Obhut – organisieren müssen. Oft ist es gerade dieser „staatliche Schutz“, der zahllose Begleiterscheinungen zeitigt, die für Minderheiten den Charakter eines „Gefangenen-Dilemmas“ haben. So ist z.B. die staatliche Obhut eine Art „Fürsorge“ im Sinne legislativer Rahmenbedingungen und Festlegungen, die als „Maßnahmen“ umgesetzt werden – oder auch nicht; wie auch immer, Minderheiten werden erst durch diese offiziellen Definitionen und durch das daraus resultierende staatliche Handeln zu den „Anderen“, zu den „Fremden“, um deren Kontrolle und „Integration“ es geht.

Ljubimir Bratic hat im *schulheft Nr. 114/2004* die Festschreibung von Minderheiten in einer für den Staat handhabbaren Objektrolle treffend analysiert.¹ Eine dieser Festschreibungen geschieht im Wege der Selbstethnisierung von MerkmalsträgerInnen: Der Staat fordert von den Minderheitenangehörigen ein ethnisches Bekenntnis, damit die Angehörigen einer Volksgruppe definiert und (bei Bedarf) auch gezählt werden können. In speziellen Fällen, dies zeigt etwa das Beispiel der Sinti und Roma, kann der Staat auch auf die Zählung verzichten, zum Beispiel bei mehreren übereinstimmenden Unterlagen für hinreichend genaue Schätzungen und/oder bei einem guten Organisationsgrad der Volksgruppenvertretung, deren Angaben für vertrauenswürdig gehalten werden. Es soll aber auch schon Fälle gegeben haben, wo der politische Außendruck bewirkt hat, dass der Staat auf eine

1 Bratic, L.: Die neuen Grenzen der Geschichte. In: *schulheft Nr. 114, 2004*, S. 29-26

„Volkszählung der besonderen Art“ verzichtet hat. Von anderen Fällen ist bekannt, dass Minderheitenfeststellungen im Wege von Zählungen erst durch politischen Druck von außen veranlasst wurden.

Aus meiner Einführung wird deutlich, dass ich die Begriffe „Minderheit“ und „Volksgruppe“ synonym und „wertneutral“ verwenden möchte, das heißt, „Minderheit“ bzw. Zugehörigkeit zu einer „Volksgruppe“ soll hier zunächst als eine statistische Aussage verstanden werden, die sich auf die Anzahl von Menschen in einem Staatsgebilde bezieht, die sich durch verschiedene Zähl- und Erfassungsverfahren (einschließlich Schätzverfahren) ermitteln lässt, wobei die Zahlen stets in Kombination mit Definitionen (Staatsbürgerschaft, Religion, Geschlecht, Muttersprache usw.) und Zuschreibungen (Herkunft, Kultur, Sozialisation, Weltanschauung, Assimilationsbereitschaft usw.) aussagekräftig bzw. politisch relevant werden. Die Zuschreibungen und Definitionen machen die „reinen Zahlen“ zu politisch verwertbaren Konstrukten – und damit haben die Zahlen auch schon aufgehört, „wertneutral“ zu sein.

So ungenau diese Begriffsbestimmung sein mag, sie hat den Vorteil, nicht zwischen „alten“ (autochthonen) Minderheiten, zu denen etwa die Slowenen in Kärnten und in der Steiermark gehören, und „neuen“ Minderheiten, die eine Folge der Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte sind, definitorisch unterscheiden zu müssen. Dabei übersehe ich nicht, dass sich die politischen Praxen sehr wohl unterscheiden, je nach dem, auf welche Minderheiten sie abzielen, auf die alten oder die neuen. So eine unterscheidende Sichtweise wird immer günstiger für die autochthonen Minderheiten ausfallen, also für die alteingesessenen, deren Mitglieder zumeist schon seit Generationen österreichische StaatsbürgerInnen sind. Diese Minderheiten sind praktisch identisch mit denen, die der österreichische Staat „anerkannt“ hat – sei es im Staatsvertrag von 1955 oder in einem späteren Verfahren, wie es bei den Sinti und Roma der Fall war: Die Sinti und Roma – sofern sie die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen – gehören seit Dezember 1993 zur Gruppe der staatlich anerkannten Minderheiten.²

Diese Form der staatlichen Anerkennung ist selbst schon ein

Umstand, der für sich spricht. „Freiwillig“ hat der Staat so eine Anerkennung noch nie ausgesprochen. In jedem Fall musste politischer Druck ausgeübt werden – zunächst von den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und später von den Organisationen der betroffenen Volksgruppen und/oder von Oppositionsparteien. Das Faktum allein, ethnische Minderheit zu sein, das ja schon viel länger existiert als die heutigen österreichischen Grenzen, ist offenbar nicht ausreichend für den Umstand, dass der Staat bereit wäre, die Existenz von Minderheiten „nichtdeutscher Muttersprache“ auf seinem Territorium anzuerkennen.

Die Minderheiten, die in Österreich nicht zu den staatsvertraglich anerkannten ethnischen Gruppen gehören, werden von Fall zu Fall unterschiedlich behandelt. Für alle gilt jedoch: Ihr Schutz vor Assimilation, Entnationalisierung, Rechtsungleichheit und Diskriminierung ist vonseiten des Staates nicht gewährleistet, im Gegenteil, die staatlichen Maßnahmen selbst sind dazu angetan, strukturell den „Rassismus“ zu betonen, um Österreich bloß nicht als „Einwanderungsland“ erscheinen zu lassen. Damit soll nicht nur präventiv ein politisches Signal an die Herkunftsländer der MigrantInnen gegeben werden, es soll damit auch einer weiteren multikulturellen Vergesellschaftung Österreichs ein Riegel vorgeschoben werden. Da die kulturelle Homogenität Österreichs weder historisch jemals gegeben war noch in Zukunft erreichbar sein wird, machen die Herrschenden im Wege einer spezifischen „Fremdenpolitik“ den Versuch, die Migrationsströme zu kanalisieren und zu kontrollieren. Verschiedene Gesetze und Maßnahmen sollen ihre abschreckende Wirkung tun und Österreich für „Fremde“, insbesondere für Flüchtlinge und Asylwerber, zu einem auf legalem Wege unerreichbaren Land machen.

Erklärend ist nachzutragen, dass für mein Verständnis von „Minderheit“ auch meine Erfahrungen mit der Politik in Kärnten maßgeblich sind, da ich mit den hier vorherrschenden politischen

2 „... und was geschieht jetzt?“ war meine Frage nach der Anerkennung und dem Attentat von Oberwart. Vgl. Gstettner, P.: Pflichtgemäße Betroffenheit. Sinti und Roma sind eine Österreichische Volksgruppe – und was geschieht jetzt? In: Geschriebenstein 22/23, 1995, S. 13-18

Umgangsformen und Praxen seit bald 25 Jahren – persönlich und durch die Ausübung meines Berufes an der Universität – konfrontiert bin. Auch im Hinblick auf die „jüngste“ staatlich anerkannte Volksgruppe der Sinti und Roma ist es nicht uninteressant, die Situation der Volksgruppe der Kärntner Slowenen mit zu bedenken, nicht nur, weil sie als „anerkannte Minderheit“ unter den staatsvertraglich garantierten Schutz fällt, sondern auch, weil sie faktisch zu einem begehrten Objekt der Landespolitik geworden ist.

Auf Grund ihrer rückläufigen Zahl und ihrer Geschichte spielen die Kärntner Slowenen für die regionale Politik die klassische Rolle des „Spielballs“. Die Regeln sind relativ einfach zu durchschauen. Den Kärntner Slowenen wird von Politik und Medien vermittelt: Wenn ihr brav seid und keine Forderungen stellt, dürft ihr Partner im politischen Spiel sein. Neuerdings ist das Bravsein zusätzlich auch durch Bezeugung von Dankbarkeit auszudrücken; die Minderheit soll dankbar sein für die erwiesene „Anerkennung“ und für „Zugeständnisse“, auch wenn diese eigentlich nur die Erfüllung des Staatsvertrags sind. Diese neue Situation ist so zu bewerten: Offenbar genügt es nicht mehr, Dankbarkeit durch Assimilationsbereitschaft bzw. durch das statistische Kleinerwerden auszudrücken – auch dazu haben sich die Slowenen nach Meinung der Kärntner Politiker „freiwillig“ entschlossen. „Dankbarkeit“ wird auch explizit eingefordert. (Von den Sinti und Roma ist mir Ähnliches nicht bekannt, obwohl sich der wichtigste Vertreter dieser Volksgruppe auffallend oft, bei jedem offiziellen Anlass und für jede Errungenschaft, bei allen Politikern bedankt. Dies mag aber eine Geste anezogener Höflichkeit sein, denn nichts wäre im Hinblick auf weitere Fördermaßnahmen unkluger, als „undankbar“ zu erscheinen.)

Auch „böse“ Kärntner Slowenen sind als Gegenspieler für die Landesregierung gelegentlich eine willkommene Bereicherung, stellen sie doch auf der politischen Spielwiese einen Gegner dar, der leicht an die Wand zu spielen ist. Da durch den pseudo-demokratischen Spielcharakter dem unvergleichlich kleineren und schwächeren Partner das Bewusstsein genommen wird, dass er immer nur als „Minderheit“ am Spiel teilnimmt, sind diese Praxen der Parteien unschwer als das zu demaskieren, was sie ei-

gentlich sind: Es geht um ein Heimspiel; das heißt, um ein internes Spiel in einem Kartell, das niemals freiwillig bereit ist, „Macht“ mit der Minderheit zu teilen oder damit verbundene Kompetenzen, also Machtbefugnisse, an sie abzutreten.

Ich möchte an dieser Stelle keine Schlüsse auf die Minderheitenpolitik der Bundesregierung ziehen. Trotzdem glaube ich nicht, dass die obigen Ausführungen auf einer Kärntner Spezifität beruhen. Was auf jeden Fall als These weiter im Raum steht, ist die Behauptung, dass die Kärntner Minderheitenpolitik, bedingt sowohl durch die Dominanz der Haider-FPÖ als auch durch den „Dreiparteienpakt“ (ein solcher existiert seit 1976), eine Art Vorreiterfunktion bei der Volksgruppenpolitik in Österreich zukommt.³ Seit dem schwarz-blauen Koalitionsvertrag auf Bundesebene hat sich das „Kärntner Modell“, das verschiedentlich auch als rechtsextremes politisches Labor oder schlicht als „Haiders Exerzierfeld“⁴ bezeichnet wurde, insofern generalisiert, als sich jetzt zeigt, dass in Kärnten eigentlich immer schon Fremdenpolitik gemacht wurde. Die Fremdenpolitik wird nur aus Gründen der verbalen „Political Correctness“ einmal „Minderheitenpolitik“ und einmal „Volksgruppenpolitik“ genannt. Mit anderen Worten: Die „Wahrheit“ jeder Minderheitenpolitik zeigt sich in der Fremdenpolitik.

Es fehlt mir hier der Platz, um diese These weiter auszuführen. Ich möchte deshalb nur ein kleines Indiz anbringen, das gerade aktuell ist (August 2004): Zwischen Bund und Ländern gibt es derzeit wieder einmal einen Streit um die Flüchtlingsquote, also um die Zahl jener Asylwerber, die bis zum Abschluss ihres Verfahrens in der sog. Bundesbetreuung bleiben dürfen (oder müssen). Die betroffenen Menschen werden nach einem Schlüssel, der gemeinsam mit den Bundesländern im Innenministerium festgelegt wird, in ausgewählte Quartiere auf die Bundesländer

3 Vgl. Gstettner, P.: Vom Vexierbild zum Vorbild: Zur politischen Strategie des Rechtspopulismus. In: Birbaumer, A./ Steinhardt G. (Hrsg.): Der flexibilisierte Mensch. Subjektivität und Solidarität im Wandel. Heidelberg 2003, S. 245-260

4 Obid, V./Messner, M./Leben, A.: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlovenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft. Wien 2002

aufgeteilt. Es stellte sich nun heraus, dass mehrere Bundesländer die vereinbarte Aufnahmequote nicht erfüllen. Allein die Politik an der Spitze des Bundeslandes Kärnten scheint aber auch noch stolz darauf zu sein, dass in Kärnten die Quote nicht erfüllt wird und dass das Land damit seinen Unterbringungs- und Versorgungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die offizielle Argumentation bzw. Legitimation dafür in Kärnten verläuft so: In Wien, von wo aus die Asylwerber zugeteilt werden, würde man nicht ausreichend kontrollieren, ob es sich um „echte“ Flüchtlinge handelt oder nur um „illegale“ Grenzgänger, die lediglich „zum Inkasso der Flüchtlingshilfe“ nach Österreich kämen. Vom Kärntner Landeshauptmann Haider wird die Aussage überliefert, er werde in Kärnten diesen „Asylmissbrauch“ verhindern, denn er wolle nicht „illegalen Ausländern mit Kärntner Steuergeld einen Gratis-Urlaub finanzieren“ – so das wörtliche Zitat, das der *Kleinen Zeitung* vom 19. August 2004 zu entnehmen war.

Die Kärntner Bevölkerung, die zeitweise mit finanziellen Geschenken des Landeshauptmannes geradezu überschüttet wird (zumindest in seiner eigenen Wahrnehmung, die sich verständlicher Weise am „Kindergeld“, „Schulstartgeld“, an der Förderung von Billigtankstellen, Seebühnenaufführungen, Sportevents usw. orientiert), kennt inzwischen Grundstruktur dieser Argumentation, die im Subtext heißt: Die Fremden, die nicht rechtmäßig bei uns sind, bekommen nichts „geschenkt“; und der Staat bekommt seinen (Steuer-)Anteil von unserem redlich verdienten Geld nur dann, wenn er damit „rechtmäßig“ umgeht, das heißt, wenn er ihn seinerseits nicht an „illegale“ Einwanderer verschenkt.

Diese „Rechtmäßigkeit“, die sich eigentlich nicht auf Recht bezieht, sondern auf Emotionen und auf den eigenen (einheimischen) Vorteil, kommt dem deutsch-kärntner Verständnis von rechter Minderheitenpolitik sehr entgegen bzw. ist auf diesem Humus gediehen. Jörg Haider steht schließlich als Landeshauptmann dafür gerade, dass auch die slowenische Minderheit keine „Geschenke“ erhält, also keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln, keine Finanzierung von zweisprachigen Schulen, sofern dort nur „slowenische Lehrer“ eine Anstellung bekommen, keine weiteren Sendezeiten auf den Kärntner Frequenzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens usw.

Alle restriktiven Maßnahmen können sich heute als notwendige Einsparungen von Staatsausgaben tarnen. So werden sie in der Regel auch begründet – und schon geht das Argument einer „minderheitenfeindlichen“ Politik in die Leere. Es ist verpönt, genau zu schauen, wen diese Einsparungen zu allererst treffen, ob sie auch tatsächlich relevante Summen einbringen und für wen sie überhaupt „erfunden“ wurden.

Es gibt aber auch noch einen anderen Grund, weshalb die politischen Praxen gegenüber den anerkannten Minderheiten (Kärntner Slowenen versus Sinti und Roma) verschieden sind. Bei den Sinti und Roma musste sich die staatliche Minderheitenpolitik zum Teil auf andere Grundlage berufen, denn in der Tat sind die empirischen und historischen Ausgangspunkte vergleichsweise verschieden:

- Sinti und Roma sind zwar auch mit negativen Vorurteilen konfrontiert, diese sind jedoch eher gleichmäßig in der Mehrheitsbevölkerung verteilt und werden nicht – wie in Kärnten – durch eine, von allen kompetenten Politikern geförderte „Heimatschutzorganisation“ strategisch gebündelt und rassistisch zugespitzt. Bei dieser regionalen Spezifität beruft sich die Kärntner Politik auf eine historische Situation, die einmal auf der Kippe stand: Wenn die Volksabstimmung 1920 anders ausgegangen wäre – nämlich zugunsten der slowenisch-nationalen Interessen – dann wäre ein Stück des Kärntner Territoriums an den historischen Feind verloren gegangen und dann wären die Deutschsprachigen tatsächlich eine „Minderheit“ geworden. In eine vergleichbare Situation haben die Sinti und Roma die Mehrheitsbevölkerung bzw. die österreichische Politik nie gebracht.
- Ähnlich wie gegen die Kärntner Slowenen, wird auch gegenüber den Sinti und Roma das für die Einheimischen so eingängige Feindbild der „Landfremdheit“ in Stellung gebracht – mit dem einen gravierenden Unterschied, dass die Slowenen, als in Kärnten alteingesessene Gruppe, ständig verdächtigt werden, einen Teil des Kärntner Territoriums zu beanspruchen, um es dann von der „Kärntner Heimat“ abzutrennen. Dem gegenüber werden die Sinti und Roma, gerade weil sie nie territoriale Ansprüche auf ein bestimmtes Siedlungs-

gebiet geltend machten, von den Einheimischen als unstete und nichtsesshafte Gruppe zu einem Gefahrenfaktor erklärt. Nachsatz: Für „kulturlos“ – vor allem wegen der Affinität zum „Balkan“ – werden im Grunde beide Gruppen gehalten.

- Sinti und Roma können sich auf eine jahrhundertelange Verfolgungsgeschichte berufen, die ihren Kulminationspunkt im Holocaust hatte. Als Opfer des Nazi-Rassenwahns wurden sie zwar nach 1945 lange nicht „anerkannt“, letztlich konnte sich jedoch auch die politische Klasse der Einsicht nicht verschließen, die zumindest von den jüngeren HistorikerInnen einhellig bestätigt wurde: Sinti und Roma wurden von den Nazis ähnlich behandelt wie die jüdischen Opfer. Sie eignen sich daher nicht für die, bis zur Waldheim-Debatte so beliebte Strategie der Täter-Opfer-Umkehr. Anders ist die Situation bei der slowenischen Minderheit in Kärnten: Was 1945 für die Volksgruppe der Kärntner Slowenen wie ein „Vorteil“ aussah, dass nämlich ihre Widerstandshandlungen als Beitrag zur Befreiung Österreichs eingeschätzt wurden, wendete sich nach dem Staatsvertrag von 1955 gegen sie: Die Kärntner Slowenen hatten nun zwar Schutzrechte, die im Artikel 7 festgeschrieben sind, nur kamen diese in Kärnten sehr zögerlich oder gar nicht zur Anwendung. (Dass sie in der Steiermark überhaupt nicht umgesetzt wurden, macht die Kärntner Politik nicht besser.) Während seit 1955 den Kärntner Slowenen von der deutschnationalen Politik immer vorgehalten wird, dass sie ja eh nur aufseiten der jugoslawisch-kommunistischen Partisanen gegen die Nazis Stellung bezogen hätten, um später Kärnten leichter an Jugoslawien anzuschließen, ist für die Sinti und Roma eine andere Argumentation zu bemühen: Die Volksgruppe der Sinti und Roma war zwar eindeutig Nazi-Opfer, wurde aber von der Politik weder als solches anerkannt, noch wurde die Volksgruppe wegen der Partisanentätigkeit von Minderheitenangehörigen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Also „vergaß“ man ihre Leidensgeschichte und ließ nach dem Staatsvertragsabschluss noch Jahrzehnte vergehen, bis sie sich selbst – jetzt mit Unterstützung von engagierten jungen HistorikerInnen – wieder ins politische Gespräch einbrachten.

- Spät aber doch wurden Sinti und Roma in den staatlichen Minderheitenschutz aufgenommen. Insofern ist es kein besonderes Entgegenkommen, sondern eher eine vorwegnehmende Geste der „Versöhnung“ – schließlich hätten die Sinti und Roma allen Grund, der österreichischen Regierung den Vorwurf der Vergesslichkeit oder Missachtung zu machen –, wenn nun diese „junge“ Minderheit nicht sofort unter den Druck gestellt wird, dass die Erfüllung von Minderheitenrechten von der verhältnismäßigen Anzahl der bekennenden Volksgruppenmitglieder abhängig ist. Sinti und Roma werden also nicht – wie es gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten gängige politische Praxis ist – so lange gezählt, bis eine minimalistische Umsetzung von Rechten legitimiert werden kann.
- Sinti und Roma haben (bisher) weder eigene Schulen, noch haben sie den Anspruch auf einen muttersprachlich geführten Unterricht erhoben. Obwohl gegenüber den diesbezüglichen Rechtsansprüchen der Kärntner Slowenen von politischer Seite immer entgegengehalten wird, sie würden über kein „geschlossenes Siedlungsgebiet“ verfügen, also wären auch immer Kinder der Mehrheitsbevölkerung von Minderheitenrechten tangiert (um nicht zu sagen, „belästigt“), war dieses Argument bisher bei der Minderheitenpolitik gegenüber den Sinti und Roma nicht zu hören – vielleicht, weil es hier auch zu absurd klingen würde. Sinti und Roma werden zwar grundsätzlich verdächtigt, dass sie als „Kulturgut“ die Nichtsesshaftigkeit in die Gesellschaft einbrächten, allerdings nicht in Formen der modernen Mobilität, wie sie Touristen oder „Jobhopper“ realisieren, sondern in Formen „unproduktiver Ortsveränderungen“. Die Realität sieht allerdings so aus, dass bezüglich der Wohnsituation von Sinti und Roma viel eher von einem „geschlossenen Siedlungsgebiet“ gesprochen werden kann, als dies bei den Kärntner Slowenen jemals der Fall war.
- Die Frage der „Muttersprache“ spielt bei den Sinti und Roma (einstweilen) für die Beimessung von Minderheitenrechten keine dominante Rolle. Insofern sind auch die in Kärnten üblichen Sprachstandserhebungen bei den Kindern, die die slo-

wenische Sprache in der Schule lernen sollen, unbekannt. In Geltungsbereich des Kärntner Minderheitenschulgebietes werden diese Kinder nicht nur hinsichtlich ihrer Kenntnisse der slowenischen Muttersprache geprüft, es werden auch entsprechende Korrelationen mit den Auswertungen der Volkszählungsergebnisse hergestellt. Diese kontrollierende Feststellung der Verteilung und Häufigkeit des Gebrauchs der Erstsprache dient in Kärnten als Maß für die Zuerkennung von Minderheitenrechten. Dass die Sinti und Roma keinen quantifizierenden Erhebungen dieser Art unterworfen werden, ist positiv zu werten und vielleicht doch auch eine Auswirkung wachsender politischer Sensibilität bei der Mehrheitsbevölkerung: Die Sinti und Roma wurden lange vor 1938, in der NS-Zeit sowieso, exzessiv gezählt, registriert und katalogisiert, zur behördlichen Identifizierung und zur (pseudo-)wissenschaftlichen Klassifizierung gezwungen – mit dem Ergebnis, dass für die Volksgruppe jedes Mal neue Auflagen, Einschränkungen und Repressalien resultierten. Heute gibt es keinen „Zählzwang“; allerdings sind vonseiten der Sinti-/Romaorganisationen auch noch keine Forderungen nach offizieller sprachlicher Anerkennung aufgetaucht (z.B. in Form von zweisprachigen Ortstafeln oder zweisprachigem Unterricht).

- Anders als bei den Kärntner Slowenen verläuft gegenüber den Sinti und Roma auch die Politik der Assimilation bzw. Gettoisierung. Bei den Sinti und Roma scheint die Politik eher davon auszugehen, dass sich diese Minderheit nicht integrieren will – also hält man für sie eigene Räume (Gettos) und Institutionen bereit. Nicht nur die Wohngebiete, die man den Sinti und Roma zugesteht, haben einen eindeutigen Gettocharakter, auch die Institutionen, in die Sinti und Roma eingewiesen werden, tendieren zu einer gettoartigen Form. Während im Schulwesen z. B. die Minderheit der „Behinderten“ mehr und mehr integrativ betreut wird, werden die Sonderschulen überproportional mit Sinti- und Romakindern gefüllt, wo sie mit anderen Kindern nichtdeutscher Muttersprache (sog. „Ausländerkinder“) die für die Schulerhaltung erforderlichen Schüler-Klassenzahlen herstellen müssen. Da-

gegen haben in Kärnten die slowenischsprachig aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen ein ganz anderes „Problem“. Sie haben die deutsch-einsprachigen Jugendlichen bezüglich des schulischen Bildungsniveaus bereits überflügelt, d. h., die Kärntner Slowenen sind bei den höheren Schulabschlüssen (statistisch gesehen) überproportional vertreten. Dies wiederum ist dazu angetan, dass sich der Neidkomplex in der Mehrheitsbevölkerung leicht schüren lässt – wovon Kärntner Politiker auch ausreichend Gebrauch machen. Dem gegenüber sind die Lebensbedingungen, unter denen die Sinti und Roma gezwungen sind, ihr Überleben zu organisieren, nicht dazu angetan, den Neid der Mehrheitsbevölkerung zu wecken.

- Sinti und Roma machen und bewirken eine eher „stille Politik“. Dies ist nicht zu kritisieren, sofern diese Politik zu Ergebnissen führt, bei denen die Volksgruppe als richtungsbestimmendes Subjekt involviert ist. Ganz anders war es eine Zeit lang dagegen in Kärnten. „Fremde in der Heimat“ war in Kärnten in den 70er Jahren bei der politisierten slowenischen Jugend ein Slogan, der ein Lebensgefühl ausdrückte und gleichzeitig Anklage war. Heute gibt es hierzulande weder diese Art von Opposition noch eine auffällige Politisierung, welche die Minderheitenrechte in den öffentlichen Fokus rücken würde. Was es dagegen sehr wohl gibt, ist ein verstärktes Schauen über die Grenze. Wie geht man jetzt im demokratischen Slowenien mit den dortigen Minderheiten um, gibt es „drüben“ etwa zweisprachige Ortstafeln, zweisprachigen Schulunterricht, zweisprachige Kindergärten? Wird die deutschsprachige Minderheit in Slowenien staatlich anerkannt, kulturell gefördert? Gibt es in Slowenien – analog zur Entschädigung der NS-Opfer bei uns – Entschädigung oder Restitution für die Opfer des kommunistischen Regimes? Ich höre und lese dazu entsprechende Kommentare und Zeitungsglossen. Und ich frage mich: Sind diese Fragen Ausdruck von echtem Interesse oder werden sie von einem „Aufrechnungskalkül“ gesteuert, einer Politik, die eigentlich nur dem „neuen Nachbarn“ – so die beliebte offizielle Bezeichnung – ein schlechtes Zeugnis für den Eintritt in „unser“ Eu-

ropa ausstellen möchte? Sind wir selbst wirklich so gut, dass wir schon wieder vorwurfsvoll auf andere (herab)schauen können? War der EU-Beitritt Österreichs so bravourös, dass ihn nun die neuen Beitrittsländer – um einer „europäischen Normalität“ willen – nachmachen müssen? Wollen wir diese Nachahmung auch von jenen Ländern und Völkern einfordern, die eine ganz andere Geschichte haben, die vor allem im „Dritten Reich“ unter dem deutschen Rassenwahn zu leiden hatten und die in ihrer Existenz bedroht waren?

Ich fasse meine kursorischen Überlegungen zusammen:

Die „Globalisierung“, die heute als treibender gesellschaftlicher Motor in aller Munde ist, hat zuerst die Wirtschaft und dann die Migration zu Phänomenen gemacht, die die ethnische Landschaft, die Kommunikations- und Bildungsstrukturen der europäischen Staaten tiefgreifend und nachhaltig umgebaut haben. Die staatliche Obhut über die ethnischen Minderheiten im eigenen Land hat jedoch bewirkt, dass die Minderheiten selbst kaum zu Subjekten und praktisch nie zu Profiteuren dieser Entwicklung geworden sind. Gelegentlich scheint mir, dass Österreich diesbezüglich überhaupt in der Vormoderne stecken geblieben ist. Hier hat Neokonservatismus und patriotisch getarnter Nationalismus Schlagworte, wie „Das Boot ist voll“, „Österreich zuerst“, politisch hoffähig gemacht und die Minderheitenpolitik auf das Niveau der gesamteuropäischen Fremdenpolitik gebracht.⁵ Insofern ist das, was in Kärnten mit der slowenischen Minderheit passiert, eine „europäische Normalität“, die vor allem von einem Merkmal charakterisiert wird: „Das besteht darin, dass die reale wie die propagierte Grenzenlosigkeit der Welt mit Bestrebungen einhergeht, Grenzen zwischen Völkern, Ethnien oder Kulturen wieder neu zu ziehen. Gerade diese Bestrebungen sind in einem Ausmaß zu beobachten, das nachdenklich macht. Der Eindruck drängt sich auf, dass Grenzenlosigkeit und Grenzziehungen zwei notwendige Seiten des gleichen historischen Prozesses sind. Es ist

5 Vgl. Gstettner, P.: Jagdzeit auf Menschenrechte oder die Wiederkehr der „Schwarzen Pädagogik“ in der Fremdenpolitik. In: *erziehung heute* 3, 2002, S. 41-44

an der Zeit, das Verhältnis, in dem beide Seiten der *Global Society* zueinander stehen, zu erforschen.“ (Albert 2002 S. 466)

Ich bin mir bewusst, dass ich mit diesem Essay zur Erforschung dieses Doppelaspekts wenig beitragen kann. Was ich erreichen wollte ist, die gesellschaftliche „Notwendigkeit“ dieser Entwicklung in Frage zu stellen und damit die Selbstreflexivität anzuregen: Muss sich das offizielle Österreich notwendiger Weise als europäischer Musterknabe gebärden? Um welches Europa geht es dabei eigentlich? Auf der einen Seite gewähren wir den Minderheiten staatliche Anerkennung, auf der anderen Seite demonstriert uns die Politik, was es heißt, dass wir jetzt Verteidiger der „Festung Europa“ sind: Sparpakete, Sozialabbau, militärische Grenzsicherung, restriktive Asylpolitik, menschenrechtswidrige Schubhaftpraxis, Abweisung und Rückführung von „Illegalen“ – freilich ist auch dies eine „europäische“ Praxis, von der sich zeigt, dass die Betroffenen auch mit Todesfolgen rechnen müssen.

Auch die anderen Folgen sind schon absehbar. Das Ende des Interventionsstaates macht sich zu allererst im Bereich der Menschenrechte und des sozialen Netzes bemerkbar. Der Slogan „mehr privat als Staat“ wird als Legitimation dafür benutzt, dass sich der Staat auf unauffällige Weise aus bestimmten Verpflichtungen ausklinkt. Die Minderheiten sind die Ersten, die das zu spüren bekommen.

Zwanzig Jahre ist es her, dass engagierte ÖsterreicherInnen begonnen haben, sich für die multikulturelle Gesellschaft einzusetzen, wohl wissend, dass dies die einzige europäische Option ist, mit der der innere Friede gewahrt werden kann, wohl wissend, dass dies auch die offizielle Politik innerhalb Europas wird sein müssen, hatte doch der Ministerausschuss des Europarates zur selben Zeit (Herbst 1984) ein deutliches Signal gegeben und erklärt, „dass die in Europa durch die Migrationsbewegungen (...) entstandenen multikulturellen Gesellschaften ein irreversibles, das heißt: ein unumkehrbares, nicht mehr rückgängig zu machendes, und insgesamt positiv zu bewertendes Phänomen darstellen“. Das war also schon vor zwanzig Jahren keine Vision sondern europäische Realität. Sind wir bereit, wenigstens heute

die Konsequenzen zu ziehen und in welcher Richtung müssten diese weisen? Zur letzten Frage die Andeutung einer Antwort:

Interkulturelles Lernen, antirassistische Erziehung, Förderung von Vorurteilsabbau, interethnische Solidarität und Kooperation stellen einen Verbund von Gegenkonzepten dar, der immer noch als die vielversprechendsten bildungspolitischen Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen des Neuen Europas gelten kann. Auch Österreich wird sich dieser notwendigen Entwicklung nicht auf Dauer entziehen können, außer um den Preis nationalistischer Engstirnigkeit, politischer Isolation und weiterer Radikalisierung nach rechts.

Vorurteile als Probleme der Mehrheit: „Zigeuner“ als Objekte gesellschaftlicher Aggression

„Permanente Fremde“

Nach einer Umfrage in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1994 waren damals 68% der Befragten nicht bereit, mit Zigeunern in einem Haus zu wohnen [Margalit, 192]. Für Gilad Margalit ist dieses Ergebnis ein Indiz dafür, dass in der öffentlichen Haltung der deutschen Bevölkerung Zigeunern gegenüber jene Hemmschwellen fehlen, die den Umgang mit Juden und „Fremden“ nach 1945 charakterisieren. Als einen möglichen Grund dafür führt er an:

„Dieses Phänomen liegt nicht nur in der Tatsache begründet, dass Sinti und Roma die von den Deutschen am stärksten verachtete Minderheit sind, sondern auch darin, dass die Tabuisierung diskriminierender und feindseliger Äußerungen in der politischen Kultur nach 1945 bei Sinti und Roma nicht wirksam wurde. Auch Versuche der achtziger Jahre, das für andere Minderheiten geltende Tabu auf die Zigeuner auszuweiten, waren praktisch zum Scheitern verurteilt. Ablehnende Äußerungen über Sinti und Roma wurden von der Öffentlichkeit nicht als unerlaubt begriffen, sondern als eine legitime Einstellung, die auf langjährige Erfahrung des Kontaktes zwischen deutscher Bevölkerung und Zigeunern beruhte“ [Margalit, 193].

Feindseligkeit gegenüber den Roma und Sinti (den „Zigeunern“) sind Konstanten der politischen „Kultur“ Europas. Seit ihrem Eintreffen in Mitteleuropa während des 14. und 15. Jahrhunderts waren Zigeuner der Aggression der dort Ansässigen ausgesetzt. Binnen kurzer Zeit entwickelte sich ein breites Repertoire von Vorurteilen, das über die Jahrhunderte hinweg nahezu unverändert weitergegeben wurde. Wenn Zigeunern ihr unstetes Verhalten, ihre unsesshafte Lebensweise vorgehalten wurde, so mag dies – so der Interpretationsvorschlag von Her-

bert Heuß – auch als eine Warnung an alle jene gewesen sein, die aus der bestehenden Ordnung aus den verschiedensten Gründen herausfielen.

Die Ausgrenzung und Diffamierung der Zigeuner wegen ihres (oft nur vermuteten) unbotmäßigen Verhaltens und die Versuche ihrer Disziplinierung und Domestizierung sind freilich auch vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung Europas zu sehen. In einem Europa der beginnenden Hochindustrialisierung war eine entscheidende Veränderung des Begriffs von „Arbeit“ und damit auch ganz bestimmte Arbeits-„Tugenden“ zur Durchsetzung industriekapitalistischer Strukturen erforderlich:

„Über die andauernde Ausgrenzung und die eingeführte dauernde staatliche Überwachung wurden Sinti/Roma von Staats wegen als ‚permanente Fremde‘ zur Durchsetzung politischer Ziele oder zur Stabilisierung und Homogenisierung der Binnengesellschaft verfügbar gehalten. ‚Zigeuner‘ wurden zu einer schichtübergreifenden negativ-normativen Wertvorstellung, ein jederzeit aktualisierbares Bild vom Fremden, das wiederum nationale und selbst völkische Deutungsmuster bewahrte und pflegte für die Beschreibung der Situation verelender Kleinbürger und Arbeiter zum Zwecke ihrer Integration“ [Heuß, 126].

Franz Maciejewski hat in seinen Überlegungen zu den „Elementen des Antiziganismus“ darauf hingewiesen, dass die Homogenisierung der modernen europäischen Gesellschaften zwar identitätsstiftend nach innen wirkte, zugleich aber auch aggressiv und ausgrenzend nach außen bzw. nach denen, die diese Identität in Frage stellten und sich als territoriale Eingrenzung, kulturelle Integration und soziale Anpassung zeigten. Für ihn ist daher auch der Modernisierungsschub das eigentliche Drama, das es zu verarbeiten gelte:

„Im Hass gegen das ‚herrenlose‘, also sich angeblich keinem Herrn unterwerfende ‚Gesindel der Zigeuner‘ rebelliert das Subjekt gegen das eigene Eingesperrtsein im Gehäuse einer neuen Hörigkeit; gegen eine Staatsgewalt, die sich als unermüdlicher Gesetzgeber und Kontrolleur zu einer umfassenden Sozialgestaltung aufschwingt“ [Maciejewski, 17].

Aus dieser Perspektive ist es durchaus plausibel, dass der

Ausschluss der „Zigeuner“ aus der Gemeinschaft der Bürger und Staatsbürger auch als das bekannte Muster einer „Selbstverfolgung im Anderen“ zu verstehen ist. Für Maciejewski verfestigt sich dieser Eindruck, wenn die weitere Entwicklung des Zigeuner-Bildes in die Betrachtung mit einbezogen wird: der „Zigeuner“ wird geradezu zum Gegentypus des bürgerlichen Subjekts und die Kultur der Zigeuner zu einer „Gegenkultur“ [Maciejewski, 18].

In der Praxis entspricht dem in vielen Varianten formulierten Vor-Urteil über „Zigeuner“ kein präzise begründetes Zigeuner-Bild. Die Analyse einer Zigeunerkonstruktion in Österreich-Ungarn aus dem Jahre 1893 zeigt beispielsweise, dass die lokalen Behörden über keine „objektiven“ Kriterien (wie Sprache, Selbstdefinition, Aussehen oder Lebensweise) verfügten, um jemanden als „Zigeuner“ zu definieren. Dazu kam, dass nur etwa 30% der Erfassten die Zigeunersprache (Romani) beherrschten und weitere 20% bloß über geringe Kenntnisse verfügten. Mehr als die Hälfte der als Zigeuner Befragten sprach nur Ungarisch oder Walachisch. Auch die Berufe und die Lebensweise der Erfassten entsprachen nicht dem herkömmlichen Zigeuner-Klischee: 90% waren sesshaft und unterschieden sich nicht wesentlich von der übrigen Gesellschaft [Lucassen, Zigeuner, 7-8].

Die Schaffung des „Zigeuners“ als Aggressions-Objekt erfolgte in mehreren Stufen: Schaffung einer Gruppen-Kategorie und Benennung; Herausbildung einer genaueren Vorstellung; Formulierung einer vorwiegend negativen Gruppencharakterisierung als Stigma; Nutzung des Stigmas durch die Behörden zur Etikettierung der Gruppe [Lucassen, Zigeuner, 8-9]. Wie prägend diese im Alltag erlebte Vorstellung von „Zigeunern“ war (und vielfach auch noch ist), zeigt sich daran, dass selbst ein differenzierteres Verständnis von Zigeuner-Leben letzten Endes nur dazu führte, dass dem (ausnahmsweise) „guten“ Zigeuner die Masse der „schlechten“ entgegen gestellt wurde. Auf diese Weise bestimmte das Bild der Zigeuner als „Parasiten“, „Schädlinge“, „Primitive“ und „Kriminelle“ auch die wissenschaftliche Wahrnehmung:

„Die relative Unbekanntheit mit Zigeunern leistete Reduktion

und Generalisierung Vorschub und ließ die individuelle Interpretation stagnieren, die erforderlich gewesen wäre, um einer stigmatisierenden Perspektive zu entkommen. Aus diesem Grunde weiß man noch immer sehr wenig über die sozial-wirtschaftliche und die kulturelle Geschichte unterschiedlicher ‚Zigeunergruppen‘ in Europa im Zeitraum von 1400 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges“ [Willems, 103].

Nach Wim Willems sind die auch in wissenschaftlichen Arbeiten präsentierten Vor-Urteile gegenüber Zigeuner darauf zurückzuführen, dass die soziale Distanz eine Korrektur der Vor-Urteile überaus erschwerte, wenn nicht grundsätzlich verhinderte. Diese soziale Distanz führte dazu, dass Zigeuner als „fremd“ und „anders“ erlebt wurden. So konnten sinnvolle Fragen nicht gestellt und sinnvolle und notwendige Antworten nicht gegeben werden [Willems, 103]:

- Welche wirtschaftliche Funktion erfüllten Zigeunergruppen mit ihren spezifischen Gewerben?
- Waren diese Gewerbe wirklich so spezifisch, wie oft gedacht wird?
- Wie allgemein waren gesellschaftliche Phänomene wie das Betteln und die Landstreicherei in unterschiedlichen Ländern und unterschiedlichen Epochen?
- Wie lebten damals andere [gesellschaftliche] Kategorien Einkommenschwacher?

Als „asozial“ diffamiert

Lange vor der Etablierung des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland sprachen die Behörden von einer „Zigeunerplage“. Die Vorurteile breiter Bevölkerungsschichten, die von wissenschaftlichen Untersuchungen gestützt, von den Medien verbreitet und von den politisch Verantwortlichen immer wieder genutzt wurden, richteten sich vor allem gegen jene Menschen, die sich – aus ihrer Sicht – „unangepasst“ verhielten und den gängigen Normen nicht entsprachen – und schon allein deshalb zum Ärgernis wurden. Dazu kam die Angst, dass die Nicht-Angepassten, nirgendwo Hinein-Passenden die Gesellschaft zu

sehr belasteten und nur Kosten verursachten, aber nichts Nützliches in den gesellschaftlichen Prozess einbrachten. Als „asozial“ diffamiert, waren sie permanent Verdächtigungen und Unterstellungen ausgesetzt und der Verfolgung preisgegeben.

In der nationalsozialistischen Volks-„Gemeinschaft“ war „abweichendes“/anderes soziales Verhalten, das von den gesetzten Normen abwich, grundsätzlich dem Zugriff der staatlichen Gewalt ausgesetzt. Wer der „Normalität“ des NS-Staates nicht entsprechen wollte (oder konnte), war als nicht-normal/„abnormal“ permanenter Repression ausgesetzt. In der Vorstellung dieser Normalität waren Normabweichungen grundsätzlich kriminalisiert. Der Erlass zur „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ aus dem Jahre 1937 hält ausdrücklich fest, dass in der nationalsozialistischen Gesellschaft nur der arbeitsfähige und arbeitsbereite Volksgenosse erwünscht war: Die Durchführung des Vierjahresplanes erfordere den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und lasse es daher nicht zu, „dass asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen“ und damit den Vierjahresplan sabotieren [Thurner, 532]. Im Brockhaus, Ausgabe 1935, sind diese Vorurteile als „Sach“-Information autorisiert und als allgemeines „Bildungs-Gut“ weitergegeben worden:

„Zigeuner, ein [...] Wandervolk, das trotz innigster Berührung mit europ. Gesittung diese ablehnt und seine völkische Ursprünglichkeit und Eigenart mitten unter den hochzivilisierten Völkern bewahrt [...] Körperpflege kennen sie so gut wie gar nicht, ein bestimmter Körpergeruch ist ihnen eigen, der das Wirtsvolk abhält, sich mit Zigeunerinnen ehelich zu verbinden, außerdem verbietet den Z. ihre strenge Sitte, sich mit Nichtzigeunern zu verheiraten. Gewaltsame Entführung von Kindern der Gastländer kommt höchst selten vor [...] Im ‚Finden‘, d.h. Stehlen, sind sie äußerst geschickt, ehrlicher ernähren sie sich durch Bettel, Hausierhandel und Wahrsagen [...] Alkohol trinken sie gern [...] Charakteristisch an der Zigeunerkleidung ist die Zerfetztheit, sie tragen die Kleider, bis sie schließlich vom Leibe fallen“ [Jäger, 186].

„Zigeunern“ wurde die von ihnen gelebte Lebensweise als grundsätzlich negativ angelastet. Im Gegensatz zu dem im NS-System propagierten Kinderreichtum wurde ihnen ihre große

Kinderzahl zum Vorwurf gemacht und als ein besonderes Zeichen von „Asozialität“ ausgelegt [Jäger, 189]. In der Volks-„Gemeinschaft“ war für sie immer weniger Platz. In der ersten Phase der Zigeunerverfolgung im Nationalsozialismus wurden vor allem untergeordnete oder kommunale Behörden besonders aktiv. Kommunale Behörden ergriffen in eigener Verantwortung immer neue Maßnahmen gegen Zigeuner und „Asoziale“, bis schließlich die Reichsbehörden die Verfolgung selbst in die Hand nahmen:

„Je mehr man unternahm, um das ‚Asozialen‘- und ‚Zigeunerproblem‘ zu lösen, desto gewichtiger erschienen diese Probleme, desto bedrohlicher erschienen Zigeuner und Asoziale. Hinzu kam, dass sich der Gedanke durchsetzte, dass ‚Gemeinschaftsunfähigkeit‘ erblich sei. Wenn normbrechendes Verhalten aber genetisch bedingt war, dann war eine Fürsorge, der Versuch einer Resozialisierung der Asozialen im bürgerlichen Sinne zwecklos. Für solcherart ‚rassisch‘ Ausgegrenzte endete die Verfolgung im Nationalsozialismus in der Vernichtung“ [Jäger, 199].

Michael Schenk hat seiner Studie über die Kontinuität der Zigeunerverfolgung in der deutschen Gesellschaft im Anhang eine Textsammlung rassentheoretischer Behauptungen Aussagen angefügt, die zeigen, wie umfassend (und konsequent) die verbale Aggressivität gewesen ist. So postulierte W. H. Kranz (Direktor des Instituts für Erb- und Rassenpflege der Universität Gießen) 1937, dass die Geschichte der Zigeuner lehre, dass es „völlig unmöglich sei, sie zu Europäern zu erziehen“ [Schenk, 461]. Robert Ritter, damals Leiter der Rassenhygienischen Forschungsstelle im Reichsgesundheitsamt, formulierte – ebenfalls 1937 – auf dem Internationalen Kongress für Bevölkerungswissenschaft dieses Vorurteil weitaus schärfer, wobei er sich auch nicht scheute, die Verfolgungsmaßnahmen beim Namen zu nennen, denen Zigeuner jahrhundertlang ausgesetzt gewesen sind:

„Weder Rad noch Galgen, noch Schwert, weder Rute noch Brandmarkung, weder Verschubung noch Landverweisung, weder Zucht- noch Arbeitshäuser, weder Kinderheime noch Erziehungsanstalten, weder Kirche noch Schule haben diesen Menschen Schlag zu ändern vermocht“ [Schenk, 461].

Aggression erregte vor allem, dass sie – aus der Sicht ihrer Be- und Verurteiler – nicht bereit waren, sich dem Arbeitsverhalten und den dazu erforderlichen Disziplinierungsmaßnahmen zu unterwerfen. Für Kranz ist der Versuch, sie in eine „geordnete Arbeit und soziale Mitarbeit bei den staatlichen und völkischen Aufgaben einzureihen“, zum Scheitern verurteilt war, da sie immer wieder ausbrachen, „um wieder das zu werden, was sie sind: Nomaden, Bettler, Gauner und Diebe“ [Schenk, 464].

Ein österreichischer Anteil

Hier ist auch vom österreichischen Anteil zu sprechen. Im August 1938 hat Tobias Portschy als NS-Gauleiter und Landeshauptmann für das Burgenland eine „Denkschrift“ zur „Zigeunerfrage“ produziert. Auf das Titelblatt dieses Pamphlets hat er einen Aufruf an die Leser drucken lassen, der wohl auch als Drohung für diejenigen gedacht war, die sich seinem mörderischen „Lösungs“-Vorschlag nicht anschließen wollen:

„Willst Du, Deutscher, Totengräber des nordischen Blutes im Burgenland werden, so übersehe nur die Gefahr, die ihm die Zigeuner sind!“ [Portschy, Titelblatt].

Portschy phantasiert sich ein Zigeuner-Bild, das aus Bruchstücken von Vorurteilen zusammengesetzt ist, die schon bisher weitergegeben wurden. Angstbesessen kann sich Portschy Zigeuner nur als Gefahr und Bedrohung vorstellen. Besondere Aggressivität erregt bei ihm die Vorstellung, die „deutschblütigen“ Burgenländer könnten durch eine „unfassbare Vermehrung dieses ausgesprochenen Schmarotzervolkes“ zur Minderheit werden. In den meisten Gemeinden werde dann „keine deutsche Seele“ mehr vorzufinden sein:

„Bei der weiteren Duldung der Zigeuner würde aber dann in den meisten Gemeinden, in denen sie siedeln, bei dauernder Anwendung der gegenwärtig geltenden Gesetze keine deutsche Seele mehr vorzufinden sein, weil der deutsche Bauer längst wegen Überschuldung infolge der riesig anwachsenden Verpflegungskosten für die nur mit Hang zum Betrug und anderweitigen Verbrechen wie Diebstahl und Not- und Unzucht, mit grauenhafter Lasterhaftigkeit und grenzenlosesten Sittenlosigkeit be-

hafteten Zigeuner den von seinen Ahnen ererbten deutschen Hof verlassen müßte“ [Portschy, 1-2].

Es sei daher „höchste Zeit“ – so Portschy –, sich dieses Problems „ernstlich“ anzunehmen: „Die Zigeunerfrage muß einer nationalsozialistischen Lösung zugeführt werden“ [Portschy, 2].

Nach 1945 ist in der Regel so nicht mehr – vor allem nicht mehr so offen – gesprochen worden. In der Einstellung hatte sich nur wenig grundsätzliches geändert:

„Man sprach zwar von ‚sozialen Problemen‘ und ‚sozial bestimmtem Verhalten‘, das ‚soziale Wesen‘ der Gesamtgruppe wurde jedoch erneut von Vererbungsmerkmalen abgeleitet; der Rassenhygieniker wurde lediglich zum Sozialhygieniker, der Rassenpolitiker zum Sozialpolitiker. Auch die Lösungsvorschläge des ‚Problems‘ ähnelten zum Teil den Forderungen der NS-Forscher“ [Schenk, 408].

Das öffentliche Bewusstsein war weiterhin von einem Zigeuner-Bild dominiert, in dem die alten Klischees nach wie vor Geltung hatten. Götz Wagemann hat dies in seiner Diplomarbeit anhand der Auswertung der österreichischen Presse nach 1945 überzeugend dokumentiert. So wurden beispielsweise im Februar 1951 in einem Artikel der „Salzburger Nachrichten“ Zigeuner als „für eine geregelte Arbeit nicht verwendbare, dunkelhäutige Wandergesellen“ bezeichnet, denen mit einem „echt zigeunerisch-orientalische[n] Gemisch von Durchtriebenheit und Dreistigkeit“ schon mancher Betrug gelungen sei [Wagemann, 41].

Ebenfalls in den „Salzburger Nachrichten“ findet sich im März 1952 ein mit „Bohemicus“ gezeichneter Bericht über die Verhältnisse im Böhmerwald nach der Vertreibung der dort ansässigen deutschen Bevölkerung:

„Nur die Zigeuner, die mit breitem Grinsen alle Versuche des Regimes, sie zu ordentlichen Genossen zu erziehen, über sich ergehen lassen, bleiben auch im Böhmerwald sorglos und unbeschwert. Sie streunen durch die engen Gässchen von Krumau und spüren in den Ruinendörfern noch immer Verstecke auf, wo die Deutschen vor der Austreibung noch ein paar Schmuckstücke vergraben oder vermauert haben. Zigeuner trifft man allerwärts, sie wechseln von einem zum anderen Arbeitsplatz, entgleiten aal-

glatt den Kontrollen und spielen hier und dar sogar den Gemein-
desekretär“ [Wagemann, 88].

Im März 1955 schrieben die „Salzburger Nachrichten“ über die
Barackensiedlung am Stadtrand von Salzburg:

„Die Eltern der Kinder sind fahrendes Volk, Schausteller,
Korbflechter, Schleifer, Artisten oder unter welchen Berufsbe-
zeichnungen auch immer sie sich tarnen – für Wohnungen nach
dem verständlichen Standpunkt der Verantwortlichen jedenfalls
ungeeignet. Daran wird keine soziale Großtat etwas ändern kön-
nen – das ist das ewige Zigeunerproblem, wobei es völlig gleich-
gültig ist, ob einer diesem Stamm angehört oder ihm nur wesens-
verwandt ist“ [Wagemann, 52].

Selbst dort, wo grundsätzlich „Positives“ berichtet wird, sind
die alten Vorurteile nicht zu übersehen. In den „Oberösterreichi-
schen Nachrichten“ vom Juli 1952 war über die Zigeuner-Wall-
fahrt nach Saintes-Marie-de-la-Mer zu lesen:

„Hier ist nichts von dem Misstrauen und der Ängstlichkeit zu
spüren, die anderswo sich einschleichen, wenn die dunkelhäuti-
gen Mädchen und Frauen in ihren abgerissenen Kleidern um die
Höfe streichen, wenn sie auf der Suche nach ‚Opfern‘ sind, denen
sie eine glückliche Zukunft, Reichtum oder eine große Liebe aus
der Hand lesen wollen. Hier flüstern auch nicht die Mütter mit
geheimnisvoller Stimme ihren Kleinen zu: ‚Die Zigeuner sind da,
pass nur auf, dass sie euch nicht mitnehmen‘. Hier hat man auch
keine Angst um das Federvieh und alles, was leicht beweglich
und des Mitnehmens wert scheint“ [Wagemann, 94-95].

Der „Wiener Kurier“ wollte zum Beispiel im August 1949 wis-
sen, dass es nach der „Zigeunermoral“ durchaus „einwandfrei“
und „liebe Gewohnheit“ sei, „ein fremdes Huhn im Vorbeigehen
verschwinden zu lassen“ [Wagemann, 119]. In überheblichem
Wohlwollen drückt der Artikel dann aber sein „Verständnis“ für
diese Haltung aus:

„Es wird sicherlich noch einige Jahrhunderte dauern, bis sich
die Zigeuner in großen Zügen über die Vorschriften des siebenten
Gebotes im klaren sind und bis dahin sollte man ihnen für Eigen-
tumsdelikte Straffreiheit einräumen“ [Wagemann, 120].

„Faschistoide Tendenzen der Bürgerseele“

Die Auswirkungen dieses jahrhundertlang – auch in Österreich – geprägten und weitergegebenen Zigeuner-Stereotyps zeigen sich auch darin, wie die Öffentlichkeit mit der Verfolgungsgeschichte der Zigeuner umzugehen bereit war. Auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus waren Sinti und Rom der Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Entschädigung und Wiedergutmachung waren lange Zeit kein Thema:

„Wurde das Judenbild der Mehrheit in Deutschland nach dem nationalsozialistischen Genozid durch die Opferrolle neu geprägt, so blieb das Zigeunerbild, von unzulänglichen literarischen Versuchen abgesehen, unverändert. Das weitgehend statische Zigeunerbild war im negativen charakterisiert durch die Vermutung konstitutiver Kriminalität und ‚asozialen‘ Verhaltens“ [Benz, 192].

Die Zigeunerverfolgung wurde mehrheitlich nicht als Verbrechen empfunden, das mit dem Verbrechen des Judenmordes gleichzusetzen war:

„Die Erinnerung an diese Verfolgung und an deren Opfer war somit nicht mit jenen schwer lastenden Schuldgefühlen verbunden, die bei der Auseinandersetzung mit den jüdischen Opfern und der Schoah geweckt wurden“ [Margalit, 235].

Michael Schenk hat in seiner Studie zur Kontinuität der Zigeunerverfolgung in der deutschen Gesellschaft diese Periode der Bewusstlosigkeit und der mangelnden Sensibilität und Aufmerksamkeit im Umgang mit der Minderheit der Zigeuner zusammenfassend so charakterisiert: „...dass die Verschleierung der rassistisch motivierten NS-Bestimmungen nach 1945 nicht eindeutig benannt wurde, die Verfolgung nicht konsequent angeprangert wurde, begründet sich auch im unverändert negativen Bild, das sich die Mehrheitsgesellschaft von den Außenseitern machte. Ob dies den Polizeibeamten, Politikern, Juristen, Wissenschaftlern usw. in allen Fällen bewusst war, ist unklar; die vorurteilsbeladenen Darstellungen des Lebens und der Geschichte der Zigeuner waren u.U. Resultat eines unterschwelligen Zigeunerbildes“ [Schenk, 419].

In seiner historischen Untersuchung zu „Feindbild und Vorurteil“ beschreibt Wolfgang Benz die Widersprüchlichkeit des modernen Fremdbilds des „Zigeuners“:

„Wenn Unberufene unter dem Vorwand, Kulturforschung zu betreiben (von Schlimmerem wie der ‚Rassenforschung‘ in der nationalsozialistischen Zeit ganz zu schweigen) folkloristische und soziologische Informationen, Nachrichten über Sitte und Brauch, wie zufällig man auch Kenntnis von ihnen erlangt hat, zu einem Bild zusammenfügen, das unter dem Anspruch, das richtige zu sein, mit wissenschaftlicher Autorität verkündet wird, festigen sie, statt aufklärerisch zu wirken, eher tradierte negative Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Minderheit“ [Benz, 170-171].

Für Miriam Wiegele ist „Zigeuner“-Sein in Österreich ein Musterbeispiel für einen „Alltagsrassismus“, der immer noch – und immer wieder – aufbricht: „Sesshaftigkeit, Fleiß, Arbeitseifer und die Bereitwilligkeit, sich an allgemeingültigen Wertvorstellungen zu adaptieren, werden durch die Verfolgung der Zigeuner als einzig gültige Norm relativiert. Die Zigeuner erschienen uns, den ‚Weißen‘, als Eindringlinge in eine auf Sesshaftigkeit und Konformität festgelegte Welt. Diese ‚Wanderer zwischen den Welten‘, die durch ihr Ausweichen auf die ökonomischen Nischen des Kapitalismus sich unserer Gesellschaftsordnung entziehen konnten, provozieren geradezu – an sich verborgene – faschistoide Tendenzen der Bürgerseele“ [Wiegele, 32].

Literatur

- Wolfgang Benz, *Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung*. München, 1996 (DTV-Taschenbuch. 4694)
- Herbert Heuß, *Die Migration von Roma aus Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert: Historische Anlässe und staatliche Reaktion. Überlegungen zum Funktionswandel des Zigeuner-Ressentiments*, in: Jacqueline Giere (Hrsg.), *Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils*. Frankfurt/M., New York, 1996 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts. 2), 109-131.
- Michael Jäger, „Gemeinschaftsfremd“ im Nationalsozialismus: „Zigeuner“ und „Asoziale“, in: Christoph Jahr, Uwe Mai, Kathrin Roller (Hrsg.): *Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorur-*

- teilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin, 1994 (Dokumente, Texte, Materialien. 10), 173-200.
- Michail Krausnick, Der Kampf der Sinti und Roma um Bürgerrechte, in: Jacqueline Giere (Hrsg.), Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils. Frankfurt/M., New York, 1996 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts. 2), 147-158.
- Franz Maciejewski, Elemente des Antiziganismus, in: Jacqueline Giere (Hrsg.): Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils. Frankfurt/M., New York, 1996 (Wissenschaftliche Reihe des Franz-Bauer-Instituts. 2), 9-28.
- Leo Lucassen, Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffes in Deutschland 1700-1945. Weimar, Wien, 1996.
- Gilad Margalit, Die Nachkriegsdeutschen und „ihre Zigeuner“. Die Behandlung der Sinti und Rom“ im Schatten von Auschwitz. Berlin, 2001 (Dokumente – Texte – Materialien. 36).
- Tobias Portschy, Die Zigeunerfrage. Eisenstadt, 1938 [DÖW-Bibliothek: 8085].
- Michael Schenk, Rassismus gegen Sinti und Roma. Zur Kontinuität der Zigeunerverfolgung innerhalb der deutschen Gesellschaft von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart. Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1994 (Studien zur Tsiganologie und Folkloristik. 11).
- Erika Thurner, Ortsfremde, asoziale Gemeinschaftsschädlinge. Die Konsequenz des „Anschlusses“ für Sinti und Rom (Zigeuner), in: Rudolf G. Ardelt, Hans Hautmann (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. In Memoriam Karl R. Stadler. Wien, Zürich, 1990 (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), 531-551.
- Miriam Wiegele, „Zigeuner“ Sein in Österreich. Musterbeispiel eines Alltagsrassismus, in: *Aufrisse*, 4(1983), 3, 28-32.
- Wim Willems, Außenbilder von Sinti und Rom in der frühen Zigeunerforschung, in: Jacqueline Giere (Hrsg.), Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils. Frankfurt/M., New York, 1996 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts. 2), 87-108.

Die burgenländischen Roma nach 1945¹ **Geschichte und aktuelle Situation einer verfolgten und marginalisierten Minderheit**

Die seit den 17. Jahrhundert im Burgenland beheimateten Roma stellen die Hauptgruppe der in Österreich lebenden Roma und Sinti dar. Erst durch den Zuzug von zahlreichen Romafamilien aus Ost- und Südosteuropa im Zuge der Gastarbeitermigration und verschiedenster Flüchtlingsbewegungen kam es zu einer nachhaltigen Veränderung der Zusammensetzung sowie der sozialen, sprachlichen und kulturellen Struktur der Bevölkerungsgruppe der österreichischen Sinti und Roma. Wie viele Roma und Sinti heute in Österreich leben, lässt sich nur schätzen, da in der Zweiten Republik über die Zugehörigkeit zu Volksgruppen keine Sonderlisten mehr geführt werden, wie dies in der Zwischenkriegszeit noch der Fall war. Bei der Volkszählung 2001 gaben im Burgenland 943 Personen auch Romanes als Umgangssprache an, österreichweit waren es 6.273. Die Tatsache, dass aber viele Angehörige der Minderheit nicht unbedingt diese Minderheitensprache verwenden oder sich nicht zu ihr bekennen, verzerrt die Brauchbarkeit dieser Angaben. Schätzungen von Vereinen und Vertretern der Minderheit schwanken zwischen rund 10.000 und 40.000 Romanes-Sprechern.²

1 Die in der vorliegenden Arbeit dargestellten Ergebnisse beruhen auf jenen des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur geförderten Forschungsprojektes: Roma und Sinti im Burgenland 1945 – 2001. Zur aktuellen Situation einer Volksgruppe. Projektleitung: Gerhard Baumgartner, Projektmitarbeit: Florian Freund, Georg Gombosch, Harald Greifeneder, Dieter Halwachs, Alexander Hanika, Ursula Hemetek, Josef Kytir, Helmut Samer, Eisenstadt 2001. Besonderer Dank ergeht an Rudolf Sarközi vom Kulturverein der österreichischen Roma, der das Projekt initiiert und stets gefördert hat.

Bevölkerungszahlen der Zwischenkriegszeit

Die Angaben zu den in der Zwischenkriegszeit im Burgenland lebenden Roma und Sinti weisen enorme Schwankungen auf. Ein Grund dafür dürfte in den unterschiedlichen Erhebungsmethoden sowie in dem Umstand zu suchen sein, dass diese Zahlen von den Gemeinden, aber auch von Landesbehörden, der Gendarmerie und den politischen Parteien als Druckmittel in politischen Auseinandersetzungen benutzt wurden. Nach den Angaben der verschiedenen Behörden lebten 1925/26 5199 als „Zigeuner“ bezeichnete Personen im Burgenland, 1927 5900, 1930/31 6236, 1933 7153 und 1936 7871.³ Die von den Behörden erhobenen Zahlen der Zwischenkriegszeit illustrieren die von den damaligen Politikern und Gendarmen vielfach beklagte Zunahme der „Zigeuner“ im Burgenland. Ob diese Zunahme tatsächlich in dieser Form stattgefunden hat, muss bezweifelt werden. Fest steht, dass es von Seiten der lokalen Politiker Druck gab, die „Zigeunerfrage“ hochzuspielen, um Material für politische Argumentation und rassistische Agitation zu liefern.

Ab Juni 1938 betrieben auch die Nationalsozialisten ständig neue Erhebungen, um die Identität und Zahl der Zigeuner festzustellen.⁴ In der Denkschrift „Mission des Burgenlandes“⁵ sowie in der Denkschrift „Die Zigeunerfrage“ des burgenländischen Gauleiters Portschy⁶ wurde die Zahl der im Burgenland lebenden Zigeuner mit 8000 beziffert. In einem Bericht der Landeshauptmannschaft Steiermark vom März 1939 ist bereits von 8.446 Zigeunern im Burgenland die Rede.⁷

2 Gerhard Baumgartner, 6 X Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen, Klagenfurt 1995.

3 Detailliertere Zahl und Quellenangaben siehe: Florian Freund / Gerhard Baumgartner / Harald Greifeneder, Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien / München 2004, S. 27 ff.

4 Anordnung des Landesgendarmeriekommandos für Steiermark, 13.6.1938, betr. Zigeunerplage, Bekämpfung, STLA Landesregierung 120 Zi 1 (1940).

5 Denkschrift „Mission des Burgenlandes“, ADR, Bürckel-Materie, Mappe 2770 Kt. 183.

6 Tobias Portschy, Die Zigeunerfrage. Denkschrift, Eisenstadt 1938, S. 2.

Der polizeilich-administrative Zigeunerbegriff⁸

Zur Analyse des Begriffes „Zigeuner“ stehen sich gegenseitig ergänzende differenzierte Ansätze zur Verfügung, die je nach untersuchtem Zeitraum den Begriff „Zigeuner“ als ethnische oder soziographische Zuschreibung, als polizeilichen Ordnungsbegriff oder als (sozial)rassistischen Begriff interpretieren. Nach Michael Zimmermann steht dem soziographischen Zigeunerbegriff, „der diese Gruppe mit der fahrenden, manchmal auch nur mit der ausländischen fahrenden Bevölkerung gleichsetzt“, ein eher „kulturalistischer“ bzw. „biologistischer“ Begriff gegenüber, dem „Kategorien wie `Ethnie`, `Volk`, `Stamm` oder `Rasse` zugrunde liegen“.⁹ Leo Lucassen führte in die Diskussion um den Begriff „Zigeuner“ den Terminus `Ordnungsbegriff` ein, „damit ist eine Form der Kategorisierung gemeint, die so dominant ist, dass sich ihr niemand entziehen kann: weder diejenigen, die sich ihrer bedienen, noch diejenigen, die von ihr erfasst werden sollen. [...] Ist eine Person einmal `Zigeuner`, besteht nur noch eine kleine Chance, dass andere ihr noch neutral oder positiv gegenüber treten können. Bei Behörden manifestiert sich dies in Form von Stigmatisierung, und beim Zigeuner führt die Ausnahmestellung zur Ethnisierung.“¹⁰ Nach Lucassen war die Stigmatisierung von Zigeunern „Bestandteil einer viel breiteren Offensive gegen Arme, Bettler und die sogenannten `Vaganten` und `Fahrenden`“.¹¹ Ende des 19. Jahrhunderts bestärkte u. a. die Entstehung der akademischen Kriminologie die Meinung, dass viele wiederholt straffällig gewordene Kriminelle aufgrund sozialer Umstände und biologischer Eigenschaften „zur Krimina-

7 Siehe dazu auch Florian Freund, Der polizeilich - administrative Zigeunerbegriff. Ein Beitrag zur Klärung des Begriffes „Zigeuner“, in: *Zeitgeschichte* 30 (2003) 2, S. 76 – 90.

8 Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996, S. 17 ff.

9 Leo Lucassen: Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffes in Deutschland 1700–1945, Köln – Wien – Weimar 1996, S. 215.

10 Ebd., S. 75.

11 Ebd., S. 27.

lität verdammt“ seinen.¹² Zigeunerpolitik wurde zu einer unbestrittenen Domäne der Polizei, „wobei der Definitionsmacht wie auch der schikanösen Gewalt der Polizei kaum Grenzen gesetzt wurden“.¹³ Auch Wulf Hund vertritt die These, dass ein Weg vom Freiburger Reichsabschied von 1408 (in dem die „Zigeuner“ für vogelfrei erklärt wurden) bis in die nationalsozialistischen Vernichtungslager führt.¹⁴ Der Nationalsozialismus selbst brachte nach Analyse Lucassens trotz seiner Durchdringung des gesellschaftlichen und politischen Denkens in Deutschland mit Rassenideen keine grundlegende Neudefinition des Zigeunerbegriffes.

Da kaum Quellen über das Selbstverständnis der „Zigeuner“ überliefert sind, kann nicht überprüft werden, inwieweit es Übereinstimmungen zwischen ethnischer Fremdzuschreibung und Selbstzuschreibung gab. Die Behörden interessierte auch die Selbstzuschreibung in keiner Weise. Der in den Quellen der Zwischenkriegszeit aufscheinende Begriff „Zigeuner“ ist daher ausschließlich als stigmatisierender Objektbegriff zu verstehen, wobei die Exekutive die Definitionsmacht innehatte. Der „Anschluß“ Österreichs beseitigte nicht nur jede Hemmung im Vorgehen gegen „Zigeuner“ und führte Rassismus und „Rassenhygiene“ als Staatsdoktrin auch in Österreich ein. Auch die polizeilichen Strategien gegen Armut und Kriminalität hatten im nationalsozialistischen Deutschland der 30er Jahre eine durchgreifende Veränderung erfahren. Es hatte sich die Auffassung durchgesetzt, dass Kriminalität („Gewohnheits- und Berufsverbrecher“) und Asozialität vererbbar wären und eine Gesellschaft ohne Kriminalität und Asozialität nur dann erreicht werden könnte, wenn im Rahmen der „Rassenhygiene“ diese Elemente „ausgemerzt“ würden.¹⁵ Die Unbestimmtheit und Mehrdeutigkeit des Zigeunerbegriffes, legitimiert durch „wissen-

12 Ebd., S. 176.

13 Wulf D. Hund (Hg.), Zigeuner. Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion, Duisburg 1996.

14 Zur Entwicklung dieser Strategien der Polizei siehe: Patrick Wagner, Hitlers Kriminalisten. Die Deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus, München 2002.

schaftliche“ Instanzen, erlaubte der Kriminalpolizei willkürliche Definitionsmacht und radikalstes Vorgehen gegen die so stigmatisierten Menschen.

In Österreich spielten die während des Nationalsozialismus von den „Zigeunerforschern“ vorgeschlagenen und von Berlin verordneten Definitionen von „reinrassigen Zigeunern“, „Mischlingen“ und „nach Zigeunerart Umherziehenden“ eine nur sehr untergeordnete Rolle. Sie waren eher ein akademisches Phänomen, hatten jedoch eine wichtige Funktion bei der Legitimation von Deportation und Massenmord. In der Praxis der Verfolgung der „Zigeuner“ im Nationalsozialismus war der in der Zwischenkriegszeit formulierte und angewandte polizeilich-administrative Begriff entscheidend, während die von der „Kriminalbiologie“ verordneten Unterscheidungen nur in Einzelfällen eine Bedeutung waren. „Man“, d.h. Polizei, Fürsorge, Bürgermeister und Landräte, wusste einfach, wer ein „Zigeuner“ war. Anhand der Deportationserlässe und der Praxis der Deportationen von „Zigeunern“ lässt sich nachweisen, dass zum Teil in Übereinstimmung und zum Teil trotz gegenteiliger Anweisungen Himmlers die Sicherheitsbehörden nach ihren Kriterien bestimmten, wer in ein Lager kam oder in die Vernichtungsstätten deportiert wurde und wer nicht. Damit war der im Österreich der Zwischenkriegszeit übliche polizeilich-administrative Zigeunerbegriff Grundlage für die Definition dieser Opfergruppe während des NS-Regimes. Damit wird klar, dass die Bedeutung der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ und die Arbeit ihres Leiters, Robert Ritter, bisher in der historischen Forschung weit überschätzt

15 Siehe z.B.: Walter Dostal: Die Zigeuner in Österreich, in: Archiv für Völkerkunde, Bd. X., Wien 1955, S. 1–14. Zitiert auch bei: Selma Steinmetz, Zigeuner, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 - 1945, 3 Bde., Wien 1984, S. 352 - 360; Selma Steinmetz, Österreichs Zigeuner im NS-Staat, Wien - Frankfurt a. M. - Zürich 1966, S. 7; Erika Thurner, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien - Salzburg 1983, S. 220, Fußnote 1; Erika Thurner, Die Verfolgung der Zigeuner, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 2, Wien 1991, S. 474 - 521.

wurden und sie auf ihren radikalisierenden und legitimatorischen Charakter reduziert werden müssen.

Geschätzte Zahl der im Nationalsozialismus ermordeten und überlebenden Roma und Sinti bzw. „Zigeuner“

Die Zahl der im Nationalsozialismus ermordeten österreichischen „Zigeuner“ ist nach wie vor sehr schwer zu schätzen. Zu groß sind die Definitionsprobleme, da „Zigeuner“ z.B. in den Konzentrationslagern keine einheitliche Häftlingskategorie darstellten und häufig auch als „Asoziale“ in die KZs eingewiesen wurden.

Die in der Fachliteratur vorgenommenen Schätzungen schwanken dabei zwischen rund 4500 und 6000 österreichischen Roma und Sinti, die den Nationalsozialismus nicht überlebten.¹⁶ Mit Sicherheit kann jedoch die tatsächliche Zahl der ermordeten „Zigeuner“ höher angesetzt werden. Eine mögliche Annäherung an die Zahl der ermordeten österreichischen „Zigeuner“ ist, die Zahl der Deportierten zu ermitteln und davon ausgehend die Zahl der Ermordeten zu schätzen. Nach dieser Berechnung muss davon ausgegangen werden, dass mindestens 9500 als „Zigeuner“ verfolgte Menschen ermordet wurden.

Die nach 1945 vorgenommenen behördlichen Erhebungen um die Zahl der überlebenden „Zigeuner“ sind ähnlich problematisch wie jene der Zwischenkriegszeit. In einem Dokument der Ergänzungsabteilung des Landesgendarmieriekommandos für das Burgenland vom 7. Februar 1952 findet sich der Hinweis, dass „unter dem Vorwande, alle Opfer des NS-Terrors zu erfassen, [...] im Jahre 1948 eine Zählung aller im Burgenland wohnhaften Zigeuner“ stattfand, bei der 281 Männer, 372 Frauen und 214 Kinder gezählt wurden.¹⁷ Eine Erhebung der Sicherheitsdirektion für das Burgenland aus dem Jahre 1952¹⁸ brachte ähnlich unvollständige Angaben der Gemeinden wie eine Erhebung des burgenländischen Landesarchivs aus dem Jahre 1957.¹⁹ Aus den Aktenbeständen des Opferfürsorgereferats im Burgenland und eines

16 Amtsvermerk, Erhebungsabteilung des LGK f.d.Bgld vom 7.2.1952, ÖSTA, ADR, BMI 102.389-13/60.

Großteiles der Akten des Wiener Opferfürsorgereferates konnten insgesamt 914 Antragsteller ausgemacht werden, die eindeutig als „Zigeuner“ verfolgt worden und vor 1945 geboren waren.²⁰

Alle diese Zahlen bestätigen die Schätzung, dass in ganz Österreich ca. 1500 bis 2000 als „Zigeuner“ stigmatisierte Personen die nationalsozialistische Verfolgungspolitik überlebt haben.

Wiedergutmachung und Opferfürsorgeleistungen für österreichische Roma

Im Burgenland gab es in der Zwischenkriegszeit 130 „Zigeuner“-siedlungen, meist am Rande der Dörfer gelegen, in denen jeweils zwischen 30 und 300 Personen lebten. Die meisten dieser Siedlungen lagen in den südburgenländischen Bezirken Oberwart und Güssing. Nach der Deportation der Roma und Sinti in Arbeits- und Konzentrationslager wurden diese Siedlungen fast ausnahmslos zerstört. Die Häuser wurden abgetragen oder einfach in Brand gesteckt. Diese „Zigeuner“-siedlungen waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden. Die Grundstücke gehörten in der Regel der politischen Gemeinde, die Häuser selbst waren Eigentum der Familien. Dass man diese sogenannten „Superädifikate“ auch ins Grundbuch eintragen lassen konnte, war den meisten Roma und Sinti nicht bewusst. Eine

-
- 17 Schreiben Sicherheitsdirektion für das Burgenland an alle Bezirkshauptmannschaften des Burgenlandes vom 20.11.1952 betr. Daten über die Auswanderung rassistisch verfolgter Personen aus Österreich in den Jahren 1938 – 1945, BLA BH Oberwart, Gr. XI 153-V-587/1952; Vgl. Barbara Rieger, Roma und Sinti in Österreich nach 1945. Die Ausgrenzung einer Minderheit als gesellschaftlicher Prozeß, phil. Diss. Wien 1997, S. 46.
- 18 Siehe dazu die Schreiben der Gemeinden an die BH Oberwart Ende 1957, BLA BH Oberwart A VII 11/218/306-VII; Vgl. Rieger, Roma und Sinti, S. 47 ff.
- 19 Unter Lackenbach scheinen nur jene auf, die tatsächlich ausschließlich in Lackenbach gefangen gehalten wurden. Unter KZ auch jene, die zuvor einige Zeit in Lackenbach verbringen mussten.
- 20 Florian Freund, Gerhard Baumgartner und Harald Greifeneder, Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien - München 2004.

Hochrechnung im Auftrag der Österreichischen Historikerkommission²¹ für das gesamte Burgenland ergab eine Gesamtzahl von 1.357 Häusern in den verschiedenen „Zigeuner“-siedlungen des Burgenlandes, wobei 232 dieser 1.357 Häuser baulich und ausstattungsmäßig einem durchschnittlichen burgenländischen Wohngebäude entsprachen. Nach 1945 konnten die Überlebenden der Konzentrationslager daher keine Ansprüche auf Entschädigung für ihre zerstörten Häuser geltend machen, da sie aufgrund der fehlenden grundbücherlichen Eintragung nicht nachweisen konnten, jemals ein Haus besessen zu haben. Zahlreiche als „Zigeuner“ stigmatisierte Personen besaßen auch vor 1938 grundbücherlich eingetragenes Eigentum. Gemäß einer Hochrechnung der Historikerkommission betrug der Grundbesitz burgenländischer „Zigeuner“ zwischen 1938 und 1945 insgesamt 47,26 Hektar. Da nur rund 10 Prozent der burgenländischen „Zigeuner“ den Holocaust überlebten, nimmt es nicht wunder, dass ein Großteil ihres grundbücherlichen Eigentums jahrzehntelang unbeanspruchte blieb. Selbst die erbberechtigten Personen wussten oft nichts über das Vorhandensein von Grundstücken ihrer Vorfahren.

Zahlreiche burgenländische Gemeinden versteigerten das Hab und Gut der deportierten „Zigeuner“-familien unter den Einwohnern des Ortes. Die Häuser wurden abgetragen und die wieder verwertbaren Baumaterialien zusammen mit den Möbeln und persönlichen Gegenständen verkauft. Vom Erlös wurden die Schulden einiger deportierter Familien beglichen, die, wie in der Zwischenkriegszeit allgemein üblich, bei lokalen Geschäften hatten anschreiben lassen. Der Großteil des Geldes wurde jedoch an die Sozialabteilung der Gemeinden oder der Gauverwaltung überwiesen, die das Geld teils für die Finanzierung der „Zigeunerlager“ oder die Finanzierung der Deportationen verwendete. Viele Sinti- und Lovarafamilien²² hatten einen Großteil ihres Ver-

21 Lovara sind zu den Vlach-Roma zu rechnen, die - wie andere Vlach-Roma-Gruppen auch - Jahrhunderte in Moldavien und der Walachei im heutigen Rumäniens verbracht haben. Die im heutigen Österreich lebenden Lovara kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus dem Gebiet des heutigen Ungarn und der Slowakei.

mögens in Silber- und Goldmünzen angelegt, die ihnen bei der Verhaftung abgenommen wurden. Da die überlebenden Roma und Sinti nach 1945 keine Dokumente über die ihnen abgenommenen Wertsachen vorlegen konnten, wurden sie bis heute dafür nicht entschädigt.

Wenn überlebende Roma und Sinti nach dem Krieg Anträge auf Opferfürsorge stellten, so scheiterten sie oft an der Ablehnung vorurteilsbehafteter Bürgermeister, die die Antragsteller pauschal als „arbeitsscheu“ und „asozial“ abqualifizierten. Ende 1949 äußerte der Bürgermeister von St.Margarethen im Burgenland in einem Anerkennungsverfahren: „...der Leumund der Zigeuner ist allg. bekannt arbeitsscheu, verschwenderisch usw. Eine Unterstützung aus öff. Fürs.mitteln [öffentliche Fürsorge-mittel] ist nicht zu befürworten.“²³

Durch das Opferfürsorgegesetz von 1947 wurden zwei Kategorien von Opfern geschaffen. Widerstandskämpfer und politisch Verfolgte erhielten eine Amtsbescheinigung, die unter gewissen Voraussetzungen zum Bezug einer Rente berechnete. Personen hingegen, die „aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität ... in erheblichem Ausmaße zu Schaden gekommen“ waren, erhielten einen Opferaussweis, der lediglich zu Begünstigungen bei der Wohnungsvergabe berechnete und steuerliche und gewerberechtliche Vorteile bot. Erst ab 1949 konnten auch Opfer rassistischer, religiöser und nationaler Verfolgung eine Amtsbescheinigung bekommen, wenn sie in einem Konzentrationslager inhaftiert waren. Da die Inhaftierung im Lager Lackenbach oder in anderen Arbeitslagern nicht auf die Haftzeit in einem Konzentrationslager angerechnet wurde, erhielten viele österreichische Roma und Sinti keine, beziehungsweise nur sehr geringe Wiedergutmachungsleistungen.

22 Schreiben des Bürgermeisters von St.Margarethen an den Bezirksfürsorgeverband vom 12.12.1949 betreffend Opferaussweis, BLA Opferfürsorgeakt VIII 257-6/77.

23 Florian Freund, Gerhard Baumgartner und Harald Greifeneder, Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien - München 2004; siehe dazu auch Barbara Rieger, Roma und Sinti in Österreich nach 1945. Die Ausgrenzung einer Minderheit als gesellschaftlicher Prozess, Frankfurt am Main 2003.

Mit der Novellierung des Opferfürsorgegesetzes im Jahre 1961 erhielten die Überlebenden des Zigeunerlagers Lackenbach und anderer Arbeitslager für die erlittene „Freiheitsbeschränkung“ erstmals eine einmalige Entschädigung von 350 ATS pro Haftmonat. Überlebende der Konzentrationslager erhielten 860 ATS pro Haftmonat. Die Haft im Zigeunerlager Lackenbach wie auch in den Zigeuner-Zwangsarbeitslagern wird bis heute nicht als KZ-Haft anerkannt. Erst 1988 erhielten die Überlebenden dieser Lager bei mindestens halbjähriger Inhaftierung das Recht auf eine Amtsbescheinigung und damit auf eine Opferfürsorgerente.²⁴ Voraussetzung für eine Opferfürsorgerente war seit jeher, dass die Bezieher bedürftig, nicht vorbestraft und in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert waren. Viele Roma und Sinti waren in der Zwischenkriegszeit und zum Teil auch nach 1945 aufgrund diskriminierender Gesetze, zum Beispiel wegen „Vagabundage“, vorbestraft, oder sie waren unter dem Vorwand der „Asozialität“ in die KZs eingeliefert worden. Sie hatten daher keinen Anspruch auf eine Amtsbescheinigung und konnten damit keine Opferfürsorgerente beanspruchen. Für viele war auch der Nachweis der Minderung der Erwerbsfähigkeit ein unüberwindliches Hindernis, da sich häufig – teilweise selbst noch in die NS-Vergangenheit verstrickte – Amtsärzte weigerten, den Roma und Sinti eine Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit zu bestätigen. Wenn die gesundheitliche Schädigung unübersehbar war, wurde oft jeglicher Zusammenhang mit der erlittenen Haft im Konzentrationslager oder mit geleisteter Zwangsarbeit bestritten.

24 Nach dem Opferfürsorgegesetz konnten auch Anträge auf einmalige Leistungen, wie etwa Haftentschädigung oder Entschädigung für entgangenen Schulbesuch, geltend gemacht werden. In diesen Fällen wurden keine Rentenakten angelegt und auch keine „Abhörbögen“ ausgefüllt. Dennoch beinhalten diese Anträge eine Fülle von interessanten Angaben, allerdings nur zur Person und nicht zum Haushalt oder den Haushaltsangehörigen des Antragstellers. Zusätzlich zu den Angaben aus den Akten der 460 Rentenantragsteller wurden auch die Angaben von 516 Nichtrentenantragstellern in die Datenbank aufgenommen. Davon entfallen 260 ausgewertete Akten auf das Burgenland und 256 Akten auf Wien.

Datenbank auf der Basis österreichischer Opferfürsorgeakten

Aus den Beständen dieser Opferfürsorgeakten im Burgenland und in Wien konnte ein umfangreicher Datensatz zur Roma Population zwischen 1945 und 2000 erstellt werden. Insgesamt konnten dabei in den beiden Bundesländern 2.072 - meist auch nach ihrer Eigendefinition – als Roma zu beurteilende Personen festgestellt werden.

Personen, die nach dem Opferfürsorgegesetz einen Antrag auf Opferfürsorgerente stellten, hatten einen von der Wohngemeinde auszufüllenden und zu bestätigenden Fragebogen - einen sogenannten „Abhörbogen“ - auszufüllen. Diese Fragebögen beinhalten Angaben zur Person, zu ihren Familienangehörigen, den im selben Haushalt lebenden Personen, Berufsangaben, Angaben über vorhergehende Aufenthalts- und Einkommensverhältnisse sowie über Besitzverhältnisse. Insgesamt wurden die Angaben von 1.874 Fragebögen in die Datenbank eingearbeitet, darunter auch 369 Fragebögen aus Wien.²⁵ Diese Fragebögen stellen de facto Momentaufnahmen jener Haushalte dar, in denen die Antragsteller jeweils zum Zeitpunkt der Antragstellung gelebt haben. Darüber hinaus stellen sie den einzig bisher bekannten, einheitlichen Datensatz für Angehörige der Burgenland Roma in der Nachkriegszeit dar.

Geschätzte Zahl der Bevölkerungsgruppe der burgenländischen Roma und Sinti 1948 bis 2001

Aufgrund der Personenangaben des aus dem Aktenbestand der Opferfürsorge Wien und Burgenland erstellten Datensatzes konnte erstmals eine auf konkreten Angaben basierende Schätzung der Population der Burgenland Roma für den Zeitraum zwischen 1945 und 2001 unternommen werden.²⁶

25 Diese Berechnungen wurden von den Demographieexperten der Statistik Austria, Dr. Josef Kytir und Dr. Alexander Hanika vorgenommen. Sie erfolgten mittels eines von ihnen erarbeiteten Bevölkerungsfortschreibungsmodells, das von der Statistik Austria für demographische Berechnungen verschiedenster Art herangezogen wird.

Die hier vorgelegte Berechnung ging von einem für das Jahr 1948 erstellten Bevölkerungsschnitt aus, da in den Jahren nach der Verabschiedung des Opferfürsorgegesetzes 1947 eine Großteil der bezugsberechtigten Roma erstmals Anträge nach diesem Gesetz gestellt hatten. Die dabei eruierte Gesamtzahl von 1.427 Personen, die 1948 nachweislich am Leben waren, entsprach ziemlich genau der ursprünglichen Schätzung der österreichischen Überlebenden des Roma Holocaust von 1.500 bis 2.000 Personen. Es konnte also davon ausgegangen werden, dass das in der Datenbank erfasste Bevölkerungssample die Gruppe der Burgenland Roma im Jahre 1948 weitgehend abdeckt. Diese Personengruppe bildete die Basis für ein Bevölkerungsfortschreibungsmodell der Burgenland Roma bis 2000.

Eine weitere wichtige Variable der Bevölkerungsfortschreibung war die Fertilität der Gruppe. Durch Bevölkerungsschnitte in den Jahren 1948, 1949, 1950, 1955 und 1960 konnte gezeigt werden, dass die Fertilitätsrate der untersuchten Gruppe mit durchschnittlich 79,4 Geburten je 1.000 Personen in den 1940er Jahren weit über dem der Durchschnittsbevölkerung – 18,6 Geburten je 1000 Personen – lag. Erst im Laufe der 1950er Jahre nahmen die Geburten auch unter den Roma langsam ab und erreichten schließlich zu Beginn der 1960er Jahre das durchschnittliche Niveau der burgenländischen Gesamtbevölkerung.

Die Fortschreibung dieser Daten in einem Bevölkerungswachstumsmodell für das Jahr 2001 ergaben eine Gesamtzahl von 4.866 Personen, die unter der vorläufigen Außerachtlassung von Kriterien wie Abwanderung, Mischehen oder Assimilationsprozessen als mögliche Nachkommen des Bevölkerungssamples von 1948 bezeichnet werden können. Keinesfalls darf diese Zahl als Gesamtgröße der Bevölkerungsgruppe der Burgenland Roma im Jahr 2001 verstanden werden. Es ist durch nichts zu beweisen, dass alle Mitglieder dieser Personengruppe im Jahr 2001 von ihrer Abstammung aus dieser Gruppe wissen, sich ihrem eigenen Verständnis nach als Angehörige dieser Gruppe betrachten oder gar die Sprache der Burgenland Roma sprechen.

26 Siehe dazu die Beiträge im Buch von Andreas Moritsch (Hg), *Vom Ethnos zur Nation*, Wien 1991.

Die persönliche Identität der einzelnen Personen hängt vielmehr von mehreren Faktoren ab, auf die diese Personen selbst zum Teil keinen Einfluss haben, ebenso wie von persönlichen, individuell getroffenen Entscheidungen. Abgesehen von jenen Personen, die die Zugehörigkeit zur Gruppe der Burgenland Roma als identitätsstiftendes Merkmal ihrer Person bezeichnen würden, gilt es noch eine wahrscheinlich nicht unbeträchtliche Zahl solcher Personen zu berücksichtigen, die zwar von ihrer teilweisen Abstammung von Angehörigen dieser Gruppe wissen, für die aber dieser Umstand nicht mehr identitätsbildend wirksam ist. Aber selbst unter jenen Personen, die sich mit der Gruppe der Burgenland Roma identifizieren, gibt es noch eine Anzahl von Personen, die aus vielerlei Gründen nicht bereit sind, sich öffentlich als Angehörige der Gruppe zu deklarieren. Gleichzeitig ist die Zahl jener Personen, die sich ihrem eigenen Bekenntnis nach als Angehörige der Volksgruppe fühlen, keineswegs mit der Zahl der Sprecher der Minderheitensprache Burgenland Roman gleichzusetzen. Die durch die Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2001 vorgelegte Zahl von 4.866 Personen beschreibt eine – auf wohlbegründeten Annahmen basierende, geschätzte – Gruppengröße, in der eine solche Identifizierung heute noch erwartet werden kann.

Schätzungen zur Größe der Sprachgruppe

Die in Österreich üblicherweise zitierten Zahlenangaben zur Größe der einzelnen Volksgruppen beruhen auf den Angaben zur Umgangssprache der österreichischen Volkszählungen. Dass diese Angaben keineswegs den Sprachgebrauch oder die Sprachkenntnis der verschiedenen Sprachen auch nur annähernd real abbilden, wurde in vielen Studien unabhängig voneinander nachgewiesen.²⁷

Die verschiedenen Sprachgruppen des Burgenlandes wiesen in der Nachkriegszeit stark abweichende Assimilationsraten auf. Sprachenangaben für die Verwendung des Burgenlandkroatisch

27 Baumgartner, 6 X Österreich, S. 110.

sanken zwischen den Volkszählungen 1951 und 1991 auf um 70,3 Prozent, die Sprachenangaben zur Verwendung des Ungarischen im Burgenland hingegen sanken im selben Zeitraum nur um 5,3 Prozent. Dies ergibt einen durchschnittlichen Rückgang in der Verwendung der burgenländischen Volksgruppensprachen um 37,8 Prozent. Gesamtösterreichisch gesehen liegt der durchschnittliche Rückgang der Minderheitensprachen zwischen 1951 und 1991 bei 36,6 Prozent.²⁸ Eine angenommene Assimilationsrate entsprechend der der burgenländischen Kroaten würde bedeuten, dass im Falle der Burgenland Roma noch 1.451 Personen über Sprachkenntnisse verfügen würden. Bei der Zugrundelegung der durchschnittlichen Assimilationsrate von 36,6 Prozent würde dies 3.098 Personen ergeben. Betrachtet man diese beiden Werte als obere und untere Grenzwerte einer realistischen Bandbreite und eruiert den Mittelwert zwischen beiden, so ergibt das eine Personengruppe von 2.274 Personen, bei denen solche Sprachkenntnisse vermutet werden können.

Abwanderung nach 1945 und aktuelle Bevölkerungsverteilung

Eine Verteilung der durch die Bevölkerungsfortschreibung errechneten Personengruppe von 4.886 Personen auf das Burgenland und Wien lässt sich auf der Basis der vorliegenden Daten der Opferfürsorgeakten nicht schlüssig argumentieren. Es gibt jedoch einige Hinweise dafür, dass die Zuwanderung der Burgenland Roma nach Wien nach 1945 beträchtlich gewesen sein muss. Von den 309 Wiener Akten handelt es sich in 150 Fällen um aus dem Burgenland zugezogene Roma. Das entspricht einem Anteil von 21 Prozent der Antragsteller. Die große Abwanderung aus dem Burgenland wurde aber erst ab Ende der 1950er Jahre und dann vor allem in den 1960er Jahren voll spürbar. Eine Abwanderungsbilanz aus 1977 errechnete für das gesamte Burgenland eine Abwanderung von 24 Prozent aller im Burgenland

28 Günter Karner, Zugvögel. Burgenländische Wanderbewegungen, in: Elisabeth Deinhofer und Traude Horvath (Hg.), Grenzfall Burgenland 1921 - 1999, S.173 - 174.

geborenen Personen.²⁹ Bei der Gruppe der Burgenland Roma wurde ein annähernd hoher Prozentsatz bereits für die Geburtenjahrgänge vor 1945 erreicht. Da die durch die Bevölkerungsfortschreibung errechnete Roma Population von 4886 Personen aber zu 85,3 Personen aus der Geburtenjahrgänge nach 1945 besteht, kann der Prozentsatz der Abwanderungen hier noch erheblich höher angesetzt werden.

Nach 1945 war fast die Hälfte der im Burgenland lebenden Roma im Bezirk Oberwart beheimatet, gefolgt von Oberpullendorf, Jennersdorf und Güssing, wo insgesamt rund weitere 35 Prozent herkommen. Diese Bezirke gehörten aber in der Zweiten Republik zu den strukturschwächsten Bezirken Österreichs, in denen zwischen 20 und 30 Prozent aller Beschäftigten als Nichttagespensler außerhalb des Bundeslandes beschäftigt waren. Der Anteil der in erster Linie nach Wien und zu einem geringeren Anteil in die Steiermark, nach Niederösterreich und nach Oberösterreich abgewanderten Angehörigen der Burgenland Roma nach 1945 muss daher auf rund 50 Prozent geschätzt werden.

Wohnsituation

Die burgenländischen Heimatgemeinden waren über die Tatsache, dass nach der Befreiung vom Nationalsozialismus als „Zigeuner“ stigmatisierte Roma in die Orte zurückkehrten, in der Regel höchst unerfreut. Die Widerstände dagegen, ihnen Wohnraum und eine auch nur primitive Existenz zu ermöglichen, waren enorm. Die ehemaligen Romasiedlungen, die meist aus sogenannten Superädifikaten, also Häusern der Roma auf Gemeindegrund, bestanden hatten, waren während der Zeit des Nationalsozialismus fast ausnahmslos zerstört worden. Ein sehr bezeichnender Konflikt spielte sich 1947 in Schreibersdorf ab, wo bis 1938 über 220 „Zigeuner“ in einer eigenen „Kolonie“ gelebt hatten.³⁰ Die Gemeindevertretung beschwerte sich bei der Lan-

29 Vgl. Rieger, Roma und Sinti, 1997, S. 54 f.

30 Schreiben der Gemeindevertretung Schreibersdorf an die burgenländische Landeshauptmannschaft vom 24.7.1947 betr. Zigeunerfrage, BLA BH Oberwart, XI 153/1947 V/651.700.

deshauptmannschaft, dass sie „durch die Zigeunerfrage schwer in Mitleidenschaft gezogen“ wäre. „Den fünfzig Wohnhäusern, wovon die Besitzer zur Hälfte Bauern (Kleinbauern) und Arbeiter sind, stehen 30 Zigeuner gegenüber. Die Zahl erhöht sich noch durch Zuwanderer. Sie beanspruchen nun ihre Baracken zu ersetzen, was jedoch zur Zeit nicht möglich ist.“³¹ Besonders erbost dürfte die Gemeindevertretung darüber gewesen sein, dass sie einen Ersatz für ihre zerstörten Häuser forderten und sich nicht mehr widerspruchslos an die unterste Stelle in der Sozialhierarchie des Dorfes eingliederten.

In mehreren Gemeinden musste die Wohnraumbeschaffung für die zurückgekehrten Roma von den Besatzungsbehörden durchgesetzt werden.³² Einige Gemeindeverwaltungen versuchten sogar die Roma durch Ankauf von Grundstücken in anderen Gemeinden abzusiedeln.³³ In zahlreichen burgenländischen Dörfern wurden die wenigen Überlebenden des Holocaust in Behelfsquartieren untergebracht, etwa in Feuerwehrhäusern oder leerstehenden Baracken.³⁴

Bis in die 1970er Jahre wurde ansässigen Roma der Kauf von eigenen Grundstücken in ihren Heimatgemeinden und der Bau von Häusern mehrfach verwehrt oder schwer gemacht. Größeres Aufsehen erregte 1975 ein Vorfall in Unterwart. J. Horwath hatte im Ortskern ein Grundstück gekauft und wollte dort ein Haus errichten. Erst bei der Bauverhandlung, so Mayerhofer, seien die Anrainer darauf aufmerksam geworden, dass es ein Roma war, der das neue Grundstück erworben hatte. „Nun lehnten sich alle Anrainer dagegen auf, einen Zigeuner zum Nachbarn zu bekommen und übten auf die Gemeinde so star-

31 Ebd.

32 Bericht der Gemeinde Goberling über die Ereignisse in den Gemeinden 1945 bis 1956, BLA BH Oberwart A VIII 11/218-306 VII; Vgl. Rieger, Roma und Sinti, 1997, S. 62.

33 Schreiben des Landesfeuerwehrkommando Burgenland an die BH in Oberwart vom 16.11.1949 betr. Einquartierung im Feuerwehr-Gerätehaus, BLA BH Oberwart XI 153/1949.

34 Claudia Mayerhofer, Dorfzigeuner. Kultur und Geschichte der Burgenland-Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart, Wien 1987, S. 171 f.

ken Druck aus, dass der Kauf des Grundstückes rückgängig gemacht werden mußte.“³⁵

Aufgrund dieser Widerstände der Gemeinden gegen die Rückkehr der „Zigeuner“ musste die Mehrzahl der überlebenden Roma bis in die 1960er Jahre mit ihren Familien häufig in Notunterkünften, Holzhütten, Betonbunkern oder Baracken leben, auf engstem Raum häufig ohne Strom und fließendes Wasser.³⁶

Wohn- und Besitzstrukturen burgenländischer Romahaushalte 1945–2001

Die Abhörbögen der Opferfürsorgeakten enthalten auch detaillierte Angaben zum Eigentum der Antragsteller. Eine statistische Auswertung dieser Besitzangaben lässt erkennen, dass es sich bei der Gruppe der Burgenland Roma um eine marginalisierte Bevölkerungsgruppe handelte, die zur Mehrzahl aus Personen ohne eigenen Eigentum an Grund und Boden bestand. Insgesamt verfügten 68,2 Prozent der untersuchten Antragsteller über kein grundbücherliches Eigentum und 20,8 Prozent der Antragsteller wurden als „Nur-Hausbesitzer“ bezeichnet. Dies bezieht sich auf die nach 1945 wiedererrichteten Häuser auf Gemeindegrund, die für die Romasiedlungen des südlichen Burgenlandes typisch waren.

Auffallend ist dabei, dass es sich meist um sehr kleine Wohnstätten handelt, die flächenmäßig und in ihrer räumlichen Ausstattung weit hinter dem burgenländischen Durchschnitt zurückbleiben. Bereits im Jahre 1959 waren nach der ersten vorliegenden Burgenländischen Wohnstatistik 100 Prozent der Wohnungen mit einer Küche, 7,4 Prozent mit einem Badezimmer und 7,2 Prozent mit einem WC ausgestattet.³⁷ Im Landesdurchschnitt entfielen

35 Vgl. Eva Maria Schwarzmayr, *Die Geschichte der Burgenland-Roma seit 1945*. Dipl.-Arb. Wien 1992, S. 28; Rieger, *Roma und Sinti*, 1997, S. 65 f;

36 Amt der Burgenländischen Landesregierung (Hg.), *Burgenländische Statistiken*, Eisenstadt 1959, S. 3.

37 Amt der Burgenländischen Landesregierung (Hg.), *Statistisches Jahrbuch Burgenland*, Eisenstadt 1972, S. 60, 174.

auf eine durchschnittliche Wohneinheit mit zwei getrennten Wohnräumen im Jahre 1959 durchschnittlich 2,4 Personen. Im Vergleich dazu lebten 72,9 Prozent der burgenländischen Roma in Wohnungen mit nur einem Wohnraum oder weniger, 19,3 Prozent verfügten über 1,5 bis 2 Wohnräume, also entweder noch ein zusätzliches Kabinett oder ein zweites Zimmer. In der Periode 1945 bis 1955 wohnten überhaupt 93,4 Prozent der Antragsteller in Wohnungen mit maximal einem einzigen Wohnraum, in der Periode 1956 bis 1965 noch immer 78 Prozent und zwischen 1966 und 1975 weiterhin noch 54,9 Prozent.

37,8 Prozent aller Wohnstätten burgenländischer Roma wiesen weder eine Küche, noch Bad und WC auf. Im Zeitabschnitt zwischen 1945 und 1955 verfügten 61,8 Prozent der Wohnungen über keine Küche, in der Periode bis 1965 noch immer 32,2 Prozent, und zwischen 1966 und 1975 weiterhin noch 18,8 Prozent. Erst in der Periode ab 1976 tauchen in den Angaben Wohnungen mit Bad und WC auf, allerdings nur in 7,9 Prozent der Fälle. Die Wohnstätten der burgenländischen Roma erreichten also erst mit einer rund zwanzigjährigen Verspätung den durchschnittlichen Ausstattungsstandard burgenländischer Wohnungen des Jahres 1959.

Die durchschnittliche Belegung burgenländischer Wohnungen blieb zwischen 1959 und 1991 mit durchschnittlich 2,4 Bewohnern pro Wohneinheit konstant.³⁸ Die statistische Auswertung der Abhörbögen weist für die Romabevölkerung eine wesentlich höhere Zahl an Personen pro Wohneinheit auf. 47,9 Prozent der Roma Haushalte wiesen zum Zeitpunkt der Antragstellung zwischen 3 und maximal 12 Haushaltsmitglieder auf. In 30,2 Prozent dieser Haushalte lebten im Untersuchungszeitraum bis zu 5 Schulkinder, in 17,2 Haushalten 3 bis 8 erwachsene Haushaltsmitglieder zwischen 15 und 60 Jahren und in 19,6 Prozent der Haushalte auch 1 bis 3 Haushaltsmitglieder über 60 Jahren. Das heißt, dass in den durchschnittlich sehr kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen nicht nur die Mitglieder dreier oder mehrerer Generationen miteinander wohnten, sondern häufig auch noch weitere erwachsene Verwandte und deren Ehepartner.

38 Zu den Beständen der Opferfürsorgeakten: Vgl. Freund, Baumgartner und Greifeneder, Vermögensentzug, S. 216.

Analphabetismus und Bildungssituation

Ein hervorstechendes Merkmal der Roma Population der Nachkriegszeit war ihr für ein entwickeltes Land wie Österreich hoher Anteil von Analphabeten von rund 40 Prozent, zu dem noch ein hoher Anteil von Semialphabeten und solchen Alphabeten zu rechnen ist, die zwar lesen, aber nur mit Mühe grammatikalisch und orthographisch richtig schreiben können. Ausgangspunkt dieses extremen Analphabetismus dürfte die in der Zwischenkriegszeit kaum erfolgte Einschulung der burgenländischen Roma und die Untersagung des Schulbesuches zwischen 1938 und 1945 gewesen sein.

191 der im Bestand der Opferfürsorgeakten erfassten 460 Rentenantragsteller³⁹ sind eindeutig als völlige Analphabeten zu bezeichnen, die ihre Unterschrift in der Form von Kreuzchen tätigten. Dies entspricht insgesamt einem Anteil von 41,5 Prozent. Selbst bei den Rentenantragsteller aus den Geburtenjahrgängen nach 1945 beträgt der Anteil der Analphabeten noch immer 16,7 Prozent. Sämtliche Analphabeten der Geburtenjahrgänge 1947, 1948, 1952 und 1961 kamen aus Gemeinden des Bezirks Oberwart. Der jüngste nachgewiesene Fall einer in Österreich geborenen Analphabetin ist eine 1967 in Oberwart geborene Romni.⁴⁰

Zusätzlich zu diesen 41,5 Prozent Analphabeten muss noch ein hoher Anteil an so genannten Semialphabeten in der Romabevölkerung angenommen werden, also Personen, die oft nur ihren Namenszug und ein sehr begrenztes Repertoire an Wörtern lesen und schreiben können. Selbst nach vorsichtigen Schätzungen dürfte also der Anteil der Analphabeten und Semialphabeten zumindest im Burgenland bis in die 1960er Jahre bei mindestens 70 Prozent der Romabevölkerung gelegen sein. Auch unter den Alphabeten der Romapopulation muss zumindest für die ersten drei Jahrzehnte nach 1945 aufgrund des Aktenmaterials angenommen werden, dass sie zwar lesen, aber nur eingeschränkt orthographisch und grammatikalisch richtig schreiben konnten.

39 Akten des Romafonds, lfd. Nr. 1/1995.

40 Mirella Karpati, Romano Them, Trient 1962, S. 168 - 171.

Die Behandlung der Kinder der burgenländischen Roma im burgenländischen Schulsystem nach 1945 muss als katastrophal und skandalös bezeichnet werden. Die aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse, massiver sozialer Belastungen und ihrer Sozialisation in analphabeten oder zumindest semiliteraten Haushalten aufwachsenden Kinder wurden gemeinsam mit geistig und körperlich behinderten Kindern in die Sonderschulklassen abgeschoben. Diese Praxis wurde 1962 erstmals international angeprangert als die italienische Pädagogin und Linguistin Mirella Karpati im Auftrag der Arbeitsstelle für „Zigeunermission“ des Vatikans das Burgenland bereiste, um die schulische Situation der Roma Kinder zu begutachten.⁴¹ Aus den Jahren 1983 und 1986 liegen zwei Detailstudien über die schulische Integration von Romakindern im Burgenland vor. Andrea Kassanits untersuchte die Schulerfolge der Romakinder von Oberwart,⁴² Peter Meusburger die Schulerfolge von Romakindern in den Orten Spitzzicken, Kleinbachselten, Unterwart und Oberwart.⁴³ Die uns aus der Untersuchung von Meusburger bekannten Zahlen über den Anteil der Sonderschüler unter der Romapopulation im Burgenland weisen einen weit über dem burgenländischen Durchschnitt von rund 2,5 Prozent liegenden Prozentsatz auf. In der Gemeinde Kleinbachselten lag ihr Anteil im Untersuchungszeitraum Meusburgers von Mitte der 1950er bis Mitte der 1970er Jahre bei 17,5 Prozent, in der Gemeinde Unterwart bei 6,9 Prozent und in der Stadtgemeinde Oberwart bei 38 Prozent. Die in einem Bericht an den Ministerrat 1995 ausgewiesenen Schülerzahlen

41 Andrea Kassanits, Die Zigeuner als Minoritätenproblem in unserer Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des burgenländischen Raumes, Hausarbeit an der Pädagogischen Akademie Burgenland, Eisenstadt 1986.

42 Peter Meusburger, Beiträge zur Geographie des Bildungs- und Qualifikationswesens. Regionale und soziale Unterschiede des Ausbildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung, Innsbruck 1980, S. 149–155.

43 Gerhard Baumgartner und Bernhard Perchinig, Minderheitenpolitik, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 628 - 640, hier 635 - 637.

aus Romafamilien weisen noch immer einen sehr hohen Anteil von landesweit 14,6 Prozent an Sonderschülern auf. Rechnet man die in der Integrationsklasse eingeschulten Kinder hinzu, so steigt ihr Anteil auf 21,8 Prozent. Bis zur Mitte der 1970er Jahre ist kein einziger Fall eines Aufstiegs eines Schülers aus einer Roma Familie im Burgenland in eine höhere Schule feststellbar. Die Kombination all dieser Umstände resultiert in einem äußerst beschränkten Zugang von Angehörigen der Minderheit zum Arbeitsmarkt.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Ein besonderes Problem für die Angehörigen der Minderheit bedeutete der erschwerte Zugang zu Gewerben, bzw. der Entzug von alten Gewerbeberechtigungen nach 1945. Dadurch waren viele traditionelle Erwerbszweige für sie nicht mehr so leicht zugänglich. Die Mehrzahl der burgenländischen Roma war gezwungen, sich durch unselbständige Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen.

Ein erlernter Beruf ist nur für 3,5 Prozent der Antragsteller vermerkt. Eine statistische Auswertung der Berufsangaben zum Zeitpunkt der Antragstellung zeigt, dass in der Periode von 1945 bis 1955 die 83,4 Prozent der Antragsteller bei Erstantrag entweder als Hilfskräfte in der Land- und Forstwirtschaft (38,8 Prozent) oder als unqualifizierte Hilfskräfte (44,6 Prozent) tätig waren. Diese Beschränkung auf schlecht bezahlte und unqualifizierte Tätigkeiten zeigt bis Mitte der 1970er Jahre ein stabiles Bild. Insgesamt waren über den gesamten Untersuchungszeitraum 81,5 Prozent der Antragsteller in diesen beiden Sparten beschäftigt. Zur weiteren Verschlechterung der beruflichen Situation trug auch die vorwiegend kurze Dauer der Arbeitsverhältnisse bei. 69,6 Prozent der Arbeitsverhältnisse im Bereich der Land- und Forstwirtschaft und 64,2 Prozent im Bereich der Hilfstätigkeiten lagen unter 12 Monaten. Insgesamt konnten nur bei 5,7 Prozent der Antragsteller längerfristige Berufsverhältnisse von 6 oder mehr Jahren festgestellt werden. 82,1 Prozent der Arbeitsverhältnisse lag unter 36 Monaten, 60,9 Prozent sogar unter 12 Monaten.

Dieser sektoral und temporal sehr beschränkte Zugang zum

Arbeitsmarkt steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Randlage des Burgenlandes und den schlechten Arbeitsmarktbedingungen der strukturschwachen Bezirke des Südburgenlandes. Der Zugang zum Arbeitsmarkt konnte auch durch die Arbeitsmigration nicht wesentlich verbessert werden. Obwohl insgesamt 60,5 Prozent der eruierten Arbeitsverhältnisse außerhalb des Burgenlandes, in Wien oder anderen Bundesländern angesiedelt waren, dominierten auch hier weiterhin Arbeitsverhältnisse von unter 12 Monaten. In Wien lag ihr Anteil bei 48,3 Prozent und in den übrigen Bundesländern bei 75,5 Prozent. Das Problem des Zuganges zu sektoral und temporal beschränkten Tätigkeiten ist auch kein spezifisches Generationsproblem. Die Ursache dafür dürfte daher in erster Linie im schlechten Ausbildungsstand, dem dadurch de facto nicht gegebenen Zugang zu Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie der mangelnden beruflichen Sozialisation der betroffenen Personengruppe zu suchen sein.

Neues Selbstverständnis

Eine der wesentlichen Änderungen in der Zweiten Republik betraf die Selbstwahrnehmung der zuvor als „Zigeuner“ kategorisierten Menschen, die sich nun, teils in der Folge von Entwicklungen in Deutschland, teils in Reaktion auf die geänderten Rahmenbedingungen der österreichischen Minderheitenpolitik, zunehmend als „Roma und Sinti“ zu definieren und als ethnische Gruppe zu identifizieren begannen. Zwar wurden noch bis Ende der 1940er Jahre Verordnungen gegen „Zigeuner“ erlassen und bis Ende der 1950er Jahre das „Zigeunerunwesen“ von Polizei und Gendarmerie überwacht, jedoch die internationale Tendenz in den 1960er und 1970er Jahren, die Rechte von kulturellen Gruppen anzuerkennen, führte auch in Österreich zu einer Wiederauferstehung von Ethnizität als einem organisierenden Faktor in der Sphäre der politischen Interessen. Für die als „Zigeuner“ definierten Personen führte der Weg zum neuen Selbstverständnis über eine Phase der multikulturellen Kooperation mit Organisationen und Aktivisten anderer österreichischer Minderheiten schließlich zur Selbstorganisation und Neudefinierung als

ethnische Gruppe der „Roma und Sinti“.⁴⁴ Die wesentlichen Rahmenbedingungen dieser Entwicklung wurden durch das österreichische Volksgruppengesetz des Jahres 1976 etabliert, das bei den österreichischen Sprachminderheiten allgemein zu einer Reethnisierung der Gruppenangehörigen führte. Das österreichische Volksgruppengesetz bot den sich nach ethnischen Kriterien neu definierenden und organisierenden Minderheiten vor allem rechtliche Vergünstigungen und einen Zugang zu staatlichen Finanzierungsquellen. Im Falle der Roma und Sinti erfolgte diese Redefinition - gemäß den Kriterien des Volksgruppengesetzes 1976 - einerseits entlang des kulturellen Paradigmas der Minderheitensprache und andererseits entlang des historisch-kulturellen Paradigmas des gemeinsamen Verfolgungsschicksals unter dem Nationalsozialismus. Für die durch zahlreiche sprachliche Untergruppen und kulturelle Cleavages zersplitterten Gruppen der Roma und Sinti, die kaum über gemeinsame historische Perspektiven verfügten, wurde - ähnlich wie in Deutschland - die gemeinsame Erfahrung von Diskriminierung, Verfolgung und Massenmord zu einem der zentralen konstitutiven Faktoren für das Selbstverständnis als Angehöriger der „Roma und Sinti“. Die Selbstorganisation in Vereinen und der persönliche Einsatz von Rudolf Sarközi und führte 1993 zur offiziellen Anerkennung⁴⁵ als österreichische Volksgruppe.

44 Siehe dazu auch Gerhard Baumgartner und Florian Freund (Hg.) Die burgenländischen Roma 1945 - 2000, Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Eisenstadt 2004.

45 Schreiben der Landeshauptmannschaft Steiermark, Abt. 10, an das Amt des Reichsstatthalters in Wien vom 7.3.1939 betr. Zigeunerplage, Bekämpfung im Jahre 1938, STLA Landesregierung 384 Zi 1 - 1940.

Johannes Zuber

Kemetten und die Erinnerung

Rund 11.000 Roma und Sinti lebten vor 1938 in Österreich, mehr als die Hälfte von ihnen wurden im rassistischen Völkermord von den Nationalsozialisten ermordet, insgesamt wohl eine halbe Million. Diejenigen, die das Grauen der KZs überlebten und sich wieder auf den Weg in ihre ehemalige Heimat machten, in Österreich vorwiegend in das Burgenland, wurden alles andere als mit offenen Armen empfangen. Ablehnung, Diskriminierung und Kriminalisierung bestimmten wieder ihren Alltag. Die schon in der Zwischenkriegszeit angewandten Methoden zur „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ wurden von den Behörden häufig wieder angewandt. Viele der Beamten, die während der Nazizeit die Verfolgung und Ermordung der Roma und Sinti organisiert hatten, waren weiter in Amt und Würden. Die widerlichste Figur, Tobias Portschy aus Oberschützen, ab 1931 Mitglied der NSDAP, 1933 Kreisleiter des südlichen Burgenlands, 1935 bis 11. 3. 1938 illegaler Gauleiter und bis Oktober 1938 kommissarischer Landeshauptmann des Burgenlands, Mai 1938 bis April 1945 stellvertretender Gauleiter der Steiermark, saß zwar nach 1945 bis 1947 in Lagern und dann bis 1951 in Haft, lebte dann allerdings unbehelligt bis 1996 in Rechnitz als angesehener Wirt.

Auch in der Gemeinde Kemetten, unweit von Oberwart gelegen, lebten vor 1938 ungefähr 200 Roma. Alle, bis auf zwei, wurden in Konzentrationslager deportiert. Anton und Maria Horvath überlebten den nationalsozialistischen Terror als Zwangsarbeiter in Pfaffstätten¹. Bereits 1938/39 wurden die ersten Verhaftungen vorgenommen und die Menschen über Dachau, Buchenwald nach Mauthausen (1941) gebracht. Im Herbst 1941 wurde ein zweiter Transport abgefertigt. Gesehen haben das etliche Dorfbewohner². Die Holzhäuser, in denen die Roma von Kemetten gelebt

1 Zitiert nach: Mühl Dieter, Die Roma von Kemetten, edition lex liszt 12, Oberwart, 1999

2 Ebd.

hatten, wurden nach den Deportationen bis auf zwei oder drei abgerissen. Während des Krieges wurden diese Häuser von der Gemeinde weiter benützt. Zurückgekehrt sind im Jahre 1945 fünf Roma, die zuerst in einer Hütte beim „Ziegelofen“ untergebracht wurden, später aber in die stehengebliebenen Roma-Häuser einzuziehen konnten.

1993 wurden die Roma und Sinti als eigene Volksgruppe anerkannt. Im Juli 2000 hatte sich der Gemeinderat von Kemeten in einer Abstimmung mit 17:2 Stimmen gegen die Errichtung einer Gedenktafel für die ermordeten Roma ausgesprochen. Im Juli 2001 beschloss der Burgenländische Landtag einstimmig die Errichtung von Gedenkstätten/-tafeln in den Heimatgemeinden der WiderstandskämpferInnen und Opfer des Nationalsozialismus, die im Kampf für Freiheit und Demokratie ihr Leben verloren hatten. Auf Grund dieses Landtagsbeschlusses versuchte der Verein Roma aus Oberwart durch Überzeugungsarbeit die Gemeindeverantwortlichen von Kemeten zu einem Umdenken zu bewegen. Dutzende Briefe verschiedenster Organisationen, wie z.B. der Lagergemeinschaft Mauthausen, und Personen, u.a. Bischof Iby, Landtagspräsident Walter Prior, unterstützten das Anliegen des Vereins Roma. Am 24. Oktober 2003 kam es also zu einer neuen Abstimmung. An dieser Sitzung nahm auch Prof. Rudolf Sarközi teil, ein Parteifreund des sozialistischen Bürgermeisters von Kemeten, welcher der Mehrheitsfraktion im Gemeinderat (14 Sozialisten zu 5 Konservativen) vorsteht. In einer geheimen Abstimmung stimmten 14 Mandatare gegen die Errichtung einer Gedenktafel, 5 dafür. Die darauf im Forum der website der Gemeinde Kemeten veröffentlichten Beiträge wurden alle gelöscht. Für den Bürgermeister, den Sozialdemokraten Johann Nussgraber, ist damit das Thema nicht abgeschlossen. Laut telefonischer Auskunft vom 7.9.2004, 12:09 Uhr, ist ein Projekt in Planung, welches 2005 positiv abgeschlossen sein wird. Näheres wollte der Bürgermeister nicht bekannt geben.

Herwig Czech

„Überwiegend zigeunerischer Bluteinschlag“ Das Wiener Gesundheitsamt und die nationalsozialistische Verfolgung der Roma und Sinti

Einleitung

Die Verfolgung der „Zigeuner“ unter dem Nationalsozialismus, der allein in Österreich rund vier Fünftel dieser Gruppe zum Opfer fielen, wurde lange Zeit sowohl von der historischen Forschung als auch der allgemeinen Öffentlichkeit weitestgehend ausgeblendet.¹ Diese Situation hat sich zwar seit den 80er Jahren zunehmend geändert, zahlreiche Themen sind jedoch nach wie vor nicht ausreichend aufgearbeitet. Ein Beispiel dafür ist die Verfolgung der Roma und Sinti in Wien, die einige Besonderheiten gegenüber der Situation im ländlichen Bereich aufweist und daher auch geeignet ist, Licht auf grundsätzliche Fragen zur Funktionsweise des Verfolgungsapparates zu werfen. Dies betrifft unter anderem die Rolle der im Rahmen der Gesundheitsverwaltung institutionalisierten „Rassenhygiene“ bei der Definition und Identifizierung von sozial angepassten „Zigeunern“, die mittels des polizeilich-administrativen Zigeunerbegriffs², wie er beispielsweise im Burgenland maßgebend war, kaum zu erfassen waren. Aber auch die Legitimierung und Radikalisierung der Verfolgungspolitik durch die Konstruktion rassistisch unterbauter gesundheitspolizeilicher „Sachzwänge“ geht aus den überlieferten Akten des Gesundheitsamtes deutlich hervor.³

-
- 1 Zur Problematik des Begriffs „Zigeuner“ sowie zur Zahl der Opfer siehe den Beitrag von Gerhard Baumgartner und Florian Freund in diesem Band sowie die dort zitierte Literatur.
 - 2 Siehe dazu ebd., S. 34.
 - 3 Diese Ergebnisse sind Teil einer umfassenderen Studie über das Wiener Gesundheitswesen im Nationalsozialismus: Herwig Czech, *Erfassung, Selektion und „Ausmerze“*. Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Wien 2003 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 41).

Erfassung und Deportation der Wiener „Zigeuner“

Auf den Zusammenhang zwischen der Bekämpfung von Infektionskrankheiten und der Radikalisierung von Verfolgungsmaßnahmen beispielsweise im Generalgouvernement haben verschiedene Autoren hingewiesen.⁴ Ähnliches ist auch für die Verfolgung der Wiener „Zigeuner“ zu konstatieren. Nachdem sie zunächst unter hygienisch völlig unzulänglichen Bedingungen interniert worden waren, kam es bald zur unvermeidlichen Ausbreitung von Krankheiten, v.a. von Skabies (Krätze). Dies nahm das Gesundheitsamt zum Vorwand, aus seuchenpolizeilichen Gründen auf die Deportation der als „Krankheitsträger“ zur direkten Gefahr für den „Volkkörper“ Erklärten zu drängen.

Am 28. April 1941 informierte das Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk das Hauptgesundheitsamt, dass laut Mitteilung des Wilhelminenspitales aus dem Zigeunerlager auf dem Bruckhaufen dauernd Skabieskranke zur Aufnahme kommen, dass aber eine Behandlung derselben solange keinen dauernden Wert besitze, als nicht durch eine Desinfektion der Wohnwagen ständige Reinfektionen verhütet werden.⁵ Der Polizeiposten Bruckhaufen ersuchte am gleichen Tag um Untersuchung aller Lagerinsassen und entsprechende gesundheitliche Vorkehrungen wegen des gehäuften Auftretens von Skabies, da eine Ansteckung der übrigen Bevölkerung befürchtet wurde. Die Ansteckungsgefahr kam angeblich dadurch zustande, dass die rund 300 InsassInnen des Lagers zu bestimmten Tageszeiten Ausgang hatten und mit rund 100 außerhalb des Lagers woh-

4 Z.B. Paul Weindling, Die weltanschaulichen Hintergründe der Fleckfieberbekämpfung im Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Meinel – Peter Voswinckel (Hg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994, 129–135; Christopher R. Browning, *Genozid und Gesundheitswesen. Deutsche Ärzte und polnische Juden 1939–1941*, in: Christian Pross – Götz Aly (Hg.), *Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945*, Berlin 1989, 316–329.

5 WStLA, M.Ab. 212, A 7/5, 151.2, V/1-2217/41, Krämer (Leiter Abt. V/1) an Leiter Hauptgesundheitsamt, 6. 5. 1941.

nenden „Zigeunern“ verkehrten.⁶ Der Leiter des Hauptgesundheitsamtes Dr. Hermann Vellguth reagierte darauf mit der Forderung nach einem wirklich geschlossenen Lager und erkundigte sich bei der Hauptabteilung V, wie weit die entsprechenden Pläne gediehen waren.⁷

Bereits seit Herbst 1940 war ein gemeinsames Projekt von Gemeindeverwaltung und Kriminalpolizei zur Internierung der Wiener „Zigeuner“ in Vorbereitung. Dabei ging es um die Errichtung eines Lagers für ca. 500 Personen im ehemaligen städtischen Ziegelwerk Oberlaa im 10. Bezirk. Bei einem Lokalaugenschein am 13. September 1940 war das Lager in seinen Grundzügen geplant worden. Neben zwei Schlafsälen für je 250 Personen sollte es u.a. über eine Küche, ein Lebensmittelmagazin, Kranken- und Isolierzimmer, einen Arbeitssaal, Toiletten im Freien, Arrestzellen und eine Stacheldrahtumzäunung verfügen.⁸

Das Vorhaben wurde jedoch aus organisatorischen Gründen nicht verwirklicht. Stattdessen beteiligte sich Wien an der Gründung eines Zweckverbandes mit den Landkreisen Eisenstadt, Oberpullendorf und Wiener Neustadt zur Errichtung eines Zigeunerlagers in Lackenbach. Der Wiener Kostenanteil für die Deportation von rund 500 Personen in dieses Lager, das für Tausende Roma und Sinti zur Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtung werden sollte, wurde auf 23000 Reichsmark geschätzt.⁹

Zu den Bemühungen des Gesundheitsamtes um eine Radikalisierung der antiziganistischen Politik gehörte auch eine Intervention des Leiters der Abteilung „Erb- und Rassenpflege“ und kommissarischen Leiters des Rassenpolitischen Amtes Dr. Arend Lang:

6 Ebd.

7 WStLA, M.Abt. 212, A 7/5, 151.2, V/G-1/1512, Vellguth an Parville (kommissarischer Amtsleiter der Hauptabteilung Volksgesundheit und Volkswohlfahrt), 12. 5. 1941.

8 WStLA, M.Abt. 212, A 7/7, 152.5, V/4-M-9.092/40, 13. 9. 1940, Amtsvermerk Freunthaller, 13. 9. 1940.

9 WStLA, M.Abt. 212, A 5/4, V/8-1349/41, Amtsvermerk Fieglhuber (Leiter Abt. V/8), 25. 6. 1941. Zur Geschichte des Lagers Lackenbach siehe Erika Thurner, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien/Salzburg 1983 (Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 2).

Wie ich in Erfahrung bringen konnte, ist die Wiener Polizei momentan wegen Mangels an geeigneten Beamten nicht in der Lage, entscheidende Schritte zur Lösung des Zigeunerproblems in Angriff zu nehmen. Wie ein Sachbearbeiter des Hauptgesundheitsamtes feststellen konnte, sind sogar in letzter Zeit verschiedene Zigeuner, die seit langem in Wien aufgegriffen waren, wieder freigelassen worden und treiben sich in den Straßen herum.

Da meines Erachtens die Lösung des Zigeunerproblems nunmehr unaufschieblich geworden ist, andererseits eine erfolgversprechende Aktion nur dann begonnen werden kann, wenn die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen sind und auch ausreichendes Personal zur Verfügung steht, werde ich in Berlin an zuständigem Ort vorstellig werden und mit Nachdruck eine Lösung der Zigeunerfrage, die nachgerade für Wien unerträgliche Verhältnisse geschaffen hat, verlangen.¹⁰

Bereits am 16. Mai konnte der Amtsleiter der Hauptabteilung V, Dr. Rudolf Parville, an Vellguth berichten:

Auf Grund eines durch die Hauptabteilung V gestellten Antrages, der inzwischen vom Herrn Bürgermeister genehmigt wurde, werden die im „Bruckhaußen“ angesiedelten Zigeuner an das von den interessierten Landräten in Oberpullendorf, Wiener Neustadt und Eisenstadt errichtete und noch zu erweiternde Zigeunerlager in Etappen abgegeben werden. Die Prüfung der Kostenfrage sowie des Transportes sind im Zuge.

Da von der Kripoleitstelle die Zahl der angesiedelten Zigeuner mit ungefähr 400 angegeben wurde, was Ihrer Auffassung nach nicht richtig sein dürfte, ersuche ich um eheste Mitteilung, wie groß die Zahl der zu erfassenden Zigeuner tatsächlich ist.¹¹

Aus der Antwort Vellguths lässt sich schließen, dass das Gesundheitsamt dank der akribischen Erfassungstätigkeit im Rahmen der „erbbiologischen Bestandsaufnahme“¹² und der Arbeit des anthropologischen Referates offenbar über umfangreichere Informationen verfügte als selbst die Polizei:

Nach den Unterlagen der Abteilung V/2 [Erb- und Rassenpflege] sind für Wien reichlich 300 Zigeuner im Bruckhaußen, 450 weitere

10 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/9, Lang an RPA Niederdonau, 18. 4. 1941.

11 WStLA, M.Abt. 212, A 7/5, 151.2, V-1238/41, Parville an Vellguth, 16. 5. 1941.

12 Siehe dazu ausführlich Czech (wie Anm. 3).

freierherumlaufende Zigeuner und Zigeunermischlinge erfasst. Es handelt sich hier um Mindestzahlen, die sich noch um einiges vergrößern können. Ferner befinden sich 150 Wiener Zigeuner im burgenländischen Lager Lackenbach und weitere 200 Wiener Zigeuner in verschiedenen anderen Konzentrationslagern (u.a. Mauthausen und FÜRSTENFELD).¹³

Bereits mit Ende Juli sollten die verbliebenen Wiener „Zigeuner“ großteils nach Lackenbach deportiert werden.¹⁴ Der Spezialist des Hauptgesundheitsamtes für Fragen der Zigeunerverfolgung war der im anthropologischen Referat tätige Dr. Werner Pendl. Auf seine Tätigkeit wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

Das anthropologische Referat der Abteilung „Erb- und Rassenpflege“

Das anthropologische Referat der Abteilung „Erb- und Rassenpflege“ war zuständig für die Zentralbegutachtung aller rassenkundlichen Fragen der Wiener Gemeindeverwaltung.¹⁵ Leiter war der Anthropologe Dr. Werner Pendl.¹⁶ So wie Richard Günther war auch Pendl zur Erstattung von „erbbiologischen Abstammungsgutachten“ berechtigt.¹⁷ Zu seinen Aufgaben gehörte

13 WStLA, M.Abt. 212, A 5/5, V/G-1/1512, Vellguth an Parville, 26. 5. 1941.

14 WStLA, M.Abt. 212, A 5/4, V-909/41, Parville an Gundel, 28. 6. 1941.

15 WStLA, M.Abt. 212, A 7/4, 144.1, V/2-5329/40, Abteilung V/2 an Vellguth, 2. 12. 1940.

16 Zur Biographie Werner Pendl: 1911 geboren in Wien, 1931 NSDAP, Studium der Anthropologie in Wien, Herbst 1934 bis Jänner 1938 Mitglied der „Vaterländischen Front“, 1938 Dr.phil. („Rassenkundliche Untersuchungen an Bulgaren in Südrussland“), April 1939 auf Betreiben von Otto Reisch als Anthropologe ans Hauptgesundheitsamt, April 1945 Entlassung aus dem Gemeindedienst, 1947 Beitritt zum Bund Sozialistischer Akademiker (BSA): WStLA, Personalakt Werner Pendl. Pendl arbeitete auch als Gutachter für „Zigeunerangelegenheiten“ für die „Rassenhygienische Forschungsstelle“ des Reichsgesundheitsamtes Berlin unter der Leitung von Dr. Robert Ritter sowie als Gutachter des Reichskriminalpolizeiamtes (ebenfalls in „Zigeunerangelegenheiten“).

u.a. die anthropologische Begutachtung von KandidatInnen für die Einbürgerung und von so genannten „Mischlingen“ nach den „Nürnberger Gesetzen“. In einer Denkschrift aus dem Jahr 1941 mit dem Titel „Zur Fremdrassigenfrage in Wien“ nannte Pendl 1941 außer den Juden zwei Gruppen, welche die Reinhaltung des deutschen Volks von artfremden Rassebeimengungen gefährden könnten: Armenier und Zigeuner. Bei den Roma und Sinti war ihm vor allem die Erfassung der sozial Angepassten ein Anliegen, die seiner Ansicht nach zu leicht von der Polizei übersehen würden.¹⁸

Als eines unter vielen Beispielen für die Tätigkeit Dr. Pendls als Experte für „Zigeunerfragen“ sei folgendes Dokument zitiert:

Im Zuge des Einbürgerungsansuchens des am 28. 11. 1909 in Ödenburg geborenen Zoltan Bernhard habe ich diesen in der üblichen Art und Weise einer anthropologischen Untersuchung unterzogen und stellte dabei fest, dass sein rassisches Erscheinungsbild aus einem mitteleuropäischen Bevölkerungsgemisch heraus nicht zu erklären ist und dass an ihm in reichlichem Maße Anzeichen artfremder Blutbeimischung auftreten. Ich habe ihn auf Grund dieser Feststellung, aus gewissen Hinweisen aus seinem Abstammungsnachweis und unter Berücksichtigung seiner sozialen Wertigkeit [!] als Zigeunermischling klassifiziert und deshalb seine Einbürgerung aus rassenhygienischen Gründen entschieden abgelehnt.

Nachdem ich als Mitarbeiter der Rassenhygienischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes in Berlin (Dozent Dr.med.et phil.habil. R. Ritter) in Wien als Gutachter für Zigeunerangelegenheiten tätig bin,

17 WStLA, M.Abt. 212, A 7/7, 152, RdErl.d.RMdI. VI b 2205/42-1075d vom 26. 11. 1942, Gebühren für erbbiologische Abstammungsgutachten in gerichtlichen Verfahren. Richard Günther war Leiter der Abteilung „Erb- und Rassenpflege“ und eine der zentralen Figuren bei der Umsetzung des rassenhygienischen Programms im Wiener Gesundheitswesen: Czech (wie Anm. 3), S. 15. Zu den „erb- und rassenkundlichen Abstammungsgutachten“ vgl. Georg LILIENTHAL, Anthropologie und Nationalsozialismus. Das erb- und rassenkundliche Abstammungsgutachten, in: Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert-Bosch-Stiftung 6 (1987), 71–91.

18 WStLA, M.Abt. 212, A 7/7, 152.5, Werner Pendl, „Zur Fremdrassigenfrage in Wien“, 24. 5. 1941.

*habe ich die Dienststelle für Zigeuner bei der Kriminalpolizeileitstelle Wien von meinem Untersuchungsergebnis im Falle Bernhard verständigt.*¹⁹

Soziale Kriterien (Leistungsfähigkeit, Angepasstheit etc.) wurden für die Beurteilung mit herangezogen, sofern sich damit ein negatives Urteil begründen ließ. In vielen Fällen beruhte die Verfolgung jedoch auf rein rassistischen Kriterien, wie aus dem folgenden Beispiel hervorgeht: Am 2. September 1941 wandte sich der Wiener Kapellmeister Vinzenz Roj an das Rassenpolitische Amt in Berlin, da die Kriminalpolizei seinen Ahnenpass mit der Begründung einbehalten hatte, der Name Roj sei ein Zigeunername. Unter Hinweis auf seine Unbescholtenheit, seinen Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg und seine illegale Betätigung für die NSDAP erklärte er, kein „Zigeuner“ zu sein und bat um eine ausreichende Frist, um die entsprechenden Unterlagen zu beschaffen.²⁰ Ende September übergab das Rassenpolitische Amt Berlin die Angelegenheit an das RPA in Wien, das eine entsprechende Anfrage an das Hauptgesundheitsamt richtete. Pendl stellte fest, dass sowohl bei der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ des Reichsgesundheitsamtes in Berlin als auch bei der „Dienststelle für Zigeuner“ der Kriminalpolizeileitstelle Wien bereits Unterlagen über Roj vorhanden waren, aus denen seine zigeunerische Abstammung hervorging. Überdies fand er heraus, dass ein Sohn von Vinzenz Roj Mitglied der Wiener Philharmoniker war.²¹ Die Angelegenheit zog sich über eineinhalb Jahre hin, was wohl u.a. auf die NSDAP-Mitgliedschaft von Vinzenz Roj zurückzuführen war. Am 12. August 1942 erfolgte die „rassenkundliche Untersuchung“ mit dem Ergebnis: Vinzenz Roj ist als Zigeunermischung mit überwiegend zigeunerischem Bluteinschlag zu betrachten.²² Wenige Tage später informierte Vellguth das Gauge-

19 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/8, Pendl an RPA, 14. 3. 1943.

20 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/8, Vinzenz Roj an „Rassenamt Berlin“, 2. 9. 1941.

21 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/8, Abt. Erb- und Rassenpflege (Pendl) an RPA Wien, 2. 1. 1942.

22 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/8, Dr. Pendl, Ergebnis der Rassenkundlichen Untersuchung des Vinzenz Roj, 12. 8. 1942.

richt mit der Aufforderung, Roj aus der Partei auszuschließen.²³ Pendl versuchte in der Folge, auch gegen den Sohn Rojs vorzugehen. Am 30. April 1943, nachdem eine Blutgruppenuntersuchung am Gerichtsmedizinischen Institut die Abstammungsverhältnisse geklärt hatte, schrieb er an das Wiener Rassenpolitische Amt:

Ich habe daher als Gutachter des Reichskriminalpolizeiamtes in Zigeunerangelegenheiten sofort der Kriminalpolizeileitstelle Wien mitgeteilt, dass Josef Roj als Zigeunermischling 1. Grades gilt.

Es ergibt sich somit die Tatsache, dass dem Wiener Philharmonischen Orchester ein Halbzigeuner angehört. Ich glaube, dass dies vollkommen untragbar ist und bitte Sie daher, die notwendigen Schritte zur Abstellung dieses Übelstandes, sei es bei der Leitung des Philharmonischen Orchesters selbst oder am Umweg über das Kulturreferat des Reichsgaues Wien, zu veranlassen.²⁴

Die Begutachtung durch die Rassenanthropologen konnte auch wesentlich schwerwiegendere Folgen haben als den Verlust einer Arbeitsstelle. Tatsächlich handelte es sich für den Betroffenen um eine Frage von Leben oder Tod, da diese Gutachten die Grundlage für die polizeiliche Einstufung und Verfolgung als „Zigeuner“ bildeten. 1941 regelte Himmler die Auswertung der rassenbiologischen Gutachten über zigeunerische Personen. Formell hatte danach zwar die „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeuneranwesens“ im Reichssicherheitshauptamt über die Einstufung als „Zigeuner“ oder „Zigeunermischling“ zu bestimmen, die Befunde der anthropologischen Gutachter sollten dafür aber bindend sein.²⁵ Himmlers so genannter Auschwitz-Befehl vom 16. Dezember 1942 und die dazugehörigen Durchführungsbe-

23 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/8, RPA Wien (Vellguth) an Gaugericht Wien, 2. 9. 1942.

24 WStLA, NSDAP, RPA, A 1/8, Abteilung Erb- und Rassenpflege (Pendl) an RPA, 30. 4. 1943.

25 Reimar Gilsenbach, Diagnose: ZM(-); Therapie: Gaskammer. Der Beitrag der Psychiatrie zum Völkermord an den deutschen Sinti und Roma, in: Matthias Hamann – Hans Asbek (Hg.): Halbierete Vernunft und totale Medizin. Zu Grundlagen, Realgeschichte und Fortwirkungen der Psychiatrie im Nationalsozialismus, Göttingen 1997 (Beiträge zur national-sozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 13), 59–80, 68.

stimmungen des RSHA vom 29. Jänner 1943 stützten sich bei der Definition der zu deportierenden Personen zwar auf die von den Rassenbiologen um Robert Ritter vorgeschlagenen Kategorien, gleichzeitig räumten sie aber der Kriminalpolizei einen weiten Ermessensspielraum dabei ein, „sozial angepasste“ „Zigeuner“ bzw. „Zigeunermischlinge“ unabhängig von den anthropologischen Befunden von der Deportation auszunehmen.²⁶ Gerhard Baumgartner und Florian Freund vertreten denn auch die Auffassung, dass die Rolle der Rassenhygienischen Forschungsstelle bisher in der Forschung überschätzt worden sei und sich im Wesentlichen auf eine radikalisierende und legitimatorische Funktion beschränkte.²⁷ Da in der Verfolgungspraxis vielfach die Initiativen regionaler Behörden und Funktionäre eine entscheidende Rolle spielten und große regionale Unterschiede herrschten, kann diese Frage im Hinblick auf Wien ohne weitere Forschungen wohl nicht beantwortet werden. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass die Initiative des Wiener Gesundheitsamtes in Zusammenarbeit mit Ritters „Forschungsstelle“, hunderte Menschen nach rassistischen Kriterien (in die soziale Werturteile immer mit einfließen, siehe oben) als „Zigeuner“ zu klassifizieren und der Polizei namhaft zu machen, ohne konkrete Folgen für die Betroffenen blieb. Die zitierten Quellen zeigen, dass die Gesundheitsbehörden die Verfolgung radikalisierend vorantrieben, und dass sie mit ihrem biopolitischen Erfassungsapparat eine wesentliche Zuarbeiterfunktion für die Kriminalpolizei erfüllten, auch wenn diese bei der Entscheidung über die Deportationen das letzte Wort hatte.

26 Michael Zimmermann, *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“*, Hamburg 1996 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 33), S. 305.

27 Siehe den Beitrag in diesem Band, S. 34.

Roma in der Slowakei: In den Hunger getrieben

Die Zigeunersiedlung von Trebisov ist nicht von dieser Welt, wollte man, vergeblich, hoffen. Die Fahrt in den südöstlichsten Winkel der Slowakei ist dennoch keine Zeitreise in die Vergangenheit, sind es doch gerade die wirtschaftlichen Vorgaben der Europäischen Union, die in Ländern wie der Slowakei soziale Marginalisierung und regionale Peripherisierung verstärken. Die Roma, die hier allorts Zigeuner genannt werden und sich auch selbst an der Bezeichnung nicht stoßen, bilden nur das letzte Glied einer gesellschaftlichen Kette, die an vielen Fasern reißt. Ihre Verelendung wurde in Westeuropa mit Erstaunen und Abscheu wahrgenommen, als am 20. Februar 2004 hunderte Frauen und Jugendliche aus ihren ostslowakischen Wohnghettos ausbrachen, um sich gewaltsam das zu holen, was sie sich am Markt nicht mehr leisten konnten. Es waren die ersten Hungerrevolten in Mitteleuropa nach dem Kriegsende. Und es bedurfte einer Tausendschaft Sonderpolizisten, um die dreitägigen Unruhen niederzuschlagen.

Lokalausweis in Trebisov

4000 Roma leben hier, 50 Kilometer südöstlich der ostslowakischen Metropole Kosice, etwa ein Kilometer außerhalb des eigentlichen Ortes, in einer so genannten „osada“, Siedlung, oder besser: in einem Zigeunerghetto. Von hier aus ging der Aufstand am 20. Februar 2004 aus. Der Supermarkt der Kleinstadt ist noch vollkommen zerstört, als wir zwei Tage nach den Unruhen in die Siedlung kommen. Es ist Winter, tagsüber taut das Eis und man versinkt knöcheltief im Morast. Die Straßen sind kaum zu begehen, mit einem Fahrzeug käme hier niemand durch. Irgendwann in den 1980er Jahren dürften lokale Politiker nach einem staatlichen Plan Wohnstellen für ein paar Hundert Roma gebaut haben. Diese zweistöckigen Betonquader prägen noch immer das Bild der Siedlung. Doch längst sind an die festen Behausungen Bretterverschlüsse und kleine selbst gebaute Unterkünfte ange-

baut worden. Im Nebel der untergehenden Sonne weicht jede Farbe aus dem Bild. Ohne Begleiter setzt hier kein Weißer einen Fuß in die Siedlung. Wir kommen gemeinsam mit Edmund Müller, einem seinem deutschen Namen zum Trotz waschechten Roma, nach Trebisov. „Mahatma Ghandi“, wie Müller hier überall liebevoll genannt wird, weil er tatsächlich dem großen indischen Staatsmann sehr ähnlich sieht, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Knüppelorgien der slowakischen Sonderpolizisten, die kurz zuvor die Siedlung durchkämmt haben, zu dokumentieren. Mit einer kleinen Videokamera geht er von Tür zu Tür, oder besser: von Türstock zu Türstock – denn die allermeisten Türen sind entweder schon lange entfernt oder von den Sonder-Cops gerade erst eingetreten worden – und filmt die Opfer der Zigeunerjagd. Kein junger Mann, der nicht bereitwillig seinen Pullover hebt und die Wunden herzeigt, die ihm Schlagstöcke zugefügt haben. Manche werfen sich auch theatralisch zu Boden, um uns zu signalisieren, welchen Effekt die Elektroschock-Behandlung bei ihnen gehabt hätte. Der Polizeieinsatz hat ganze Arbeit geleistet, jeder männliche Bewohner galt den Einsatzkräften als Aufständischer. Wie brutal die Kommandos bei der Bekämpfung der Hungernden vorgegangen sind, erfährt der interessierte Beobachter Wochen später aus der Lokalpresse: aus einem nahen Kanal wird am 7. März der Leichnam von Radoslav Puki geborgen; Einwohner der Zigeunersiedlung wollen gesehen haben, wie er am 24. Februar von maskierten Spezialpolizisten in ein Auto gezerzt worden ist ...

Die Lebensbedingungen der Roma hier in Trebisov rauben einem den Atem: in einem 20 Quadratmeter großen Raum stehen, sitzen, knien 20 bis 25 Menschen, dazwischen laufen kleine Hunde umher. Die Luft kondensiert an den Fenstern, unter denen das Wasser Richtung Fußboden rinnt. Die Winterkälte lässt alle Generationen in einem Raum zusammenrücken. Im Bett gegenüber einem großen Fernseher, dem einzigen Hinweis auf das 21. Jahrhundert, döst das Familienoberhaupt. Die älteren Frauen haben ständig damit zu tun, zwei, drei geistig abnorme Jugendliche zu beruhigen, die autistische Bewegungen vollführen. Eine offensichtlich stumme junge Mutter drängt sich an die Besucher heran, sie will etwas sagen, bringt jedoch nur wenige aus dem Magen

gestoßene Töne hervor. Ihrer Würde beraubt, erträgt die Mehrheit der ostslowakischen Roma ein Leben, das es in der Wahrnehmung auch der meisten Slowaken gar nicht gibt. Bis zum nächsten Aufstand ...

Welche Heimat?

WissenschaftlerInnen streiten darüber, wann die Roma in die Gegend der heutigen Slowakei und woher sie gekommen sind. Erstmals schriftlich erwähnt wird ihre Volksgruppe in einem Schutzbrief von König Sigismund aus dem Jahre 1423, vor Ort dürften die Fahrenden allerdings schon viel länger gewesen sein. Im Schutzbrief des ungarischen und böhmischen Königs Sigismund, der auch über das historische Oberungarn (Slowakei) herrschte, wird ein gewisser „Ladislav, Führer seines zigeunerischen Volkes“ als treu und ergeben bezeichnet. Während die Roma an der Schwelle zur Neuzeit in Westeuropa häufig Verfolgungen ausgesetzt waren, bediente man sich ihrer Fähigkeiten im Osmanischen Reich, ohne sie für vogelfrei zu erklären. Als ungarische Königin betrieb Maria Theresia Mitte des 18. Jahrhunderts erstmals eine Zwangsassimilierung der Zigeuner, was unter Androhung roher Gewalt auch teilweise, vor allem in der heutigen Slowakei, gelungen ist.

Regelrecht ausgerottet wurden die als Arbeitsscheue und Diebe verschrieenen Roma dann unter den Nationalsozialisten. Im verwaltungsmäßig an die Gaue des „Altreiches“ angeschlossenen Sudetenland wurden sämtliche Roma penibel erfasst und ins „Zigeunerlager“ Auschwitz II / Birkenau deportiert. Zwischen 1942 und 1944 wurden 14 solcher Todestransporte durchgeführt. Im Protektorat „Tschechei“ erging es den Roma nicht besser, auch in den an Horthy-Ungarn gefallenen südslowakischen Provinzen fand eine regelrechte Jagd auf alle Menschen mit brauner Hautfarbe statt. Einzig in der klerikalfaschistischen Restslowakei des Hitler-Vasallen Tiso überlebten die Roma als Volksgruppe. Sie wurden zwar teilweise in Arbeitslagern interniert und per Sondergesetzen vollständig von der weißen Bevölkerung segregiert, aber nicht systematisch ausgerottet.

Slowakische Zigeuner waren es in der Folge, die nach 1945 von der Slowakei Richtung Böhmen und Mähren gezogen sind. Die tschechisch-nationale Regierung Benes bot ihnen – wie anderen Menschen aus Südosteuropa auch – Siedlerplätze in jenen Städten und Dörfern an, aus denen zuvor insgesamt 2,7 Millionen Deutsche vertrieben worden waren. Von Aussig/Ústí im Norden über Tabor in Mittelböhmen bis in die südmährischen Dörfer wurden nun, nach 1945, ca. 50.000 Roma angesiedelt. In einer zweiten Welle kamen dann nochmals Zehntausende Mitte der 1960er Jahre, als ein Gesetz zur Zerstreuung der Zigeunerbevölkerung im tschechoslowakischen Parlament angenommen wurde. Damit erhofften sich die Zwangsmodernisierer der KP-Ära, relativ kompakte Siedlungsgebiete der Roma in der Ostslowakei zu zerschlagen. Wirklich zurecht kamen die an Lehmhütten oder ebenerdige Unterkünfte gewohnten Roma indes nie mit den Lebensbedingungen in Böhmen und Mähren, wo sie entweder in baufällige Häuser, die früher von Deutschen bewohnt waren, oder in neu errichtete Trabantenstädte gesteckt wurden. Eine solche ausschließlich für Roma erbaute Trabantenstadt entstand Anfang der 1980er Jahre auch im ehemaligen deutsch-ungarischen Städtchen Kaschau/Kosice. Es war der spätere slowakische Präsident Rudolf Schuster, der als Bürgermeister von Kosice eine große Zwangsumsiedlung durchführte. Wie in böhmischen und mährischen Städten auch, waren unmittelbar nach 1945 Zigeuner in die leer gewordenen Wohnungen der vertriebenen Deutschen in Kaschau gezogen. Schusters Plan war es, die Innenstadt zu revitalisieren: die Zigeuner, die nach 1945 gut genug waren, um frei stehenden Wohnraum zu belegen, mussten raus. Am Stadtrand von Kosice, nur über eine einzige Stichstraße erreichbar, ließ der Bürgermeister Lunik IX erbauen. 6000 Zigeuner leben noch heute im „9. Mond“. Seit dem Abschluss der Bauarbeiten vor mehr als 20 Jahren ist keine Krone Geld mehr in die Siedlung geflossen. Lunik IX gilt heute als soziales bzw. ethnisches Pulverfass.

Raus aus Tschechien!

Die tschechoslowakische Trennung am 1. Jänner 1993 brachte für die in Böhmen und Mähren lebenden Roma große Probleme.

Denn während die slowakische Regierung unter Vladimír Mečiar jedem früheren tschechoslowakischen Staatsbürger die slowakische Staatsbürgerschaft anbot und auch nichts gegen Doppelstaatsbürgerschaften einzuwenden hatte, setzte der restriktive Umgang Prags mit der Vergabe der neuen tschechischen Staatsbürgerschaft den Zigeunern in Böhmen und Mähren arg zu. 33.000 Personen hatten sich bei der Volkszählung 1991 auf tschechischem Territorium als Roma erklärt. Schätzungen gingen davon aus, dass es mindestens fünf mal so viele waren. Viele von ihnen sind durch das neue tschechische Staatsbürgerschaftsrecht staatenlos geworden bzw. nahmen die slowakische Staatsbürgerschaft an. Die tschechische Volksanwältin Anna Sabatova meint, dass ca. 15.000 Roma im Jahre 1993 mit ihrer Staatsbürgerschaft Probleme bekamen.

Das Gesetz zur Aufnahme eines tschechischen Bürgers in die neue Staatlichkeit hat die Rechtlosigkeit der Zigeuner bewusst miteinkalkuliert. Denn es verlangte als Nachweis zur Erlangung der Staatsbürgerschaft einen zweijährigen ununterbrochenen legalen Aufenthalt auf dem Gebiet der Tschechischen Republik sowie eine fünfjährige Straffreiheit. Für Tausende Roma war beides schwer beizubringen, wenn sie sich überhaupt für die neue Gesetzeslage interessierten. Zum einen deshalb, weil sie als erste in den rasch aufgelösten landwirtschaftlichen Staatsbetrieben, in denen viele Roma als Landarbeiter tätig gewesen waren, ihre Arbeitsstelle verloren und sich auf die Suche nach neuen Einkommensmöglichkeiten machten, wobei sie sich in aller Regel an neuen Wohnorten nicht anmeldeten; und zum anderen, weil Kleinkriminalität vor allem in den ersten Monaten der Wende zum Erwerb vieler Zigeunerfamilien gehörte. Das klammheimliche Kalkül der neuen Bürgerregierung um Václav Klaus, Kriminellen und Roma keine tschechische Staatsangehörigkeit zu geben, ist damit aufgegangen. Argumentiert wurde es noch mit dem zynischen Hinweis auf die historische Herkunft der Roma, die nach 1945 aus der Slowakei gekommen waren, um in den von Sudentendeutschen gesäuberten Städten Nord- und Südböhmens sowie Südmährens Arbeit und Unterkunft zu finden.

Handfester, manchmal tödlich endender Rassismus gegen Zigeuner tat ein übriges, um die Vertreibung der ungeliebten Volks-

gruppe zu bewerkstelligen. „Erschlagen Sie einen Zigeuner, Sie bekommen im schlimmsten Fall eine Bewährungsstrafe“, schrieb – durchaus mit kritischem Unterton – die Tageszeitung „Mladá Fronta Dnes“ am 6. Dezember 1994, als zwei südböhmische Skinheads aus Písek ein Jahr Haft auf Bewährung erhalten hatten, nachdem ihnen nachgewiesen worden war, dass sie gemeinsam mit einer Horde Rechtsradikaler einen jungen Roma in den Fluss getrieben hatten und so lange prügeln, bis er ertrank.

Rassismus in der Slowakei

Auch in der Slowakei waren es die Roma, die als erste ihre Arbeitsplätze verloren. Die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe wurden aufgelöst, in der Metallindustrie kriselte es gewaltig, die meisten Produktionsbetriebe im Osten des Landes schlossen die Fabrikstore. Die Roma standen auf der Straße. Die linksnationale Regierung von Vladimír Mečiar drängte sich immer wieder mit antizigeunerischen Sprüchen in die Medien, so als der Regierungschef Mitte der 1990er Jahre mehrfach betonte, Sozialpolitik für Zigeuner wäre hinausgeworfenes Geld. Diese hielten sich an keine Regeln; in einer Gesellschaft, in der Großmütter noch Kinder bekämen, würde eine moderne Politik nutzlos sein, vermerkte Mečiar.

Sein Nachfolger Mikuláš Dzurinda, Vorsitzender einer liberal-konservativen Koalitionsregierung, die ganz im Banne der Europäischen Union steht, schwang dann die sozio-ökonomische Keule gegen die slowakischen Zigeuner. Seine jüngste Attacke auf die Lebensweise der Roma kam, über Umwegen, aus Brüssel. In Übererfüllung der Maastricht-Kriterien, die zum Beitritt der Slowakei nach EU-Europa dringend geboten sind, führte Dzurinda am 1. Jänner 2004 die Flat tax ein. Seither gilt der einheitliche Steuersatz, der jeder Progression eine Absage erteilt, von 19% für sämtliche Abgaben an den Staat. Ganz allgemein bedeutete dieses bislang noch in keinem Land der Welt exekutierte neoliberale Experiment eine nachhaltig wirkende Umverteilung von unten nach oben. Die Körperschaftssteuer von 19% (zuvor je nach Betrieb 25% bis 35%) entlastet die Unternehmen, die Einkommenssteuer von 19% (zuvor bis zu 40%) ist ein Geschenk für Manager

und höhere Angestellte, die Mehrwertsteuer von 19% (in Etappen seit Ende 2002 von 10% auf 19% erhöht) verteuert sämtliche Güter des täglichen Bedarfs und damit das Leben der Armen beträchtlich. Dazu kam Anfang des Jahres noch eine so genannte Sozialreform, mit der Bratislava die Roma speziell ins Visier nahm. Arbeitsminister Ludovít Kaník halbierte die ohnedies dürftige Sozialhilfe und senkte die Kinderbeihilfe drastisch. Von beiden lebte ein Gutteil der Ghettozigeuner. Die individuelle Sozialhilfe wurde von 2900.- Kronen (70.- Euro) auf umgerechnet 35.- Euro monatlich gekürzt. Eine Beschränkung der Kinderbeihilfe führte dazu, dass eine fünfköpfige Familie, die Ende 2003 noch über 10.000.- Kronen (245.- Euro) staatliche Unterstützung verfügte, nun mit maximal 3.000.- Kronen (74.- Euro) rechnen konnte. Das ist zum Leben zu wenig.

Für die Roma-Gemeinschaften in der Ostslowakei gibt es schon seit Jahren keine geregelte Arbeit mehr. Während die durchschnittliche Arbeitslosenrate Mitte 2004 bei 17% liegt, weist die regionale Statistik von der alten Panzerschmiede Martin in der Mittelslowakei bis nach Kosice im Osten Arbeitslosenraten zwischen 40% und 50% aus, die Minderheit der Roma ist oft 100%ig betroffen – und damit von den Almosen des Staates abhängig.

„Wir haben Hunger!“

Es waren mehrheitlich Frauen, die beginnend mit dem 20. Februar 2004 Lebensmittelläden stürmten und sich aus den Regalen holten, was ihre Familien zu essen brauchten. Von Levoca bis Trebisov erhoben sich Tausende, um ihren Hunger zu stillen. „Wir haben Hunger!“ schrien sie; und: „Ihr habt keinen Respekt vor uns“. Auch Losungen wie „Dzurinda ist Hitler!“ waren, in Anspielung auf die Ausrottungsstrategie der Nazis und an die Arbeitslager in der Tiso-Slowakei, zu hören.

„Die Mütter konnten ihren Kindern nichts mehr zu essen geben“, erklären die politischen Führer der Zigeuner wie Ladislav Fizik und Alexander Patkoló Rationalität und Dynamik des Aufstands. Die Zahlen der im Anschluss an die Revolte verhafteten Zigeuner geben ihnen Recht: Von den 182 im Zuge der Polizeiak-

tionen festgenommenen Personen waren 96 Frauen und 35 Jugendliche. Es war ein Aufstand hungriger Menschen in der Ostslowakei, von denen laut einem Bericht der Weltbank ein Drittel in Siedlungen ohne Wasser, Strom und Kanalisation lebt.

Das soziale Elend der ostslowakischen Roma kennt auch Profiteure in der eigenen Volksgruppe, was allerdings weitgehend tabuisiert wird. Die Gesellschaft der Zigeuner ist streng hierarchisiert. Ähnlich Feudalherren herrschen einige wenige über ganze Clans, die wiederum in einer Art Kastensystem untergliedert sind. In den vergangenen zehn bis 15 Jahren hat sich eine Handvoll Geldverleiher aus der zigeunerischen Oberschicht herausgebildet, die Zehntausende in Abhängigkeit hält. Sie waren es auch, die die Kürzung und Streichung der Sozial- und Kinderbeihilfe kritisiert haben, entgeht ihnen doch damit ein Teil ihres Einkommens. Denn viele Familien tragen die staatlichen Unterstützungsgelder sofort nach Erhalt zu diesen Wucherern, um Kreditrückstände zu begleichen. Wenn das Geld nicht reicht, wird auf andere Dienste zurückgegriffen. Auf diese Weise werden Jugendliche zu Betteltouren in den Westen gezwungen oder junge Mädchen in die Prostitution. Die Verantwortung für die Hungerrevolten diesen Geldverleihern in die Schuhe schieben zu wollen, wie das Arbeitsminister Kaník und ein Gutteil der slowakischen Medien getan haben, greift dennoch zu kurz. Hungernde Mütter braucht man nicht aufzustacheln, wenn sich nichts mehr Essbares im Hause findet.

Die Gesellschaft der Slowakei isoliert die Zigeuner. Die größte Minderheit mit ihrer in der Koalitionsregierung vertretenen Ungarnpartei kämpft dagegen, den Roma einen Status als Minderheit zu gewähren. Die Liberalen und Konservativen sehen in den Roma hauptsächlich ein kriminelles Potenzial, dem mit staatlicher Exekutive begegnet werden müsse. Robert Fico, einer der politischen Newcomer der vergangenen Jahre, vertrat z.B. medienwirksam die Familie eines slowakischen Skinheads, der bei einer Messerstecherei mit Roma in der Hauptstadt Bratislava zu Tode kam, und entfesselte eine regelrechte Kampagne gegen die „kriminellen Zigeuner“. Der Täter, Mario Bango, ein jugendlicher Zigeuner, der zu seinem Unglück noch dazu einer linken politischen Gruppe angehört, gilt in Bratislava als die Inkarnation zi-

geunerischen Verbrechertums. Die nationalen Kräfte gehen – wie ein Großteil der slowakischen Gesellschaft – an die „Roma-Frage“ mit rassistischem Grundverständnis heran. Bleibt die kommunistische Partei, die mit 6% der Wählerstimmen selbst ein isoliertes Dasein im Parlament führt. Sie unterstützt die Forderungen der Roma nach Aufstockung sozialer Hilfen, sieht im Elend der Zigeuner jedoch ausschließlich ein soziales und regionales Problem. Die ethnische Bruchlinie zwischen weißer Mehrheit und schwarzer Minderheit, wie sie Roma-Intellektuelle diskutieren, wird von der slowakischen Mehrheitsbevölkerung nicht wahrgenommen. Darin besteht, über den sozialen und regionalen Kontext des Roma-Elends hinaus, eine gesellschaftliche Sprengkraft, die der Slowakei – und damit EU-Europa – eine unruhige Zukunft bescheren könnte.

Die schätzungsweise 350.000 bis 500.000 Mitglieder zählende Roma-Gemeinschaft in der Slowakei ist seit den Hungerrevolten des Februar 2004 mehr stigmatisiert denn je. Die weißen Slowaken werfen ihnen Unruhestiftung vor, das Vorurteil, ein ganzes Volk sei kriminell, hat sich vertieft. Und die Politik aus Brüssel ist gerade dabei, ein, zwei „Phare“-Projekte für die Ostslowakei aufzulegen, von denen – wie bei ähnlichen Projekten – in der Hauptsache westeuropäische Helfer profitieren. Die Würde eines Volkes stellt man mit einem solch bürokratischen und auch kommodifizierten Verständnis von Multikulturalität allerdings nicht her.

Literatur

- Karl Markus Gauß, Die Hundeesser von Svinia. Wien, 2004
 Hannes Hofbauer, Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien, 2003
 Marko Knudsen, Die Geschichte der Roma. Ein komplettes Bild der 1000jährigen Roma-Geschichte. o.O., 2003. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsgeschichte (Hg.) Countries in Transition 2003. Wien, 2003

Zeitschriften

The Slovak Spectator

Homepages

www.romnews.com

www.romove.cz

www.rpa.sk

István Nuber

Verfolgung, Identität und Integration der Roma Über eine Konferenz

Eine Konferenz zum Thema „Verfolgung, Identität und Integration der Roma“, veranstaltet von der öffentlichen Stiftung „Holocaust Dokumentationszentrum und Gedenksammlung“ (HDKE), der Pädagogischen Hochschulfakultät „Elek Benedek“, Institut für Lehrerbildung der westungarischen Universität und Vertretern des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, fand am 16./17. Oktober 2003 in Sopron statt.

An der von Botschaftsrat *Dr. Martin Pammer* eröffneten Tagung nahmen dreißig Pädagogen österreichischer und ungarischer Mittelschulen sowie Studenten und Studentinnen der Universitäten beider Länder teil. Bei der Tagung hielten fünf ungarische und zwei österreichische Forscher Vorträge, die folgende drei Themenbereiche behandelten:

- das Zusammenleben der Ungarn und der Roma im Wandel der Geschichte;
- Probleme der gesellschaftlichen Integration der Roma-Bevölkerung;
- Rolle und Bedeutung der Volksbildung bei der Roma-Integration.

Im Eröffnungsreferat setzte sich der Historiker *Szabolcs Szita* mit der „Zigeunerfrage“ im Ungarn der 30er und 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts auseinander. Eingehend behandelte er die zur Zeit des Horthy-Regimes stark zunehmende Diskriminierung der ungarischen Roma, die rasch aufeinander folgenden Verordnungen und Gesetze, die zur Zwangsarbeit und Internierung in Ghettos und schließlich zur Verschleppung in die Vernichtungslager geführt haben. Kurze Auszüge aus Erinnerungsberichten und interessante Details zeigten charakteristische Einzelheiten der Roma-Deportation auf, das Hauptaugenmerk legte der Referent diesmal jedoch eher auf die Geschehnisse innerhalb Ungarns, wie etwa auf Verbrechen, brutale Misshandlungen und

Gemetzel, die die Roma zur Zeit der Gewaltherrschaft der Pfeilkreuzler zu erdulden hatten. Abschließend sprach Szabolcs Szita die dringendsten, notwendigsten Aufgaben an, deren Verwirklichung zur Identität und einer harmonischeren Integration der Roma beitragen könnte.

Ágnes Daróczi hielt unter dem Titel „Gemeinsame Vergangenheit – gemeinsame Zukunft“ einen besonders beachtenswerten und anregenden Vortrag. Sie verwies darin unter anderem auf geschichtliche Fakten, dass die Roma einst wichtige Berufe ausübten und über besondere Kenntnisse und Fähigkeiten verfügten. Das brachte ihnen nicht nur Achtung ein, sondern ließ ihnen auch gewisse Sonderrechte zukommen, wie auch anderen Berufs- und Völkergruppen z.B. den Heiducken, Jassen und Kumannen. Bedauerlicherweise sind diese Tatsachen in Vergessenheit geraten und heute nicht einmal den Roma-Schülern bekannt. Gesellschaftliche Diskrepanz schüre auch das gegenwärtige gespaltene Verhältnis innerhalb der Schülerschaft. Kinder der „weißen Ungarn“ und der Roma hätten wenig Kontakt miteinander, sie spielen und kommunizieren kaum miteinander, und weil sie einander fremd gegenüberstehen und sich voneinander absondern, könne der jeweils andere leicht zum Feindbild werden. *Ágnes Daróczi* hält es deshalb für außerordentlich wichtig, die Vorurteile konsequent abzubauen. Dazu solle man den Kontakt zu älteren und erfahrenen Roma suchen. Man solle mit ihnen über ihr Leben, ihre Musik und Traditionen Gespräche führen, um dadurch dem Einzelnen und vielleicht auch der Gemeinschaft näher zu kommen. Es sei notwendig, gemeinsame historische Anhaltspunkte zu finden, leuchtende Beispiele der gemeinsamen historischen Vergangenheit – etwa *István Bocskai*, *Ferenc Rákóczi*, den Freiheitskampf 1848/49 – gemeinsam zu ehren, die positiven Traditionen des Zusammenlebens gemeinsam zu wahren.

In seinem Referat „Abriss über das Zusammenleben zwischen Ungarn und Roma“ widmete sich *János Bársony* den historischen Aspekten und Kausalitäten, die das Fortbestehen der Roma und die Bewahrung ihrer Identität ermöglichten. Im Mittelalter besaßen die Roma modernes Fachwissen, insbesondere

auf dem Gebiet der Kriegstechnik verfügten sie über wertvolle Kenntnisse, etwa über die Feuerwaffen oder das Kanonengießen. Die in den Türkenkriegen erfolgreich eingesetzten Dornenbänder zur Abwehr von Reiterattacken waren ebenfalls ihre Erfindung. Ihre traditionellen Beschäftigungen wie Ziegelbrennen, Lehmmauernbau, Hausbau, Metallbearbeitung, Goldwäsche, Waffenherstellung, Befestigungsarbeiten, Holzbearbeitung oder Seilherstellung wurden aber durch Aufkommen und Verbreitung der industriellen Produktion immer mehr verdrängt und ihr bislang gefragtes Fachwissen verlor an Wert und Ansehen. Dabei genoss diese Minderheit im Ungarn des Mittelalters eine Sonderstellung: Es wurde ihnen Wanderautonomie im Steuerwesen und auch Eigengesetzlichkeit zuerkannt, d. h. sie selbst bzw. ihre Anführer konnten in den eigenen Angelegenheiten der Gemeinschaft Recht sprechen. Wenn es heute um die gesellschaftliche Integration der Roma-Bevölkerung und um ihre Eingliederung in die Wirtschaftsprozesse geht, kann und soll man vor allem auf ihrem festen Gemeinschaftsleben, auf ihren Handelserfahrungen und Menschenkenntnissen, auf ihrer Kinderliebe und Sprachgewandtheit aufbauen. Diese Aspekte zu berücksichtigen wäre umso wichtiger, da die Roma seit der negativen Wendung auf dem Arbeitsmarkt eine kontinuierliche Abwertung erfahren, ihre gesellschaftliche Mobilität immer mehr ins Stocken geraten ist und ihr Pauperismus (Verarmung, Verelendung) mittlerweile erschreckende Ausmaße angenommen hat.

Diesem Gedankengang folgte *György Szretykó* in seinem Vortrag „Probleme bei der Integration der Roma in die Mehrheitsgesellschaft“. Da die Roma im Allgemeinen über recht niedrige Schulausbildung verfügen, weitgehend un- oder unterqualifiziert sind, haben sie auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen und geraten notgedrungen in eine geradezu aussichtslose soziale Lage. Während vor den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts die überwiegende Mehrheit der männlichen Roma-Bevölkerung in Ungarn als angelernte Arbeiter tätig war und damit den eigenen bzw. den Lebensunterhalt der Familie gewährleistete, sind heute die meisten Roma (70–80 Prozent) arbeitslos. Sie verrichten nun Gelegenheitsarbeiten oder sind ausschließlich auf Sozialhilfe an-

gewiesen. Durch diese und andere aus dieser Situation entstehenden Faktoren ist das Zusammenleben von Roma und Nicht-Roma von Konfliktbergen überladen und es erheben sich zwischen den beiden Bevölkerungsteilen beinahe schon unüberwindbare Mauern.

Peter Malina aus Österreich untersuchte in seinem Referat das Bild der „Roma in österreichischen Lehrbüchern“ und stellte fest, dass diese generell aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft dargestellt werden. Die Lehrbücher spiegeln seiner Ansicht nach weitgehend das historische Bewusstsein der jeweiligen Zeit wider, demzufolge findet diese Minderheit kaum oder abwertende, demütigende Erwähnung. Die Autoren reflektieren allenfalls Konflikte und Problemfälle und stellen die Roma niemals als eine selbständige Volksgruppe mit eigener historischer Rolle und Bedeutung dar. Meist wird die Frage von den Menschenrechten her betrachtet, bzw. es werden konkrete Beispiele für deren Verletzung angeführt.

In ihrem Vortrag über „Neue Forschungen zur Geschichte der Roma im Spiegel der österreichischen Unterrichtspraxis“ hob *Elke Renner* hervor, dass die Roma-Bevölkerung von der Mehrheitsgesellschaft vor gar nicht so langer Zeit als Sozial- und Polizeifall angesehen und dementsprechend behandelt wurde. Das von Vorurteilen geprägte, ausgrenzende und diskriminierende Verhalten der Mehrheitsbevölkerung brachte Österreich in den 60er Jahren mehrfach internationale Kritik ein. Heute laufen bereits mehrere Projekte in Österreich, um einerseits die Lebensumstände und gesellschaftliche Situation der Roma zu verbessern und andererseits um ein reales Bild über sie entstehen zu lassen und ihre reale Beurteilung herbeizuführen.

In seinem Vortrag über „Die Rolle des Schulsystems bei der Integration der Roma“ betonte *Dénes Koltay* die außerordentliche Wichtigkeit der Volksbildung bei der Integration. Gleichzeitig machte er anhand einiger Beispiele auf die Mängel, auf die Dürftigkeit und die Funktionsuntüchtigkeit verschiedener Schultypen aufmerksam, durch die die Schüler und Auszubildenden

mit Roma-Herkunft zusätzliche Benachteiligungen zu erleiden haben. Das weitgehend selektiv funktionierende Schulsystem erschwert die Lage und trägt wesentlich dazu bei, dass ein beträchtlicher Anteil der Schüler, die den Grundschulabschluss nicht schaffen und frühzeitig aus der Volksbildung scheiden, Roma-Kinder sind. Doch ohne 8-Klassen-Abschluss dürfen sie keine Fach- und Berufsschulen besuchen und können daher keine Lehrstellen bekommen. Die Zukunftschancen der Roma sind insbesondere durch folgende Faktoren beeinträchtigt: fehlende oder zumindest mangelhafte materielle Ausstattung (Infrastruktur), auf kulturelle Unterschiede zurückzuführende Benachteiligungen, Unbildung, Armut, Segregation, Diskriminierung, Stigmatisierung, Funktionsuntüchtigkeit des Schulsystems, das selektive Prinzip von Schultypen, die so genannte Schmalpursituation. Eine Abhilfe erblickt Koltay in einem integrierenden Schultyp, der Roma und Nicht-Roma gleichermaßen behandelt. In gemischten Klassen wird beiden Gruppen der gleichen Lehrstoff angeboten und unter Einbeziehung von Erziehern aus dem gleichen Kulturkreis für den Ausgleich des Wissensdefizits gesorgt.

Zum Abschluss der Tagung erklärten sich die Teilnehmer mit der Stellungnahme einverstanden, die auf der Homepage www.schulheft.at nachzulesen ist.

Werte und Traditionen der Roma Fragen ihrer Identität

Für die Zukunftschancen der ungarischen Roma-Minderheit ist die Erforschung ihrer Werte und Bewusstseinsfaktoren, die die künftigen objektiven Bezugssysteme des Daseins als Minderheit bestimmen werden, von größter Wichtigkeit.

Anders ausgedrückt: Mit welchem Selbstbild treten die ungarischen Roma das neue Jahrtausend an? Genau auf diese Frage versuchen wir eine Antwort zu finden.

Das Selbstbild der Roma erfuhr in den letzten Jahrzehnten entscheidende Änderungen und neue Impulse. Folgende Faktoren sind unseres Erachtens zu den wichtigsten historischen und Gemeinschaftserfahrungen der Roma zu rechnen:

- Abnahme der Bindung an die Gruppe sowie der Beherrschung der Muttersprache, bzw. Aufkommen und Verbreitung eines stets einheitlicheren Minderheitenbildes, sowohl in den eigenen Reihen als auch in den Augen der Außenwelt;
- Erfahrung der totalen Verfolgung während der NS-Zeit und der ständigen Behelligung durch die Polizei als „Unzuverlässige“;
- Auflockerung des streng geschlossenen, paternalistischen Bezugssystems des Dorfes und Stärkung der Abhängigkeit vom Staat;
- Lohnarbeiterdasein und Großstadtleben in verhältnismäßig enger Nähe von Roma und Nicht-Roma; das folgende Erleben der daraus entstandenen, wenn auch minimalen sozialen Sicherheit und daraufhin der massenhafte Verlust der geregelten Verhältnisse, der plötzliche Sturz in die Ungesicherheit;
- Vormarsch des rechtlichen Gleichheitsprinzips auf ideologischer Grundlage und gleichzeitig die tägliche Erfahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Rechtslosigkeit;
- Zwangsassimilation der Roma;

- Stigmatisierung des „Zigeuners“ als rückständiger Lump aus eigener Schuld, als Verbrecher, als Untermensch, woraus ein komplexes System von Vorurteilen erwuchs, das dann die tatsächliche Assimilation wie auch die Integration der Roma vereitelte;
- böswillige Unterstellungen hinsichtlich angeblich überdimensionierter Unterstützung der Roma;
- Entstehung verschiedener Bewegungen der Roma-Intelligenz erst zu Emanzipations- bzw. kulturellen Zwecken, später als politische Massenbewegung zur Selbstverwaltung und Interessensvertretung, die, wenngleich von außen wiederholt manipuliert wurde, sich auf einer minimalen Ebene in rechtmäßigen Einrichtungen manifestieren konnte, Existenz als verfassungsrechtlich garantierte Minorität;
- massiver Abbau des Analphabetismus, Expansion der Kommunikationsmittel und -möglichkeiten, Auswirkungen der Massenkultur.

Diese Prozesse und Erfahrungen, vor allem jene zur Einengung führenden Zwänge des voreingenommenen, lebensfremden Roma-Bildes der Außenwelt, schlossen sich die einzelnen Roma-Gemeinschaften Ungarns zu einer einheitlichen Volksgruppe, zu einer Minderheit mit nationalem Charakter zusammen. Die wahren und zu bewahrenden Qualitäten der dabei entstandenen kulturellen und politischen Identität wurden jedoch nicht geklärt. Das Ethos der Roma als solches wurde nicht zu einem Konsens gebracht und auch die allgemein zu akzeptierenden Werte blieben auf der Strecke. Auf dieses einseitige, ungerechte und benachteiligte, zum Teil von der offiziellen Politik der nationalen Unterdrückung bewusst verzerrte Roma-Bild der Gesellschaft gibt es bis heute keine zeitgemäße Antwort. Es herrscht in Roma-Kreisen nach wie vor keine Übereinstimmung über ihre ethnische Identität. Beim Versuch diese umzuschreiben, sich selbst zu bestimmen, stoßen die Roma immer wieder auf festgefahrene, von der Mehrheitsbevölkerung diktierte Vorurteile (Kultur des Elends, Verfolgung, Musik- und Tanztraditionen, Verdrecktheit, Anspruchslosigkeit, Aggressivität, Kriminalität). Sie geraten in einen Teufelskreis, und manche fühlen sich sogar veranlasst, ge-

gen die als Sippenmerkmale angesehenen Inhalte mit Aggression aufzutreten. Eine für die Zukunft der Roma verhängnisvolle Situation, die nach Abhilfe ruft.

Das Entstehen der Gruppenidentität, ob bei Völkern, Nationen oder nationalen Minderheiten, erfolgte stets und erfolgt noch heute maßgeblich aufgrund geplanter Entwicklungsprozesse auf dem Gebiet der Kultur, Sprache, Wissenschaften, Volksbildung und Kommunikation. Beispiele finden sich auch heutzutage in Ländern der Dritten Welt oder man denke nur an die gesellschaftlichen Prozesse, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Ungarn abspielten.

Selbstverständlich ändern sich die Identitätsinhalte und Wertordnungen im Laufe der Zeit bedingt durch historische Ereignisse oder durch andere Faktoren. Das Ausschlaggebende ist jedoch jeweils der Anfang, das bewusste In-Gang-Setzen der Entwicklung, das Zustandekommen des ersten Konsenses.

Die ungarischen Roma-Bewegungen um Emanzipation, kulturelle wie politische Selbstentfaltung, konnten sich ideologisch nicht gut genug rüsten, um diesen vorbereitenden Planungsprozess zu Ende zu führen. Die anfangs harmonische Entwicklung wurde durch Manipulationen gebremst bzw. abgebrochen, die Bemühungen zur Schaffung einer Werteordnung, die wissenschaftlichen Arbeiten und Bildungsarbeiten (Geschichte, Kulturanthropologie, Kommunikation u.a.) kamen ins Stocken, noch bevor der notwendige – wenigstens interne – Konsens geschaffen und nach außen vertreten werden konnte. Dabei spielten neben dem üblichen Mangel an „Fachkräften“ auch die historisch geprägten Einzelheiten der einzelnen ungarischen Roma-Gemeinschaften eine Rolle. Die Roma bilden also selbst innerhalb der Landesgrenzen keine homogene Einheit. Die Mehrheit (70 %) hat zum Beispiel Ungarisch als Muttersprache, während die anderen primär Zigeunersprachen sprechen: die einen Romani, die anderen „Beasch“, einen Zigeunerndialekt des Altrumänischen.

Die Sozialisation dieser Gemeinschaften verlief ebenfalls unterschiedlich. Daher zeigen sich in der Lebensform und sozialen Stellung diverse Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen. Diese Differenzen wurden von den Roma – zumeist auf äußeren Druck – sehr unterschiedlich gedeutet und bewertet, und später

entluden sie sich bei der Vereinheitlichung in heftigen ideologischen Debatten und krassen Auseinandersetzungen. Diese wiederum boten der externen Manipulationsabsicht zur Spaltung hervorragende Angriffspunkte und ließen die gemeinsame Interessensvertretung scheitern. Viele verzichteten eben deshalb lieber auf die klärenden Aussprachen, die vielleicht jedoch zum erwünschten Konsens hätten führen können. In dieser Distanzierung spiegelte sich auch die Schwäche der internationalen Roma-Bewegung wider, denn von ihrer Seite war ja wohl kaum Hilfe zu erwarten. Andererseits gab es für die größtenteils ungarischsprachige Elite der hiesigen kulturellen und politischen Roma-Bewegungen wenig Möglichkeiten, sich dem von ausgeprägter Identität gekennzeichneten Kreis der ausländischen Roma anzuschließen, da ihr starker Zusammengehörigkeitssinn primär auf der gemeinsamen Roma-Sprache beruhte.

Schließlich sei noch ein weiterer Faktor des Scheiterns der Identitätssuche zu erwähnen. Manche Wissenschaftler, die nicht diesem Kulturkreis angehören, sich aber der Forschung von Ethnographie, Geschichte oder Soziologie der Roma verschrieben haben, zeigten öfter Misstrauen gegen das Bemühen um das Roma-Ethos und lehnten es „im Namen der modernen Wissenschaften“ ab. Angesichts der oft dilettantisch naiven, wenig fundierten, recht dürftigen Versuche hatten sie dazu manchmal wohl ihr gutes Recht. Doch das Problem ist heute bereits überfällig. Es wurde mittlerweile zur Schicksalsfrage der ungarischen Roma und birgt eine gefährliche Aggressionsquelle in sich. Es ist daher dringend notwendig, sich endlich ernsthaft der Herausforderung der Identitätssuche zu stellen.

Wo Werteordnung und Ethos der modernen Roma-Identität zu suchen seien? In erster Linie in der gemeinsamen Geschichte und dem gemeinsamen Traditionsgut der Roma. In jenen vorwärts weisenden Werten, die einst das Fortbestehen des Volkes ermöglichten.

- Das sind vor allem derzeit aktuelle, gefragte Berufe, ein hohes marktfähiges Fachwissen. (Zur Zeit ihrer Ansiedlung in Ungarn verfügten die Roma auf dem Gebiet der Metallbearbeitung über Spitzenkenntnisse, die auch in der Kriegstechnik willkommen waren. Nicht von ungefähr versuchten die Herr-

scher für sich und ihr Land dieses hochgradige Wissen durch Sonderrechte zu sichern.)

- Verhandlungsfähiges Beherrschen mehrerer Fremdsprachen, wodurch sich das „fahrende Volk“ früher seine Märkte erworben hat.
- Gestaltung und Aufrechterhaltung der friedlichen Koexistenz mit Gefährten der Gemeinschaft und Außenstehenden.
- Psychologische Kenntnisse, Feingefühligkeit und Menschenkenntnis. Bei Friedensschaffung und Warenhandel gleichermaßen nützliche Fertigkeiten.
- Gewandtheit in Marketing und Geographie (Handelswege), Offenheit, Geschäftstüchtigkeit.
- Wertorientiertheit, Lernfähigkeit, gesunder Lebenstrieb.
- Die Fähigkeit, innerhalb der Gemeinschaft Harmonie und Geborgenheit zu schaffen.
- Betreuung der Älteren und Bedürftigen.
- Pflege der menschlichen Kontakte innerhalb der Gemeinschaft.
- Fürsorgliche Aufmerksamkeit um Kinder und die nachfolgenden Generationen.
- Autonomes Denken und Verhalten (bei Problemlösung stützen sie sich primär auf sich selber).
- Pflege und Wahrung der Muttersprache und der kulturellen Werte und Traditionen.
- Absolute Demokratie innerhalb der Gemeinschaft.
- Naturverbundenheit, Umweltfreundlichkeit.

Man soll außerdem die für die Roma-Identität wichtigen, historisch belegten Fakten des kollektiven Geschichtsbewusstseins erkunden und sie aufgrund des Konsenses zum Bestandteil des Schulunterrichts und der Minderheitsidentität werden lassen. Ähnliche Aufgaben stehen vor uns auch hinsichtlich der Pflege der Romani (Sprache der Roma). Schließlich sollen Unterrichts- und Informationsforen ins Leben gerufen werden, in denen die oben umrissenen Inhalte die Roma erreicht und zu immanenten Bestandteilen der Minderheitsidentität werden können.

György Szretykó

Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration der Roma

Laut empirischer und soziologischer Untersuchungen hindern folgende Faktoren die gesellschaftliche Integration der ungarischen Roma-Bevölkerung:

- fehlende oder unzureichende berufliche Qualifikation, Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt, ungünstige soziale Lage;
- Sitten- und Werteordnung der Roma-Gemeinschaft, ihre Lebensweise;
- Voreingenommenheit der Mehrheit gegen die Roma;
- Nichtgewährleistung der Minderheitsrechte

Geringe Qualifikation und ungünstige soziale Lage der Roma

Es besteht zwischen der meist geringen beruflichen Qualifikation der Roma, ihrer Chancenlosigkeit als Arbeitnehmer und ihrer besonders schlechten sozialen Lage ein enger Zusammenhang. Da sie durch den fehlenden oder zu niedrigen Schulabschluss vom „ersten“ Arbeitsmarkt verdrängt sind, haben sie wenig Einkommen und befinden sich in einer recht ungünstigen sozialen Lage. Dies beeinträchtigt die schulischen Leistungen ihrer Kinder und demzufolge auch deren Lernmotivation. So werden die Probleme von Generation auf Generation weitervererbt.

Die Integrationsstörungen können primär ebenfalls auf den niedrigen Bildungsstand der Roma-Bevölkerung zurückgeführt werden. Im Einparteienstaat war die Roma-Population als angelernte oder Hilfsarbeiter noch fast vollständig berufstätig. Nach der Privatisierung der Staatsbetriebe wurde jedoch diese Art Arbeitskraft vollkommen überflüssig, wodurch nach der Wende die Mehrheit ihre Arbeit verlor.

Die 1993/94 durchgeführte Ermittlung über die Lebensumstände der Roma registrierte 24,2 % Berufstätige. Zu gleicher Zeit waren 69,4 % der inaktiven Männer im arbeitsfähigen Alter arbeitslos. Der Anteil der nicht berufstätigen Roma-Frauen machte 83 % aus, rund ein Drittel der Frauen (33,8 %) war als arbeitslos

registriert. Die meisten Roma sind nach wie vor geradezu chancenlos auf dem Arbeitsmarkt. Die wichtigsten Gründe ihrer Benachteiligung sind:

- Nachteile der mangelhaften Berufsbildung;
- ungünstiger Wohnsitz;
- Mangel an Geschäftsbeziehungen und -informationen;
- Diskriminierung von Seiten der Arbeitgeber.

Während ältere Roma keine Arbeit finden, weil sie nicht einmal über einen 8-Klassen-Abschluss verfügen, werden jüngere entsprechend der wachsenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt selbst im Besitz von Grund- und Berufsschulzeugnissen arbeitslos. Die Lernmotivation der Roma-Kinder hängt größtenteils von der Sozialisation der Familie ab bzw. wird von der näheren Umgebung beeinflusst.

Infolge schulischer Mängel und allgemeiner Unbildung der Eltern und durch den starken Einfluss der engen Umgebung können die meisten Roma-Kinder in den Dorfflecken nicht richtig Ungarisch. Es fehlen ihnen die Wörter und Ausdrücke, genauer: sie sprechen eine Mischsprache, die im Hinblick auf Etymologie, Wortgebrauch oder Grammatik mit keiner der beiden Sprachen enge Verwandtschaft hält. In mehreren Kindergärten laufen Spezialprojekte, um den Roma-Kindern eine angemessene ungarische Sprache beizubringen. Eine Erzieherin beschäftigt sich gleichzeitig mit höchstens drei Kindern, die dadurch ausreichend Gelegenheit bekommen, sich die richtige Dialogführung anzueignen und auch untereinander zu üben. Natürlich nur, wenn die Eltern nicht versäumen, sie in den Kindergarten zu bringen. In der kalten Jahreszeit macht das „Schwänzen“ weniger Schwierigkeiten, da die meisten Eltern sich freuen, ihre Kinder behütet und versorgt zu wissen. Die von dieser Möglichkeit jedoch keinen Gebrauch machen, werden von der Fürsorgerin der Gemeinde aufgesucht und im Glücksfall auch überzeugt, dass sie ihren Kindern damit nur schaden und ihnen gerade durch solche Nachholprogramme eine bessere Zukunft sichern können. Die meisten Roma leben in Siedlungen, wo es kaum oder absolut gar keine Arbeitsmöglichkeiten gibt. Es handelt sich dabei meist um kleine, dahinsiechende, „tote“ Dörfer in entlegenen Gegenden. Es sind

oft „gottverlassene“ Dorfflecken mit sehr niedrigem Lebensstandard, wo die Einwohner in dürftigen Behausungen vegetieren, wo es keine Schulen oder Kindergärten gibt. Da hier selbst eine minimale Chance auf Entwicklung fehlt, zeigen sich bereits Anzeichen der Gettoisierung. Etwas Milderung in die aussichtslose Lage der Roma-Familien könnte die Bodenverteilung bringen. Auf den Feldern könnten die Familien wenigstens die zu ihrem Lebensunterhalt notwendigen Grundnahrungsmittel anbauen. Ansonsten haben die Roma dieser Dörfer null Chancen auf Beschäftigung. Auf dem ungarischen Arbeitsmarkt sind ja Geschäftsbeziehungen von ausschlaggebender Bedeutung (55–60 %), und die Roma-Minderheit besitzt kein solches Kapital an Verbindungen. Ein weiteres Handikap ist die negative Einstellung der Arbeitgeber, die Roma als unzuverlässige Arbeitnehmer einstufen und sie ungern einstellen.

Da die Arbeitslosigkeit der Roma seit der Wende konstant gestiegen ist, lebt die Mehrheit der aktiven Roma-Bevölkerung von Sozialhilfe oder Gelegenheitsarbeiten. Die Sozialhilfe kann aber keine Lösung sein, zumal diese Art der Unterstützung neue Konflikte schürt und die Kluft zwischen Roma und Nicht-Roma nur vertieft. Die Zahlungen sind knapp und erreichen oft nicht die Ärmsten und Bedürftigsten. Die Hilfsversuche bringen also kein Heil, sie isolieren nur noch mehr die ethnischen Gruppen voneinander, folglich müssen in der eher kurz- als langfristigen Zukunft andere Wege zur Lösung der Probleme gefunden werden.

Vorschläge zur Förderung der gesellschaftlichen Eingliederung der Roma-Bevölkerung

Die Regierungen der Amtsperioden 1994–1998 und 1998–2002 bemühten sich ernsthaft um eine spürbare Besserung. Trotz ihrer nicht zu unterschätzenden Anstrengungen erwiesen sich die Mittel zur Unterstützung der Roma-Minderheit als unzureichend, und auch die Wirksamkeit ihrer Anwendung wurde wiederholt in Frage gestellt. Anhand der Regierungsprogramme von 1994 und 1998 sollen demnächst auf folgenden Gebieten kurz- und langfristige Maßnahmen ergriffen werden, um tatsächliche Erfolge erzielen zu können:

- Abbau der Diskriminierung;
- umfassende Siedlungs- und Regionsprojekte, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;
- Volksbildung;
- Förderung kultureller Einrichtungen
- Unterstützung der demokratischen Selbstverwaltung der Gemeinschaften;
- Stärkung der Offenheit und Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft;
- wirksamere, zielgerichtete Regierungsarbeit.

Allein durch Unterricht lassen sich die weit verzweigten Probleme der ungarischen Roma allenfalls teilweise lösen. Eine wichtige Aufgabe ist es zu erreichen, dass möglichst große Anteile der Roma-Kinder einen Kindergarten besuchen bzw. dass wesentlich mehr Roma-SchülerInnen maturieren.

Im Interesse dieser Ziele sollen gleichzeitig verschiedene Fördermaßnahmen sowie soziale und interkulturelle Mittel angewendet werden:

- man soll die Mittel zur Durchführung der Roma-Bildungs- und Förderungsprogramme erhöhen;
- man soll eine Korrektur des 1995 gestarteten Projektes vornehmen und neue Programme hinsichtlich Berufs- und Hochschulbildung erarbeiten;
- es wäre notwendig, ein umfassendes pädagogisches Dienstleistungsnetz zur Unterstützung der Roma-Schüler auszubauen;
- zweckmäßig erscheint die Gründung von Volkshochschulen für Roma zum Ausgleich der Wissensdefizite;
- die normative Unterstützung der Minderheitenschulen soll durch Mittel der Projektfinanzierung ergänzt werden;
- das vorhandene System der Ausbildungsbeihilfen (Stipendien) soll weiter ausgebaut werden;
- man soll durch zielgerichtete Förderprogramme und durch korrekt durchgeführte Amtsvorschriften die Benachteiligung der Roma-SchülerInnen abbauen oder zumindest einschränken;
- es sollen talentfördernde Projekte mit dem Ziel der Matura

ins Leben gerufen und die dazu erforderliche Infrastruktur (Schülerheime möglichst vor Ort) geschaffen werden.

Von höchster Bedeutung ist außerdem die Förderung einer soliden Roma-Intelligenz. Um dieses Ziel in die Praxis umzusetzen, erhalten Studenten und Studentinnen mit Roma-Herkunft von verschiedenen öffentlichen Stiftungen Stipendien. Es ist in zweierlei Hinsicht wünschenswert, diese Geldquellen zu erhalten bzw. zu erweitern: Da diese jungen Akademiker in zwei Kulturen bewandert sind, können sie ihrer Gemeinschaft von Nutzen sein, sie in der Gesellschaft vertreten und „befürworten“. Andererseits können sie der Roma-Jugend als Beispiel dienen und demonstrieren, dass der Aufstieg auch für die Roma möglich ist.

Sinti in Villach – geächtet – verfolgt – ermordet **Ein Denkmal der Namen auf dem Villacher Hauptplatz**

Im Mai 1995 wurde auf dem Villacher Hauptplatz von SchülerInnen des Peraugymnasiums ein „Denkmal der Namen – ein Mahnmal gegen das Vergessen“ enthüllt. Die SchülerInnen druckten mit schwarzer Farbe auf Holztafeln die Namen und Todesdaten der Villacher NS-Opfer und Widerstandskämpfer. Damals erfuhren wir auch, auf Grund der Recherchen der Historikerin Andrea Lauritsch, dass unter den Opfern auch sehr viele Sintis waren. Da wir die Namen dieser Sintis nicht kannten, haben wir, um das der Öffentlichkeit bewusst zu machen, auf eine große Anzahl von Holztafeln „Sinti deportiert 1941“ vermerkt. Mit diesen Holztafeln wurde ein fünfzehneckiger drei Meter hoher Turm rund um die Dreifaltigkeitssäule am Hauptplatz errichtet. Die SchülerInnen verlasen unter Anwesenheit des Landeshauptmannes Dr. Christoph Zernatto die Namen der Verschleppten und Ermordeten. Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner hielt die Ansprache und sagte unter anderem: *„Die Villacher SchülerInnen leisten mit diesem Mahnmal einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Kärntner Bevölkerung über eine in Vergessenheit geratene Tradition; ich meine damit die unpopuläre Tradition des Widerstandes und des kompromisslosen Einsatzes für Recht und Gerechtigkeit“*. An dieser Veranstaltung haben auch sehr viele Gemeinderäte, SchülerInnen und LehrerInnen des Peraugymnasiums teilgenommen. Manche VillacherInnen haben ganz erschüttert die Namen von Angehörigen gelesen und gemeint, erst damit hätten man den Opfern wieder ihren Platz in der Gemeinschaft zurückgegeben. Vielen Villacherinnen und Villachern wurde erstmals die Deportation und Ermordung der Villacher Sinti bewusst. Durch die zahlreichen Gespräche mit den Passanten erfuhren wir „neue Namen“ und wurden auch auf einige Fehler aufmerksam gemacht. Das Denkmal war für uns nur ein „vorläufiges“ Denkmal, sozusagen eine Zwischenstufe zu einem endgültigen „Denkmal der Namen“. Nach einer langen, sehr kontroversen

öffentlichen Diskussion in der Stadt ist es uns gelungen das zu realisieren. Der Beitrag der SchülerInnen dazu war von entscheidender Bedeutung. Diese Zusammenarbeit zwischen den SchülerInnen und dem Verein „Erinnern“ war ein Grenzgang zwischen Schulprojekt und politischer Aktion und für beide Seiten ein besonders interessanter und lehrreicher Prozess.

Ausstellung, Vortrag und Lesung zum Thema „Die Sinti in Kärnten“

Das war das Thema einer Veranstaltung, die der Verein „Erinnern“ gemeinsam mit SchülerInnen des Peraugymnasiums im Juni 1996 im Villacher Rathaus durchführte. Zusammen mit dem Villacher Sinto Hugo Taubmann, damals Sprecher der Sinti Österreichs, haben wir eine Ausstellung mit 50 Bildern zusammengestellt, die einen wichtigen Einblick in das Alltags-, Berufs- und Wanderleben der „kärntischen Sinti“ zeigten. Für die Eröffnung dieser Ausstellung haben die SchülerInnen eine eindrucksvolle Text-Collage aus Lyrik, Erzählungen, Märchen und Zaubersprüchen der Sinti und Roma zusammengestellt und vorgetragen. Die Historikerin Mag. Andrea Lauritsch von der Universität Klagenfurt referierte über den Völkermord an den Sinti und Roma.

Damals wusste die Villacher Bevölkerung beinahe nichts mehr über die Sinti, über ihre Lebensverhältnisse, ihre Geschichte und ihre Ermordung. Viele kannten nur die alten Klischees von der angeblich „anderen“ Lebensweise. Unwissenheit und Vorurteile führten dazu, dass diesem Thema mit Angst und Aggression begegnet wurde.

Diese Veranstaltung, die an die Deportation und Ermordung der Villacher Sinti erinnerte, war die erste öffentliche Veranstaltung in Villach zu diesem Thema. Es gibt bis heute keine Publikation, keine Straße, keine Gedenkstätte, die ihre Erinnerung aufbewahrt. Wie tiefgehend die Verdrängung gewisser Ereignisse unserer Stadtgeschichte ist, erkennt man am deutlichsten daran, dass das Schicksal der Villacher Sinti seit 1945 bis zu dieser Veranstaltung in unserer Stadt mit einem Schweigetabu belegt war. Es macht betroffen, bedenkt man, dass erst im Juni 1996, 50 Jahre später, dieses Tabu von SchülerInnen und LehrerInnen des Per-

augymnasiums gemeinsam mit dem Verein „Erinnern“ gebrochen wurde.

Diese Aktivitäten haben dazu geführt, dass weitere Nachforschungen – Interviews mit Zeitzeugen, Einsicht in das Einwohnerverzeichnis usw. – über das Schicksal der Villacher Sinti durchgeführt und veröffentlicht wurden. So sind wir im Zuge unserer Nachforschungen auf das Schicksal von Helene Weiss aus Klagenfurt aufmerksam geworden, ein 13-jähriges „Zigeunermädchen“, das 1941, ähnlich wie Sidonie, ihren Zieheltern Margarete und August Sommer weggenommen und nach Lackenbach deportiert wurde. Dieses berührende Schicksal hat uns dazu bewogen mit Hilfe des Berichtes von August Sommer eine szenische Lesung zu gestalten, die wir inzwischen schon zweimal öffentlich aufgeführt haben.

Deportiert nach Lackenbach

Im Jahre 1938 lebten, vorwiegend in den äußeren Stadtgebieten von Villach, Seebach, St.Martin sowie Obere und Unterer Fel-lach, zahlreiche Sinti und Roma. Noch heute erinnern sich viele ältere VillacherInnen sehr lebhaft daran. Das beweisen die Zeitzeugeninterviews, die in diesen Stadtteilen von Werner Koroschitz durchgeführt wurden. Die häufigsten Namen in dieser Volksgruppe waren Seger, Taubmann, Herzenberger, Blach und Held. An die 100 Personen dieser Volksgruppe aus dem Villacher Bezirk wurden ab 1938 verhaftet, in diverse Lager deportiert, und ermordet. Nur wenige überlebten die nationalsozialistische Schreckensherrschaft.

Im Oktober 1941 wurden 65 Personen, fast durchwegs Sinti aus dem Stadteil Seebach, von der Villacher Kripo verhaftet und am 31. Oktober 1941 in das Lager Lackenbach eingeliefert. Sie erhielten dort die Lagernummern 2453 bis 2517. Am 18. November 1941 sind von der Kripo Klagenfurt 14 „Zigeuner“ in das Lager Lackenbach überstellt worden. Sie erhielten die Lagernummern 2857 bis 2870. Darunter war auch das dreizehnjährige Mädchen Helene Weiss, das ihren Adoptiveltern August und Margarete Sommer weggenommen wurde. Aber auch in den Seitentälern Kärntens sind immer wieder „fahrende Zigeuner“ aufgegriffen

und deportiert worden. Die Deportationen der Kärntner „Zigeuner“ wurden mit großer Hartherzigkeit, das bestätigen zahlreiche Augenzeugenaussagen, von der Kriminalpolizei Klagenfurt und Villach durchgeführt. Sie standen unter der Leitung von Kriminalinspektor Karl Malle, der nach 1945 weiter im Amt blieb und 1950 zum Leiter der kriminalpolitischen Abteilung ernannt wurde. Malle wurde nach dem Krieg von der KPÖ-Klagenfurt bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt angezeigt. Die Anzeige wurde jedoch niedergeschlagen, sodass es nicht einmal zu einer Verhandlung kam.

Valentin Seger, heute wohnhaft in Seeboden bei Spittal, der damals 8 Jahre alt war und mit seinen Eltern in Seebach wohnte, erinnert sich: *„Meine Mutter wendete sich an Inspektor Malle und sagte ihm, dass sie keine Zigeunerin sei und sie nicht einsehe, dass man sie deportiere. Er antwortete, sie könne ja gehen aber ihr Sohn sei ein „Zigeunermischung“ und werde deshalb weggeschafft“*. Natürlich hat die Mutter ihren Sohn nicht allein gelassen. Alle drei wurden nach Auschwitz deportiert. Mutter und Sohn überlebten. Auch Frau Anna Volpe, heute wohnhaft in Villach, deren Schwester Mathilde mit dem Sinto Karl Taubmann zwei Kinder hatte und mit ihm und ihren beiden Kindern deportiert wurde, erinnert sich: *„Meine Mutter ist zur Polizei nach Villach hineingegangen, um ihre beiden Enkelkinder Melitta und Isabella herauszubekommen, aber es war nicht möglich, die Polizei war unnachgiebig.“* Auch hier hat die Mutter Mathilde Pachernik, die nicht der Volksgruppe der Sinti angehörte, ihre beiden Kinder nicht allein gelassen.

Über das weitere Schicksal der Kärntner Sinti ist wenig bekannt. Es gibt keine Forschungsarbeit zu diesem Thema. Kein Ereignis in der Kärntner Landesgeschichte ist mit einem derartigen Schweigetabu belegt worden wie die Deportation und Ermordung der Kärntner Sinti.

Am 4. November 1941 und am 7. November 1941 sind vom Lager Lackenbach aus jeweils 1000 Personen (insg. 2000) in das Ghetto nach Lodž/Litzmannstadt deportiert worden. Leider gibt es von diesen Transporten keine Namenslisten. Nachforschungen in den Lackenbacher Tagebüchern haben ergeben, dass die Namen der Villacher Sinti (Taubmann, Seger, usw.) dort

nicht auftauchen. Es besteht also die berechnigte Vermutung, dass die Villacher und auch die Klagenfurter Sinti nach Lodž deportiert wurden. Das Ghetto von Lodž hat niemand überlebt.

Quellen: Archiv Werner Koroschitz, VIA – Verein Industriekultur und Alltagsgeschichte, Villach. Mehrmalige Gespräche mit Anna Volpe und Valentin Seger, Häftling in Auschwitz. Tagebuch des Zigeunerlagers Lackenbach, DÖW Nr. 11340. Gespräche mit Rosa Taubmann geb. Schneeweiss, Häftling in Lackenbach. Nationalsozialismus und die Zigeuner in Österreich, Erika Thurner, Bibliothek für Zeitgeschichte der UNI Wien, D-2175. Einwohnerverzeichnis der Stadt Villach.

Alfred Merle

„Meine Großmutter war schon eine Roma, aber ich bin keiner!“

Laut singend kommt Benjamin wieder einmal am Gang daher. Er hat eine schöne Singstimme und kennt viele Lieder. Vor allem von seiner Großmutter. Die singt er, wann immer er dazu Lust und Laune hat. Und schön laut und mit viel Gefühl. Da kann es schon vorkommen, dass er mitten während des Unterrichts Lust verspürt, uns an seiner Lebensfreude teilhaben zu lassen. Die KollegInnen, die er dann erfreut, sehen es nicht immer so wie er. Am Gang ist er, weil es in der Klasse nicht mehr so spannend war. Es hat ihn nicht recht gefreut. Und dass man nach fünfmaligem Aufzeigen und „Ich muss dringend zur Toilette!“ die Klasse kurz verlassen kann, war eines der ersten Dinge, die er gelernt hat.

Da ich eine Freistunde habe, nütze ich die Gelegenheit, um ein bisschen mit ihm zu plaudern. Er kennt viele Geschichten von seiner Großmutter, die sie ihm früher immer erzählt hat. (Etwa die phantastische Geschichte von der Erschaffung der Welt, bei der eine Schildkröte die Hauptrolle spielt!) Leider wird er schön langsam durch unsere „Zivilisation“ „verdorben“. Er geniert sich jetzt des Öfteren, wenn er erzählen soll. Kann ja nicht mit dem Fernsehen mithalten! Und einige SchülerInnen lachen dann so komisch.

Kennen gelernt habe ich Benjamin vor zwei Jahren, als er aus Rumänien zu uns kam. Da ich Deutsch für AusländerInnen in der Hauptschule unterrichte, kam er in einen meiner Kurse. Erzählen wollte er von Anfang an viel. Vor allem, wenn er sich dadurch das Lernen der Wörter und den „Unterricht“ dafür ersparen konnte. Sehr schnell fiel allerdings auf, dass er sich bei den Arbeitsblättern ungeheuer schwer tat. Warum? Bei einer Übung mit dem Wörterbuch trat es dann gleich zu Tage: er versuchte Buchstabe für Buchstabe das Wort zu vergleichen! Schnell stellte sich heraus, dass Benjamin Analphabet war.

In Rumänien sah man es nicht gerne, wenn seinereiner in die

Schule wollte. „Zigeuner“ brauchen nicht in die Schule zu gehen. Auf Nachfrage bei einer Dolmetscherin des BSR in Linz für rumänische SchülerInnen und Eltern erfuhren wir dann, dass es in Rumänien noch immer so ist, dass man Roma-Kinder bewusst nicht in die Schule gehen lässt!

Kein Wunder, dass Benjamin solche Probleme hatte. Also hieß es, sich dahinter zu klemmen, um so viel aufzuholen wie irgend nur möglich war. Gott sei Dank ist meine Frau Volksschullehrerin. Also her mit den Büchern und Lesefibeln der 1. Klasse VS. Die Frage war ja nur, was macht er überhaupt bei uns in der Hauptschule? Das Problem ist, dass die SchülerInnen eben „altersgemäß“ eingestuft werden. (So landen sie nicht immer dort, wo sie eigentlich besser aufgehoben wären.) Und als Benjamin kam, war er eben alt genug für die 5. Schulstufe. Nach einigen Wochen sah man allerdings schon ganz gute Fortschritte. Und dann über Nacht, war Benjamin wieder weg! Einfach abgeschoben, weil das Besuchervisum für Österreich abgelaufen war.

Die Mutter versuchte lange, wieder nach Österreich zu kommen, wo schon Verwandte der Familie wohnen. Und nach einigen Monaten war er wieder da. Immer mit dem Damoklesschwert über sich, wieder abgeschoben zu werden.

Im vergangenen Schuljahr ging er dann in die 2. Klasse HS. Sein Klassenvorstand tut alles, um ihn hier halten zu können. Über vieles wird hinweggesehen und bei vielem möglichst rasch geholfen. Als die Klasse dann auf Projektwoche fuhr, die nächste Überraschung! Weder seine Mutter noch Benjamin sind versichert!! Da erklärten sich dann seine schlechten Zähne, die nie gerichtet werden konnten und einiges andere von selbst. Was machen? Soll er mitfahren dürfen oder ist die Gefahr zu groß, dass irgendetwas passieren könnte und er dann unversichert dastehen würde? Und wieder entschied sich sein Klassenvorstand für Benjamin, ermöglichte ihm das Mitfahren, übernahm die ungeheure Verantwortung. Was alles passieren hätte können? Was der Mutter alles jederzeit passieren könnte? Wen kümmert's in Österreich? Bei den Behörden? Auf Nachfrage erfuhren wir, dass es viele Menschen ohne Versicherung in Österreich gäbe! Also alles „normal“?

Gott sei Dank ist nichts geschehen. Alles ging gut. Aber wird

es immer so bleiben? Wird Benjamin die Hauptschule in Österreich abschließen können? Wird er wieder abgeschoben?

Seine Mutter ist nun seit einiger Zeit auf der Suche nach einem österreichischen Lebensgefährten, um das Problem so zu „lösen“. Immer wieder steht auch im Raum, dass die Familie zu Verwandten in die Niederlande oder nach Frankreich weiterwandert. Ob das die Probleme dann lösen wird? Wir LehrerInnen haben uns dazu entschlossen, Benjamin den Besuch der Hauptschule zu ermöglichen und ihn so zu fördern, dass er, nachdem er den Status des außerordentlichen Schülers nach 2 Jahren nicht mehr haben kann, trotzdem seine Schullaufbahn weiter bei uns fortsetzen kann. Und so versuchen wir uns zu freuen, wenn Benjamin im Unterricht singt oder das macht, wozu er gerade mehr Lust hat. Für die anderen SchülerInnen soll es ein Lernprogramm für Toleranz sein.

Elisabeth Fraberger

Es gibt keine Impfung gegen Vorurteile, aber die Chance, Menschen kennen zu lernen

Ein Romaprojekt in der HS St.Andrä-Wördern, NÖ

Wollen SchülerInnen im Internet über Roma recherchieren, stoßen sie auf einige wenige Seiten, die meisten beziehen sich auf die italienische Hauptstadt.

Unter dem Stichwort „Zigeuner“, umgangssprachlich noch immer verwendet als diskriminierende Bezeichnung eines Volkes, gibt es ungleich mehr Informationen.

Unter diesem Namen sind die Sinti und Roma auch den SchülerInnen ein Begriff und sofort kommen Klischees und Vorurteile: Zigeuner ziehen mit Mercedes und Wohnwagen durchs Land, stinken, arbeiten nichts, stehlen, betteln und sind faul.

Nicht nur in Schulklassen hörte ich diese Meinung oft, sondern auch in gebildeten Kreisen ist oft wenig bekannt über die Geschichte und Kultur dieses EU-Volkes, denn die Roma und Sinti sind das einzige Volk, das in jedem EU-Land vertreten ist. Da sich Vorurteile bereits im späten Jugendalter stabilisieren, ist vor allem in der Schulzeit die interkulturelle Auseinandersetzung von Bedeutung. Das Anderssein genügt, um Vorurteile in den Köpfen entstehen zu lassen. Die Existenz von Vorurteilen wäre weniger bedeutsam, wenn sie nicht zu diskriminierenden Äußerungen und rassistischem Verhalten führen würde. Die „Tschuschen“ und auch den „Zigeuner“ gibt es noch in vielen Schulklassen. Ich wollte gegensteuern, jedoch nicht mit erhobenem Zeigefinger. Ich wollte Vorurteile durch das gegenseitige Kennenlernen von Menschen abbauen. Zuerst konfrontierte ich 13-14jährige SchülerInnen mit dem Oberbegriff Ausländer, der gern für alle Menschen steht, die eine etwas dunklere Hautfarbe und schwarze Haare haben.

„Was habt ich über Ausländer schon alles gehört?“

Die SchülerInnen waren um Aussagen nicht verlegen und ich notierte unkommentiert ihre Aussagen. Kurz vor dem Läuten

war die Tafel voll, nun schrieb ich ein Plus und ein Minus auf und die SchülerInnen bekamen den Auftrag, die positiven und die negativen Begriffe zu zählen. 0:42 lautete das Ergebnis, das die SchülerInnen dann doch etwas verstörte. Nun sollte ich ihnen aus der Patsche helfen und sie forderten von mir ein Rezept ein!

Was mich verblüffte, war das meist genannte Vorurteil, dass Ausländer stinken.

Nach dieser Bestandsaufnahme lud ich Ruzsa Nikolić-Lakatos & The Gipsy Family zu einem Konzert ein. 300 SchülerInnen hatten nun die Möglichkeit, die Kultur der Roma aus erster Hand kennen zu lernen. „Sa tumara pacivake!“ – „Euch zu Ehren!“ So begrüßt Ruzsa, eine ungarische Lovarika, die seit ihrem 12. Lebensjahr in Österreich ist, ihre ZuhörerInnen.. Ihre Lieder erzählen von wahren Begebenheiten, von Liebe, Unglück, Not, vom Leben. Ihr Mann Mišo Nikolić erzählte in den 4. Klassen aus seinem Leben, das er in zwei Büchern aufgezeichnet hat. Als Kind musste sich die Familie in Serbien vor den Nazis in einer Gruft verstecken, sein Vater entging knapp dem Tod, als junger Mann flüchtete er, weil er nicht zum Militär wollte, nach langen Jahren in Deutschland kam er nach Wien, um endlich mit seiner Frau Ruzsa sesshaft zu werden.

Nach diesen ersten Begegnungen, die im Herbst 2001 stattfanden, befragte ich die SchülerInnen anonym über ihre Eindrücke. Ein kleiner Ausschnitt der Meinungen:

Man sollte keine Vorurteile über Menschen haben, die man nicht kennt. Man solllste nicht auf das Äußere schauen, sondern auf die inneren Werte.

Jeder Mensch ist einzigartig. Alle Menschen sind gleich. Roma wirken offener, sie haben andere Bräuche und sind trotzdem Menschen wie wir.

Ich möchte Menschen nicht voreilig beurteilen. Jeder hat Vorurteile, ich wünsche mir mehr Respekt! Für Roma ist „Zigeuner“ ein Schimpfwort.

Mir hat die Musik gut gefallen, obwohl ich die Sprache nicht verstanden habe. Ich habe erfahren, wie die Roma früher lebten, dass es ihnen nicht so gut ging. Ich habe eine neue Kultur kennen gelernt.

Mit meiner Deutschgruppe in der 1. Klasse erarbeitete ich das Romamärchen „Der arme Rom und der Jude“, das damals im Buch „Fern von uns im Traum ... Märchen, Erzählungen und Lieder der Lovara“ (Drava) erstmals aufgeschrieben und ins Deutsche übersetzt wurde (Verschriftlichung des Roman). Da nun zum ersten Mal ein deutscher Text schriftlich vorlag, konnte ich das Märchen von Ruzsa Nikolić-Lakatos beim Theaterfestival „Multikids“ im Künstlerhaus in Wien aufführen. Nun kamen die Kinder erneut mit der Romakultur in Berührung, wir sangen sogar die Romahymne „Gelem gelem“.

Der Höhepunkt des Romaprojekts war jedoch der Besuch unserer Partnerschule in Kosice in der Ostslowakei. Nur ca. 560 km von St. Andrä-Wördern entfernt leben Kinder in bitterer Not. Die meisten Kinder kennen keine geregelten Mahlzeiten, viele können nicht in die Schule gehen, weil sie keine Kleider und keine Schuhe haben. 15 engagierte SchülerInnen nahmen eine anstrengende Nachtfahrt auf sich, um Kinder in der Specialna zakladna skola zu besuchen. Romakinder werden in Sonderschulen unterrichtet, damals wurden in 19 Klassen 180 SchülerInnen unterrichtet. Wir nahmen auf der Heimfahrt unsere ersten Eindrücke auf Tonband auf und gestalteten im Siemensforum eine Schülerradiosendung, die mehrmals ausgestrahlt wurde. Dieses Projekt erlang unter dem vom ÖKS ausgeschriebenen Titel „Geschichten aus Europa“ einen Hauptpreis.

Christa Stippinger

Auschwitz ist mein Mantel **Romakulturarbeit im Amerlinghaus**

Wer Ceija Stojka je begegnet ist, wer je mit ihr gesprochen hat, wer sie aus ihrem Leben erzählen hörte, wer ihre Bilder gesehen, ihre Bücher gelesen und ihre unglaubliche Lebenskraft und Lebensfreude erfahren durfte, kann gar nicht anders, als von ihr fasziniert zu sein. Ceija Stojka, die Romni vom Stamm der Lowara, ist eine der eindrucksvollsten Persönlichkeiten, die mir begegnet sind. Als ich sie im Amerlinghaus im März 1991 bei den Vorbereitungen zu ihrer aller ersten Ausstellung zum ersten Mal sah, als ich das Glück hatte von ihr und ihrer Familie als „Geischi“ vorbehaltlos angenommen zu werden, als ich immer mehr und mehr von ihr und über sie erfuhr, war mir klar, dass es bei dieser einen Ausstellung nicht bleiben durfte, dass es wichtig und notwendig war und ist, Ceija Stojka und ihre Kunst, die aufs Engste mit der Verfolgung der Roma verknüpft ist und diese spiegelt und reflektiert, aber auch über sie hinausweist, immer wieder zu präsentieren. Ich plante sehr bald, diese Frau, die heute noch die Nummer, die man ihr in Auschwitz eintätowierte, am Unterarm trägt und die sagt, „Ich bin stolz, eine Romni zu sein“, in immer neuen Ausstellungen vorzustellen und vor allem auch Schulklassen im Amerlinghaus mit ihr und ihrer Arbeit zu konfrontieren. Denn Ceija Stojka, die Zeitzeugin und Künstlerin, ist vor allem auch ein außergewöhnlicher Mensch. Wenn sie spricht, sind es oft ganz einfache Worte, einfache Sätze, aber wahrhaftig und unverstellt, offen und weise. Ich habe es mir angewöhnt, immer mit Notizbuch und Stift zu ihr zu kommen, um diese Sätze aufzuschreiben. Denn Ceija Stojka ist eine Poetin des gesprochenen Wortes. Eine unspektakuläre Dichterin, deren Worte viel vom Leben wissen und vom Tod. Aber vor allem vom Überleben und vom „trotz allem glücklich sein Wollen“.

Ein paar Jahre zuvor hatte ich mit einigen engagierten FreundInnen, Sozial- und KulturarbeiterInnen den Verein Exil gegründet, eine Institution, die nach 1991 Träger vieler Romaaktivitäten

im Amerlinghaus werden sollte, denn schon bald begann ich, einmal im Jahr die neuesten Bilder Ceija Stojkas in Ausstellungen zu zeigen, ihr Schaffen also regelmäßig zu dokumentieren. Mit einem großen Romafest im Hof des Amerlinghauses, immer am letzten Samstag im September als Auftakt, wurden von nun an jährlich ihre Aquarelle, Ölbilder und Tuschezeichnungen gezeigt. Und es ist unglaublich, wie sich die Malerin Ceija Stojka, die Autodidaktin, die erst im Alter von fast sechzig Jahren zum ersten Mal mit Pinsel und Wasserfarben zu hantieren begann, entwickelt hat. Ausgehend von naiven Darstellungen ihrer Kindheits-erinnerungen hat Ceija Stojka heute zu einem unerhört freien, sicheren Strich, zu Klarheit und Reduktion und zu beeindruckender Farbsicherheit gefunden. Mit ein paar Tuschelinien lässt sie Verfolgung, mit ein paar monochromen Pinselstrichen auf einer umgedrehten Postkarte die Steinbrüche von Auschwitz, mit ein paar Farbtupfern in Erd- und Grautönen die Internierten in Block 10 entstehen. Aufregende Bilder, die eine Öffentlichkeit brauchen und brauchen. Doch es schien mir wichtig, Ceija Stojka, ihre Kunst und Persönlichkeit und die Geschichte der Roma nicht nur einem Galerienpublikum, sondern vor allem auch SchülerInnen nahe zu bringen. Der Vormittag eines Malworkshops mit Ceija Stojka im Amerlinghaus begann und beginnt jeweils mit einer Führung durch ihre Ausstellung. Ceija Stojka führt die SchülerInnen von Bild zu Bild und erläutert und ergänzt. Sie erzählt vom Leben der fahrenden Roma, von ihrer tiefen Verbundenheit mit der Natur, aus der sie auch die Kraft zum Überleben schöpften. Ein Baum in Auschwitz, dessen Blätter sie aß, sagt sie, hätte ihr das Leben gerettet. Dies sei auch der Grund, warum sie ihre Bilder immer auch mit einem Zweig signiere. „Ich halte mich gern an einem Baum an.“, sagt Ceija Stojka, oder „Auschwitz ist mein Mantel, Bergen-Belsen mein Kleid und Ravensbrück mein Unterhemd.“

Als Kind zusammen mit ihrer Familie von den Nazis in drei Vernichtungslagern festgehalten, aus denen sie schließlich befreit werden konnte, hat diese Frau jungen Menschen heute unglaublich viel zu sagen. Und kaum ein Vormittag, an dem nicht zumindest die Hälfte der Klasse in den Bann ihrer Persönlichkeit, ihrer Direktheit, ihrer Offenheit und Überlebenskraft gerät. Oft scha-

ren sich die SchülerInnen eng um sie, rücken immer näher an sie heran, umarmen sie und bekunden ihr so ihre Betroffenheit. Ceija hat im Laufe der Jahre viele hundert SchülerInnen aus Sonderpädagogischen Zentren, Volks-, Haupt- und Mittelschulen durch ihre Ausstellungen geführt und immer wieder war ich begeistert von ihrer Fähigkeit, ihre Geschichte und die Geschichte ihrer Familie stellvertretend für die Geschichte der Roma hautnah und berührend zu erzählen, von ihrer Fähigkeit auch, die jungen Menschen im Innersten zu erschüttern und dann wieder aufzufangen. In den Malworkshops, die wir an die Führung anschließen, haben die SchülerInnen dann Gelegenheit, ihre Eindrücke zu verarbeiten. Ceija Stojka fordert sie auf, das, was sie an ihren Bildern oder Geschichten am meisten berührt, zu malen. Es entstehen die unterschiedlichsten Arbeiten. Sehr oft Nazisymbole, vor dunklem, bedrohlichen Hintergrund, oder Romawagen und Pferde, die den Wagen ziehen, Felder, Bäume, Früchte. Soldaten mit Gewehren, dunkle Vögel, blattfüllend, der Appellplatz, Stacheldraht, Schäferhunde, Wächter und Wächterinnen mit Peitschen und dann doch ein Sonnenaufgang oder ein Weg aus dem Dunkel. Ceija geht in ihrem weißen Malmantel von Tisch zu Tisch, spricht mit den SchülerInnen, hilft ihnen, malt auch selbst ein bisschen mit, bespricht die Arbeiten. Ein paar Wochen später werden dann die so entstandenen Bilder der SchülerInnen im Amerlinghaus ausgestellt und die SchülerInnen kommen noch einmal zu einem Romakinderfest, um Ceija Stojka ihre Eindrücke von der ersten Begegnung zu vermitteln, und um ihre eigenen Bilder in einer Ausstellung zu präsentieren.

Ceija Stojka war Anlass und Ausgangspunkt für alle weiteren Romaprojekte des Vereins Exil im Amerlinghaus. Für das große Romafest, für die Workshops mit Kesselschmieden und Musikern, für Konzerte von Romamusikensembles, RomadramatikerInnenworkshops, einen Romastückewettbewerb und Publikationen von Texten von RomaautorInnen in der edition exil. Seit 2001 hat der Verein Exil auch seine eigene Romatheatergruppe, das roma.theater.exil. Mehrere Produktionen wie die Komödien „Der Schnurrbart“, „Armer, reicher Zigeuner“, und „Cirvo, der Taufpate“ wurden im Amerlinghaus erarbeitet und gespielt und von dort ausgehend auch in Oberwart, in Bratislava und in meh-

rerer Städten und Schulen in Schweden für Abendpublikum und Schulklassen gezeigt. Jeweils im Anschluss an die eigentliche Vorstellung gab es Mitspielworkshops für SchülerInnen. Interessierte und Spielfreudige konnten eine Rolle auswählen, in das Kostüm der Figur schlüpfen und unter Anleitung der SchauspielerInnen eine Szene des Stückes nachspielen, das sie gerade gesehen hatten. Danach war Zeit für Diskussion und Gespräch mit dem Ensemble. Sehr oft kam es bei diesen Workshops – meist dann, wenn wir in Wien vor HauptschülerInnen spielten – zu aufregenden Entwicklungen. Romajugendliche, die bis dahin ihre Zugehörigkeit zum Volk der Roma verschwiegen hatten, „outeten“ sich jetzt plötzlich als Roma. Sie hatten die Sprache der Roma als Kunst-, als Bühnensprache erfahren und waren hier, vielleicht zum ersten Mal, stolz darauf, die den anderen fremde Sprache, ihre Muttersprache, das Romanes, zu beherrschen und über ein den anderen unbekanntes Volk, ihr Volk, Auskunft geben zu können. In Vorstellungen vor SchülerInnen in Bratislava kam es dagegen im Anschluss an die Aufführungen von „Cirvo, der Taufpate“ meist zu heftigen Diskussionen zwischen SchülerInnen und dem Ensemble. Der massiv vorgebrachte Hass gegen Roma, die starken Vorurteile, die den RomaschauspielerInnen in der Slowakei von GymnasiastInnen entgegenschlug, waren schockierend und lösten zudem mitunter Schreiduelle zwischen den SchülerInnen aus, motivierten aber auch die positiv denkenden SchülerInnen zu mehr Stellungnahme für die Roma. Kleine Ansätze, kleine Erfolge, die uns ermutigen weiter zu arbeiten.

Derzeit bereitet der Verein Exil mit seinem roma.klang.theater unter dem Titel „Auschwitz ist mein Mantel“ eine Hommage an Ceija Stojka vor, die Präsentation einer Komposition des Romakomponisten Koloman Polak. Denn auch Koloman Polak, der junge Rom aus der ostslowakischen Stadt Kosice ist, wie könnte es anders sein, fasziniert von Ceija Stojka, ihren Bildern, ihren Büchern, ihrer Persönlichkeit. Mit seiner Musik, zeitgenössischer Musik, schwieriger Musik, mit Musik für ein Streichquartett, Sopran, einen Chor und ein von ihm neu zusammengestelltes „Romaninstrumentarium“ will Koloman Polak, der erste und bislang einzige Rom, der an der Hochschule für Musik Komposition studiert, Ceija Stojka würdigen.

Ceija Stojka. Zeitzeugin, Malerin, Dichterin

Ceija Stojka wurde am 23. Mai 1933 in einem Dorfgasthof in Kraubath in der Steiermark in einer Familie fahrender Lowara, in einer Romafamilie geboren. Als Kind wurde sie mit ihrer Familie in die Konzentrationslager Bergen-Belsen, Ravensbrück und Auschwitz deportiert. Der Vater und der jüngste Bruder wurden von den Nazis ermordet. Zwei Brüder, zwei Schwestern, Ceija und die Mutter überlebten die Todeslager.

Nach dem Krieg nahm sie mit der Mutter das Leben der Fahrenden wieder auf. Doch mit dem Aufkommen der Traktoren war den Lowara, früher Pferdehändler, die Grundlage ihrer Existenz entzogen. Die Familie lebte nun in Wien, zuerst noch in Wohnwagen, später erst in einer Wohnung. Ceija arbeitete als Marktfahrerin und Teppichverkäuferin.

1988 schrieb sie ihr erstes Buch „Wir leben im Verborgenen“ (Picus Verlag, Wien), in dem sie als erste Romni von den unfassbaren Schrecken in den Lagern berichtete. Die Vernichtung der Roma und Sinti war bis dahin in der Aufarbeitung des Holocaust in Österreich kaum Thema gewesen. Das Buch trug maßgeblich bei zur Emanzipationsbewegung der Roma in Österreich. 1992 folgte ihr zweites Buch „Reisende auf dieser Welt“ (Picus Verlag). Ceija Stojka erzählt darin vom Leben der Roma nach den Lagern. 1988 hat sie zu malen begonnen. Seither sind ihre Bilder in zahlreichen Ausstellungen in Österreich, Deutschland, Polen, der Schweiz, Japan und in den USA gezeigt worden. 1993 erschien der Gedichtband „Meine Wahl zu schreiben – Ich kann es nicht.“ (Gedichte Romanes, deutsch) und Bilder im Verlag EYE (Lyrik der Wenigerheiten). Ceija Stojka lebt in Wien.

ROMA VEREINE**Kulturverein österreichischer Roma****Dokumentations- und Informationszentrum, Wien**

Adresse: Devrientgasse 1, 1190 Wien; Tel. +43/1/310 6421;

E-Mail: office@kv-roma.at

<http://www.kv-roma.at/>

Der Kulturverein österreichischer Roma wurde im Juni 1991 in Wien gegründet und erstreckt seine Tätigkeit über ganz Österreich. Gründer und Obmann des Vereins ist Prof. Rudolf Sarközi.

Sitz des Kulturvereins mit dazugehörendem Dokumentations- und Informationszentrum ist in 1190 Wien, Devrientgasse 1. In einer frei zugänglichen Ausstellung ist die Geschichte der Roma zu besichtigen.

Die Aufgaben und Ziele des Kulturvereins bestehen in der Verbesserung der sozialen und politischen Stellung der Roma, Neubelebung und Förderung der Kultur und Sprache, Herausgabe einer Informationszeitung, von Broschüren und Publikationen, Kommunikation und Information in der Öffentlichkeit, Organisation von Veranstaltungen. Der Kulturverein österreichischer Roma ist Herausgeber der Zeitung „Romano Kipo“, sie erscheint viermal jährlich für jeden Interessierten und soll politische und gesellschaftliche Inhalte der Volksgruppe Roma und der Mehrheitsbevölkerung, ein Miteinander von vielen Themen, darstellen. Primäre Aufgaben sind die Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte, insbesondere die Verfolgung und Vernichtung der Roma und Sinti in der NS-Zeit. Ein besonderes Anliegen ist die Erhaltung, Pflege und Errichtung von Gedenkstätten, Mahnmalen und Gedenktafeln im In- und Ausland, die an die Opfer des NS-Regimes erinnern (Auschwitz, Mauthausen, Lackenbach, Buchenwald u.a.m.).

Der Kulturverein ist Mitglied nationaler und internationaler Organisationen und Vereine, z.B. DÖW, ÖVZ, FUEV, Internationaler Rat zum Gedenken der Vernichtung der Roma.

Dass die österreichischen Roma eine anerkannte Volksgruppe

sind, ist ein wesentliches Verdienst des Kulturvereins und dessen Obmann Prof. Rudolf Sarközi, der zugleich Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma im Bundeskanzleramt ist. Mit der Anerkennung als Volksgruppe und durch die Bildung des Volksgruppenbeirates steht der Volksgruppe erstmals ein eigenes Gremium zur Verfügung, das sich der Förderung und Vertretung der Interessen der Volksgruppe in Österreich widmet. Seit September 1997 ist Andreas Sarközi, der Sohn von Prof. Sarközi als Sekretär im Kulturverein österreichischer Roma tätig.

Romano Centro

Hofmannsthalgasse 2/19, 1030 Wien; Tel. +43/1/749 63 36

E-Mail: office@romano-centro.org

<http://www.romano-centro.org>

Das Romano Centro, wurde 1991 gegründet und steht allen Roma und Unterstützungsmitgliedern offen. Es

- hilft Mitgliedern bei behördlichen Angelegenheiten
- bietet kostenlose Beratung in sozialen und ausländerrechtlichen Belangen
- wehrt sich gegen Rassismus und Diskriminierung in konkreten Fällen und in der Öffentlichkeit
- bietet Lernhilfe für Romakinder und beschäftigt Roma-SchulassistentInnen
- vertritt die Interessen der Roma bei Internationalen Konferenzen
- pflegt Kontakte zu Romaorganisationen auf der ganzen Welt
- veranstaltet kulturelle Events
- bemüht sich um Hilfe für Roma in den Nachbarländern
- vermittelt Musikgruppen / Musiker
- besitzt eine umfangreiche Bibliothek
- gibt vierteljährlich die Zeitschrift „Romano Centro“ heraus
- produzierte Radio Romano Centro
- berät und informiert Lehrpersonal, Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Journalisten, Schüler, Studenten und alle Interessenten

Projekte

Lernhilfe für Roma-Kinder

Im Rahmen des Projektes wird Roma-Schulkindern seit 1995 zu Hause kostenlose Lernhilfe erteilt. Sie werden in der Regel einmal pro Woche von StudentInnen der Pädagogik, Psychologie, Ethnologie oder der Sozialakademie betreut. Den Kindern wird damit ein erfolgreicher Schulabschluss erleichtert.

1996 wurde Romano Centro für dieses Projekt mit dem Integrationspreis des Wiener Integrationsfonds und der Tageszeitung DER STANDARD „für das beste Integrationsprojekt im Bereich des alltäglichen Zusammenlebens“ ausgezeichnet.

Roma-AssistentInnen

Seit September 2000 beschäftigt Romano Centro Roma-SchulassistentInnen in ausgewählten Wiener Schulen, die von vielen Romakindern besucht werden. Das Projekt wird vom Wiener Integrationsfonds und dem Unterrichtsministerium unterstützt. Die Roma-SchulassistentInnen vermitteln zwischen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern. Sie motivieren und begleiten die Kinder im Unterricht, helfen den LehrerInnen bei Verständnisschwierigkeiten und bemühen sich, den Eltern den Zugang zur Schule zu erleichtern. Auf Grund ihrer muttersprachlichen Kenntnisse haben die SchulassistentInnen für die Kinder eine identifikationsstiftende Funktion und stehen den Eltern als Vertrauenspersonen – mit Verständnis für den kulturellen und traditionellen Background – zur Verfügung.

Zeitschrift

Seit Juni 1993 gibt Romano Centro eine Zeitschrift in Romanes und Deutsch heraus, die in einer Auflage von rund 1.600 Stück vierteljährlich erscheint und an Mitglieder des Vereines im In- und Ausland versendet wird. Informiert wird über nationale und internationale Ereignisse, aktuelle Themen werden zum Teil auch durch Gastautoren behandelt. Roma-Literatur, Terminankündigungen und Rezensionen von neuen Publikationen von und über Roma ergänzen die umfangreiche Berichterstattung.

Musikgruppen, Musiker, Musikerinnen

Ruzsa Nikolić-Lakatos and the Gypsy Family

Moša Sisic

Pera Petrovic

Ljube Radosavljevic

Harri Stojka

Samer Band

Verein Roma Oberwart

Spitalgasse 4, 7400 Oberwart; Tel. +43/3352/33059

E-Mail: office@verein-roma.at

<http://www.verein-roma.at>

Der Verein Roma wurde 1989 als erster Roma-Verein Österreichs gegründet mit dem Ziel, die vielfach unbefriedigende Lebenssituation der Volksgruppe nachhaltig zu verbessern. Dies soll ermöglicht werden durch die Verbesserung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Situation der Roma, die Förderung der gesellschaftlichen Integration der Volksgruppe und des kulturellen Austausches zwischen Roma und Nicht-Roma, der Förderung der Ausbildungs- und Berufschancen der Roma, v.a. durch gezielte Jugendarbeit und Lernbetreuung, die Förderung der kulturellen und sprachlichen Identität der Volksgruppe, eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, um auf die Probleme, Anliegen und Initiativen der Volksgruppe aufmerksam zu machen, sowie die Pflege von Kontakten mit anderen Roma-Vereinen in Österreich und in der ganzen Welt.

Projekte

Lern- und Freizeitbetreuung

Seit seiner Gründung war es eines der Hauptziele des Verein Roma, den Kindern und Jugendlichen der Volksgruppe eine bessere schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Ausgehend von der Erfahrung, dass die hohe Arbeitslosigkeit unter den Roma in erster Linie auf Defizite im Bildungsbereich zu-

rückzuführen ist, wurde bereits 1989 mit dem Aufbau einer außerschulischen Lernbetreuung begonnen. Unter der Leitung einer Hauptschullehrerin und eines muttersprachlichen Betreuers werden die Kinder als Ergänzung zum schulischen Unterricht beim Abfassen ihrer Hausarbeiten und beim Erlernen des jeweiligen Unterrichtsstoffes unterstützt. Eine Sozialpädagogin und ein muttersprachiger Lernbetreuer unterstützen die Kinder in drei Gruppen täglich nachmittags bei deren Hausaufgaben und Schularbeits- bzw. Prüfungsvorbereitungen. Die Lernbetreuung findet in der Roma-Beratungsstelle in Oberwart statt, um den Kindern, die zu Hause aufgrund der beengten Wohnverhältnisse keine Rückzugsmöglichkeiten vorfinden, ein konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen. Zur Zeit werden fast 40 Roma-Kinder der Volks- und Hauptschulen betreut.

Projekt – Individuelle Lernhilfe für Schüler Höherer Schulen

1997 konnte in Kooperation mit der Burgenländischen Volkshochschule – Regionalstelle Süd in Oberwart ein weiteres Lernhilfeprojekt für Schüler der Höheren Schulen gestartet werden und läuft mit großem Erfolg.

Erfolgreiche Bilanz

Seit dem Start der Initiative kann eine beeindruckende Bilanz gezogen werden: immer mehr Roma-Kinder besuchen mittlere und höhere Schulen.

Diese Erfolge beweisen eindrucksvoll, dass Roma-Kinder – entgegen einem gängigen Vorurteil – bei entsprechender Förderung ebenso gute schulische Leistungen erbringen können, wie Nicht-Roma-Kinder.

Roma-Beratungsstelle

Beinahe gleichzeitig mit der Vereinsgründung wurde eine Beratungsstelle für Roma eingerichtet, die für das gesamte Burgenland zuständig ist. Eine Sozial- u. Berufspädagogin ist in diesem Projekt beschäftigt. Arbeitslose Roma, Berufsumsteiger, Roma, die Weiterbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen besuchen wollen, Lehrstellensuchende, aber auch Roma, die im sozialen Bereich sowie im Lebensalltag Probleme haben, werden in der Beratungsstelle betreut.

Sprachprojekt

Das Roman, die mündlich tradierte Sprache der Burgenland-Roma, war bis vor einigen Jahren eine kaum bekannte Minderheitensprache, deren Gebrauch auch innerhalb der Volksgruppe stetig zurückging.

Um diesem drohenden Sprachtod und dem damit verbundenen Identitätsverlust entgegenzuwirken, wurde ein Projekt unter Leitung von Dr. Dieter Halwachs, Institut für Sprachwissenschaften der Universität Graz, gestartet. Es vereint Sprachwissenschaftler und Mitarbeiter der Volksgruppe im gemeinsamen Bemühen, Grundlagen für die Verschriftlichung des Roman zu erarbeiten. Mit der Verschriftlichung des Roman, basierend auf einer Grammatik und einem Wörterbuch sowie der Erstellung von Text- und Lehrmaterialien ist der wichtigste Grundstein für einen systematischen Roman-Unterricht und damit für den Erhalt der Sprache gelegt worden. Die im Rahmen des Sprachprojekts geleistete Arbeit führte zu einem verstärkten aktiven Gebrauch des Roman in der Volksgruppe, der auch durch eine Reihe Publikationen, wie die seit 1998 erscheinende Vereinszeitung „Romani Patrín“ und die Kinderzeitschrift „Mri tikni Mini Multi“ sowie die wöchentliche Radio-Sendung „Romani Ora“ zum Ausdruck kommt.

Jugendtreff

Der Jugendtreff wurde 1995 auf Initiative der Katholischen Arbeiterjugend und des Verein Roma gegründet. Er hat das Ziel, Roma- und Nicht-Roma-Jugendlichen eine Plattform für regelmäßige Kontakte und gemeinsame Aktivitäten zu bieten.

Die Treffen finden regelmäßig in Oberwart statt. Neue Mitglieder sind jederzeit willkommen!

Publikationen

ROMANI PATRIN – Zweisprachige Zeitung für Geschichte, Sprache & Kultur der Roma

Romani Patrín ist die vierteljährlich erscheinende Zeitung. Sie ist zweisprachig (Deutsch und Roman) und wendet sich an Mitglieder und Interessenten. Erhältlich beim Verein Roma.

Weitere aktuelle Publikationen zu Romathemen finden sich auf der homepage des Vereins <http://www.verein-roma.at/>

Roma-Service, Kleinbachselten

Emmerich Gärtner-Horvath, Josef Horvath, Mag. Ursula Glaser, Christine Wassermann, Mag. Michael Wogg, Mag. Michael Teichmann

Kleinbachselten 53, 7511 Mischendorf; Tel.: +43/3366/78634 od. 0650/4276062

E-Mail: roma-service@aon.at

www.roma-service.at

Gegründet wurde der Verein Anfang 2004. Er hat das Ziel, die Kultur der Burgenland-Roma zu fördern, zu bewahren und zu dokumentieren. Im Zentrum seiner Aktivität steht der Erhalt des Roman, des Romani-Dialekts der Burgenland-Roma. Roma-Service nimmt sich des Bereiches an, der für die Zukunft der Volksgruppe eine große Bedeutung hat.

Sprache als bestimmender Identitätsfaktor

Das Roman wird von ihren Mitgliedern als bestimmender Faktor der inneren und äußeren Identität der Volksgruppe angesehen. Roma-Service hält daher die Bewahrung, Belebung und Weitergabe des Roman für die langfristig vielversprechendste Strategie, der Diskriminierung und Segregation, letztlich dem Verschwinden der Roma im Burgenland entgegenzuwirken. Die in den vergangenen Jahren geleistete Vorarbeit zur Sprache und zur mit dieser untrennbar verbundenen Tradition der burgenländischen Volksgruppe soll mit konkreten, in umfassende Konzepte eingebundenen Projekten zu möglichst starker Folgewirkung gebracht werden. Die Arbeitsschwerpunkte von Roma-Service liegen folglich im Romaunterricht, sowie auf der Erweiterung der romansprachigen Textbasis durch Veröffentlichungen und Übersetzungen. Kooperationen mit den bestehenden Roma-Vereinen sowie mit Organisationen im In- und Ausland ergänzen die Bestrebungen nach einer Emanzipation der Volksgruppe im nationalen wie internationalen Zusammenhang, wobei letzteres durch die bevorstehende EU-Erweiterung dramatisch an Bedeutung gewonnen hat.

Roman-Unterricht

Erster und wichtigster Schwerpunkt der Vereinsarbeit ist der Schulunterricht. Im Einklang mit dem Volksgruppengesetz, dem Schulunterrichtsgesetz und in enger Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen und Interessenvertretungen, vor allem aber den in Frage kommenden SchülerInnen und Eltern, plant Roma-Service, den Bedarf an Roman-Unterricht zu erheben und überall dort, wo er besteht, zu decken. Bereits in Vorbereitung ist Roman-Unterricht am zweisprachigen Gymnasium Oberwart und an der Universität Graz. Schon im Herbst 2004 soll zumindest in Oberwart an Grundschulen mit dem Unterricht begonnen werden. Ein wesentliches Anliegen ist die Einbeziehung aller im Burgenland und auch außerhalb davon lebenden Roma, die in irgendeiner Weise mit dem Roman verbunden sind. Roma-Service will daher im kommenden Jahr von seinem Büro in Kleinbachtal aus die Unterrichtsaktivitäten auf weitere Gemeinden ausdehnen. Das erfordert spezielle Unterrichtsmodelle, die so rasch wie möglich erarbeitet und erprobt werden müssen. Daneben werden nach Möglichkeit alle weiteren Initiativen zur Förderung des Roman unterstützt.

Übersetzungen und Veröffentlichungen

Die romansprachliche Textbasis kontinuierlich zu erweitern ist das zweite Hauptziel von Roma-Service. Dieser Bereich ist eng mit dem Schulunterricht und mit der Erweiterung des schriftlich verwendbaren Wortschatzes verbunden. Als erstes großes Vorhaben wurde, in Zusammenarbeit mit dem „Referat für Ethnische Gruppen“ der Diözese Eisenstadt und einer Gruppe von LehrerInnen, bereits die Übersetzung, Gestaltung und schrittweise Veröffentlichung einer Kinderbibel in Angriff genommen. Bis Ende 2005 soll in Form von illustrierten Heften ein Querschnitt durch das Alte und Neue Testament vorliegen. Weiters wurde die Zeitschrift DROMa konzipiert, deren erste Ausgabe schon erschienen ist. DROMa dient nicht alleine der Information, sondern hat als Experimentierfeld eine Reihe weiterer, vor allem sprachlicher Aufgaben zu erfüllen.

Unmittelbar auf den Schulunterricht bezogen ist „Mri Tikni

Mini Multi“, die volksgruppenübergreifende Kinderzeitung, deren Weiterführung Roma-Service übernommen hat.

Kooperationen

Der dritte Tätigkeitsbereich von Roma-Service steht vor allem unter dem Zeichen der EU-Erweiterung. Besonderes Augenmerk liegt auf der Vertiefung und Erweiterung der bestehenden Kontakte in die benachbarten Länder Slowenien, Ungarn und Slowakei. Ziel ist, neben dem Austausch von Erfahrungen, die Einarbeitung und Umsetzung gemeinsamer Vorhaben, wobei die Ergebnisse vor allem den Kindern und Jugendlichen im Unterricht zugute kommen sollen. So arbeitet Roma-Service bereits an einem EU-Projekt mit, das unter anderem Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Personen schaffen wird, die mit jungen Roma arbeiten.

Auch ein Austauschsystem für Roma-Jugendliche aus verschiedenen Ländern ist geplant. Selbstverständlich wird Roma-Service, neben der Zusammenarbeit mit der Universität Graz und den österreichischen Roma-Vereinen, nach Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Interessensvertretungen, Institutionen und Organisationen suchen.

Romani-Projekt

Am Institut für Sprachwissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz

Es handelt sich bei diesem von den Betroffenen selbst initiierten Vorhaben weder um ein rein wissenschaftlich-akademisches Projekt noch um folkloristisch-sprachpflegerische Zwangsbeglückung, sondern um auf wissenschaftlicher Basis durchgeführte Arbeiten im Auftrag der Volksgruppe, die dem Sprachtod entgegenwirken und damit zum Kultur- und Identitätserhalt beitragen. Aufgrund dieser Ausrichtung hat sich das Romani-Projekt kontinuierlich von einem sprachwissenschaftlichen Projekt zu einer kulturwissenschaftlichen Serviceorganisation gewandelt. Das ist u. a. der Grund dafür, dass auf den Seiten von <http://romani.uni-graz.at/romani/> neben dem Kernbereich Linguistik

auch die Bereiche Unterricht, Bibliographien, Journale und Radio geboten werden.

Es versteht sich als Beitrag zum Kultur- und Identitätserhalt durch Kodifizierung und Didaktisierung der sprachlichen Varianten der österreichischen Roma. Aufgrund des Assimilationsdrucks ist das in Österreich durch mehrere Varianten repräsentierte Romani, das zum indo-arischen Zweig der indoeuropäischen Sprachen zu rechnen ist, vom Sprachtod bedroht. Nicht nur aus Sicht der Sprecher ist deshalb die Kodifizierung Voraussetzung dafür, dass die Wahrscheinlichkeit des Sprachverlusts und damit des künftigen Sprachtods verringert wird. Das ROMANI-Projekt wird primär aus Mitteln der Volksgruppenförderung finanziert.

Ein weiteres Projekt ist ROMLEX. Dessen Ziel ist die Erstellung eines multidialektalen und multilingualen Wörterbuchs des Romani, das die lexikalische Vielfalt dieser mittlerweile zahlenmäßig größten Minderheitensprache der EU möglichst umfassend dokumentiert. ROMLEX bietet Übersetzungen ins Deutsche, Englische und – abhängig von der jeweiligen Romani-Variante – auch in andere europäische Sprachen. Die Datenbank dokumentiert sowohl die dialektale Varianz als auch den Allgemeinwortschatz des Romani. Das Projekt wird an der Universität Graz (Österreich), der Universität Manchester (Großbritannien) sowie der Universität Aarhus (Dänemark) durchgeführt und vom Open Society Institute und aus Mitteln der Volksgruppenförderung finanziert. Alle Aktivitäten von ROMLEX finden sich auf: <http://romani.kfunigraz.ac.at/romlex/>

ROMBASE (<http://romani.uni-graz.at/rombase/>) schließlich bietet Informationen zur soziokulturellen und soziohistorischen Situation der Roma, einer europäischen Nation ohne eigenen Staat, deren Mitglieder landläufig unter der pejorativen Bezeichnung „Zigeuner“ bekannt sind. Durch die Bereitstellung gut recherchierter Materialien leistet ROMBASE einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen, Stigmatisierung und Diskriminierung. Weiters trägt ROMBASE zur Verbesserung des Unterrichts für und über Roma bei, indem es Jugendlichen und Lehrern die Möglichkeit bietet, sich auf seriöse Art und Weise mit Kultur und Geschichte auseinander zu setzen. Das Projekt wurde mit Unterstüt-

zung der Europäischen Union im Rahmen des Sokrates Programms (87757-CP-1-2000-1-AT-Comenius-C2) durchgeführt. Die österreichischen Aktivitäten wurden aus Mitteln der Volksgruppenförderung finanziert.

Verein Ketani, Linz

Fadingerplatz 5, 4030 Linz, Tel. 0732 31 84 31
verein.ketani@aon.at

Der Verein wurde 1998 von Gitta Martl und ihrem Bruder Albert gegründet. Die Vereinstätigkeit reicht von Arbeitsplatzbeschaffung bis zu Campingplatzbetreuung, Häftlingsbesuchen in diversen Gefangenenhäusern, Flüchtlingsbetreuung für Roma aus Ex-Jugoslawien, kulturelle Veranstaltungen, Lernbetreuung für die Kinder, sowie Sprachunterricht. Ein besonderes Anliegen ist dem Verein auch die Unterstützung bei der Suche nach der eigenen Identität. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet das Thema Zwangsarbeit. Es wurden hunderte Anträge ausgefüllt. Dazu waren Recherchen in Berlin, der Schweiz und in Polen notwendig. Unter anderem wird mit folgenden Institutionen zusammengearbeitet: IOM Wien, IOM Schweiz, Versöhnungsfonds Wien, Nationalfonds Wien.

Mit der Organisation ESRA Wien (psychosoziales Zentrum, das medizinische, therapeutische und sozialarbeiterische Versorgung für Opfer der Shoah und deren Angehörige anbietet) besteht ein Projekt, in dessen Rahmen die seelischen Leiden der Roma und Sinti, die den Holocaust überlebt haben, aufgearbeitet werden, aber auch den Nachkommen der zweiten und dritten Generation Hilfe angeboten wird.

Erfolgreich wurde auch über den Einsatz von Roma und Sinti in Filmprojekten von Leni Riefenstahl recherchiert. Riefenstahl konnte mit neuen, sie schwer belastenden Aussagen einer Zeitzeugin konfrontiert werden. Das hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Artikel und Berichte über Leni Riefenstahl in der Süddeutschen Zeitung, im Linzer Korrekt, im Guardian, Bayerisches FS und ZDF, erschienen sind. Sie darf jetzt nicht mehr sagen, dass sie alle Statisten nach dem KZ wieder gesehen hat.

Gipsy-Info und Gipsy-Radio

Marktgasse 45/R4, 1090 Wien, Tel. +43/27490905

www.gipsyradio.com

Info@gipsy-info.com

Das Web-TV und Web-Radio sendet 24 Stunden täglich fünfsprachig Reportagen aus dem Leben der Roma, (live) Musik und kulturelle Informationen.

Gipsy-Radio veranstaltet mehrsprachige Diskussionen auf öffentlichen Plätzen, die interaktiv im Netz mitverfolgt werden können. Rund um den Globus erfüllt Gipsy-Radio Musikwünsche mit der eigenen Gipsy-Radio-Band und stellt Kontakte zu anderen Radiostationen her.

Gipsy-Radio ist eines der spannendsten politischen Projekte in Sachen Grenzüberschreitung. Es entwickelt sich hier eine wirklich kosmopolitische Plattform für Kommunikation, Information, Politik und Kultur.

Es gibt kaum eine Gruppe in der Bevölkerung, die von der Mehrheitsgesellschaft mit einer derartigen Dunstwolke aus Klischees, Vorurteilen und sexualisierten Bildern umgeben ist wie die der „Zigeuner“. Schon im Namen, den die „Ansässigen“ den Roma oder Sinti gegeben haben, klingt der „Gauer“ mit und selbst aufgeklärt Linksliberale fühlen sich von ihrer Anwesenheit bedroht und beschmutzt.

„... es ist wie bei jeder Brücke, man kann sie nicht alleine bauen...“

(Gipsy Radio)

Was in der Rede von Branislav Nikolić, Gründer von Gipsy-Info, dem Verein zur Erhaltung und Förderung der Roma Kultur und Sprache, so harmlos und immer freundlich als „Brückenbau“ und „Kommunikation“ daherkommt, ist in Wirklichkeit ein Wagnis, da traditionelle Borniertheiten in beide Richtungen – ja auch in Bezug auf die eigene community – angetastet werden. Es ist dieses Hin-und-her-Zappen zwischen dem Spiel mit den Klischees („Zigeuner“ machen Musik, tanzen ohne Schuhe und sind fröhlich) und dem radikalen Bruch mit Bildern und Zuschreibungen, dem Wissen um die Armut und der Absage an das ewige Bild des „armen, bettelnden Zigeuner“. Es ist dieses lebensprak-

tische Umgehen mit Widersprüchen, das Gipsy-Radio eine über das konkrete Anliegen hinauswachsende politische Dimension verleiht.

Roma verlassen ihre Wohnorte nicht aus nostalgischer Romantik, sondern aus Not. Die meisten europäischen AsylwerberInnen sind nur auf den ersten Blick RumänInnen, KroatInnen, BosnierInnen; sie sind meist Roma, Fremde in ihrer „eigenen“ Heimat. Gerade im zerfallenden Jugoslawien gerieten im Krieg viele zwischen die Fronten und flohen.

Doch statt immer wieder den (nachvollziehbaren) Opferstatus zu beschwören und sich selbst als Opfer zu erleben, wird in den Beiträgen von Gipsy-Radio gerade das, was tatsächlich das Leben der Roma erschwert – die Diaspora, die Heimatlosigkeit, das erzwungene Jonglieren mit verschiedenen Identitäten, das Fehlen einer nationalen Vertretung – auch als Stärke eines kosmopolitischen Denkens erkannt. Es gibt keinen „Kampf“ für ein Vaterland oder ein „nationales Selbstbestimmungsrecht“ etc., sehr wohl aber für das Recht, „das zu leben, was ich eben bin – ein Zigeuner“, und als solcher ein Recht auf Integration zu haben.

Gerade das Internet bietet sich für die Politik der radikalen Grenzüberschreitung an, da es das bekannte (fiktive) Bild surfender, an nationale Grenzen nicht gebundener Nomaden produziert und positiv besetzt. „Roma gibt es überall auf der Welt. Egal wo man ist, in dem Moment, wo es ein Internet gibt, hat man die Möglichkeit Roma Radio- und Fernsehen zu empfangen.“ (Nikloic)

Trotz einer einmaligen Zuwendung des Integrationsfonds und dem „unbedingten Interesse“ an diesem Projekt seitens der Bezirksvorstehung Wien-Alsergrund, steht das Gipsy-Radio vor dem Aus: Eine in Aussicht gestellte Förderung des Bundes wurde zurückgezogen, nun können die Betreiber die Miete für ihr Lokal nicht mehr bezahlen.

REZENSIONEN

Ludwig Laher (Hg.)

Uns hat es nicht geben sollen

Rosa Winter, Gitta und Nicole Martl. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen

Edition Geschichte der Heimat, Grünbach 2004. 161 Seiten

Ich bin, ohne es zu wissen, vor elf Jahren in eine Gegend gezogen, die einst ein Zigeuneranhaltelager vorrätig hielt, letzte Station der autochthonen oberösterreichischen Sintibevölkerung vor der Ermordung im Lodzer Ghetto oder in den Gasautobussen von Chelumno. Durch Andeutungen älterer Damen am Ort wurde ich mit den Geschehnissen vor gut sechzig Jahren bekannt gemacht, sie sind wesentlicher Teil meines Romans „Herzfleiscentartung“ (vgl. schulheft 106, S. 123 – 131), der seit 2001 bei Haymon in mehreren Auflagen erschien und im Mai 2005 bei dtv auch als Taschenbuch aufgelegt werden wird.

Wer im Lager St. Pantaleon-Weyer – idyllisch gelegen im südwestlichen Innviertel – interniert war, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, hatte keinerlei Überlebenschance, der Heimatgau des Führers war konsequent. Nur ein paar jener oberösterreichischen Sinti, die auf der Reise in anderen Regionen Österreichs von Himmlers Festsetzungserlass überrascht wurden, überlebten mit Glück Salzburg-Maxglan, Lackenbach, Hopfgarten, Ravensbrück, Auschwitz, Buchenwald etc. Bei meinen Recherchen für „Herzfleiscentartung“ lernte ich eine solche Frau kennen. Ihre gesamte Familie, die Eltern, elf Geschwister, Großeltern, Onkel, Tanten, Cousins und Cousinen (bis auf zwei) wurden Opfer des Genozids.

Rosa Winter, eine weise Frau, hat nie lesen und schreiben gelernt, aber erzählen. Sie hat eine unmittelbar nach dem Krieg geborene Tochter, Gitta Martl, die sich mit großem Engagement für die winzig gewordene, seit 1993 endlich anerkannte Volksgruppe engagiert. Frau Martl wiederum ist selbst Mutter einer Tochter Mitte zwanzig, die als selbstbewusste Sintiza Jus studiert. Diese drei Frauen haben mir eine unbekannt Welt in nächster Nähe er-

öffnet, persönliche Erfahrungen waren das, Erlebnisse, Einblicke in eine aus dem Sanskrit hervorgegangene Sprache, in eine kulturelle Wertewelt, die sich erheblich von der anderer ÖsterreicherInnen unterscheidet.

Nun haben drei Generationen Sintifrauen ein außerordentliches Buch vorgelegt. Mir ist die Ehre zugefallen, es herauszugeben und im Falle Rosa Winters die Erzählungen zu transkribieren. Nichts ist verändert an diesen Äußerungen, sie wurden nur behutsam in eine chronologische Reihenfolge gebracht. In ihrer Ausführlichkeit ist es nach meinem Wissen die umfangreichste publizierte Lebensgeschichte einer österreichischen Sintiza der Opfergeneration von 1939 bis 1945. Wir erfahren u.a. von einer glücklichen Kindheit in schwerer Zeit, von der Lagerhaft in Salzburg-Maxglan, wo ihre erste Schwester starb, von ihrem Filmstatistendasein für Leni Riefenstahl, das mit der Deportation nach Ravensbrück endete, von Sadismen und Zeichen der Menschlichkeit im KZ, von der abenteuerlichen Rückkehr ins geliebte Österreich, dessen Boden sie beim Überqueren der Grenze küsste, von der Weigerung eben dieses Österreich, ihr die Staatsbürgerschaft zurückzugeben, sie als Opfer des NS-Regime anzuerkennen, vom alltäglichen Kampf einer traumatisierten Restminderheit gegen die Bürokratie und davon, wie sie schließlich ihren sieben Jahrzehnte getragenen Namen abgeben musste, um in den Neunzigern doch wieder Österreicherin werden zu dürfen.

In seiner Haltung ist dieser Text ein unschätzbares Dokument eines – nicht einmal ausdrücklich beabsichtigten – Zugehens der Opfer auf die Nachkommen der Täter und der Ignoranten. Es wird im besten Sinne des Wortes berichtet, Manta (so Frau Winters Sintiname) buhlt weder um Mitleid, noch legt sie den geringsten Wert darauf, sich in Anklägerpositur zu werfen. Es war, wie es war, sagt sie uns. Nichts wird ausgespart, und die sparsamen Einsprengsel von dem, was sie gespürt hat dabei, wirken umso eindrücklicher nach. Nebenbei ist ihre Geschichte ein erfrischend aufklärerischer Text, freilich völlig ohne den erhobenen Zeigefinger. Die Erzählerin biedert sich nirgends an, und wenn sie die Leser teilhaben lässt an der selbstverständlichen Umgebung gesetzlicher Auflagen in gewissen Abschnitten ihrer Biographie, so stets im Bewusstsein, dass Gesetze eigentlich dazu da

sind, das Zusammenleben der Menschen zu befördern, nicht dazu, gewisse Gruppen von vornherein außerhalb des Gesetzes anzusiedeln, ihnen Staatsbürgerschaft, Gewerbescheine, oft genug Bildung, ja sogar den Aufenthalt prinzipiell zu verweigern, in den ganz schlechten Zeiten sogar das Recht zu leben. Und selbst soll man dann nicht schwarz über die Grenze gehen und für aus den Fingern gesogene Wahrsagereien Geld nehmen?

Gitta Martl, das Kind zweier Menschen, die in den Monaten der Geburt dieser Tochter feststellen mussten, dass alle ihre Lieben tot waren, die selbst noch die gesundheitlichen Folgen der Qualen an Körper und Seele mit sich schleppten und den Nachkommen zwangsläufig vererben mussten, auch wenn sie nur wenig darüber sprachen, hat ihre Geschichte auf eindringliche Weise selbst niedergeschrieben. Eine höchst lebendige Schilderung, eine Liebeserklärung an die Eltern ist daraus geworden, die ihren Kindern trotz alledem Geborgenheit, Zuneigung, Lebenstüchtigkeit und Optimismus vermittelt haben. Nicht zufällig nimmt Gittas Kindheit so viel Gewicht in ihrem Beitrag ein. Wie schwer es ihre Generation freilich hatte, sich freizuspüren, sich vom Mühlstein des Genozids loszuknüpfen, der Mehrheitsbevölkerung halbwegs unbefangen gegenüberzutreten, anzunehmen, dass sie einer Kultur angehörte, die auf dem Prinzip der Großfamilie fußte, stets gereist war und jetzt wie bei anderen aussterbenden Arten unter den Ihren kaum mehr Partner fand, es lässt sich ohne große Mühen aus ihrem Text indirekt entschlüsseln. Auch Gitta kommt ohne große Vorhalte aus, bleibt vornehm und beschämt mich dennoch, ohne es zu wollen, wenn ich bedenke, dass ich längst ein erwachsener Mann war, als sie für ihre alte Mutter aus Königswiesen im Mühlviertel um die selbstverständlichsten Dinge kämpfen musste, um Staatsbürgerschaft und Opferrente zum Beispiel. Ich war damals schon lange – mit allem Recht – gegen die US-Verbrechen in Vietnam und den Putsch in Chile auf die Straße gegangen, ich hatte gerade ein Buch über Grenada veröffentlicht, wo ich mich eine Zeitlang aufgehalten hatte und aus nächster Nähe erfuhr, wie man einem unbotmäßigen Volk übel mitspielen konnte. Ich konnte um 1990 über jede Menge Details karibischer Geschichte referieren, von den aktuellen Kämpfen meiner engsten Landsleute hatte ich keinen Schimmer.

Und da ist Gott sei Dank Nicole, Gott sei Dank deswegen, weil die meisten der wenigen Bücher und Artikel über Sinti und Roma entweder den Holocaust thematisieren oder den deprivierten, verelendeten Roma der Ostslowakei, des Kosovo etc. gelten. So wichtig das alles ist – der Verein Ketani, für den Gitta und Nicole arbeiten, ist selbst in der Flüchtlingsbetreuung tätig – , der nur am Rande interessierte Durchschnittsbürger gerät auf diese Weise in eine Informationsschieflage. Was er kaum erfährt, ist zum Beispiel, wie junge, aufgeschlossene österreichische Sinti und Roma, die eben nicht als Flüchtlinge erst vor kurzem ins Land kamen, leben und denken. Nicole Martl ist, ich gebe es gern zu, natürlich insofern ebenfalls atypisch, weil Studium und selbstverständliches Bekenntnis zu den kulturellen Traditionen der Sinti für junge Leute ihrer Generation immer noch bzw. leider schon die Ausnahme sind. Sie versteht es, unaufgeregt und präzise zu reflektieren, was bleiben wird, worum es sich noch zu kämpfen lohnt, was unwiederbringlich verloren ist. Sie ist Realistin genug, das mögliche Aufgehen der autochthonen Sinti in der Mehrheitsbevölkerung Österreichs binnen zweier Generationen in Betracht zu ziehen. Aber es fällt auch dieser Frau nicht im Traum ein, resigniert zu klagen. Sie sieht klar, was immer noch möglich wäre, würden die Roma und Sinti die herrschende Bildungslogik unserer modernen Informationsgesellschaft nicht mehrheitlich als Entfremdung begreifen und eher ablehnen, sondern sich des Instruments Bildung offensiv zu bedienen, um völlig ohne noch so freundlichen Beistand Wohlmeinender ihre Sache selbst zu vertreten. Und schließlich ist da ja das neue Europa, nicht nur eines der Konzerne, sondern auch eines der rund zehn Millionen Roma und Sinti in den verschiedensten Ländern. Vielleicht steht Nicoles Generation, aus diesem Blickwinkel betrachtet, nicht am Anfang vom Ende, sondern am Anfang einer großen Herausforderung: Europa beizubringen, dass es innerhalb seiner Grenzen mehr Roma und Sinti als Dänen, Iren oder Esten gibt. Und dass sie als seine BürgerInnen nicht länger ignoriert und diskriminiert werden wollen.

Gitta Martl hat mir gesagt, ihr Enkel, das pubertierende Kind eines ihrer tragisch verunglückten Söhne, sei fasziniert dabeigesessen, als sie ihrer Mutter meine Niederschrift ihrer Geschichte zur Kontrolle und Autorisierung vorgelesen hat. Die Uroma hat

mit Marcel seit den Babytagen Romanes gesprochen, er kann es fließend und wird sich, so Gitta, sicherlich nie von der Kultur seines Volkes völlig abkoppeln.

Zur Frankfurter Buchmesse 2004 erscheint übrigens ein weiteres von mir herausgegebenes Buch. In der bibliophilen Reihe „Europa erlesen“ des Wieser-Verlags lege ich den Band „Oberösterreich“ vor, ein großes, vielschichtiges Panorama des Bundeslandes mit knapp hundert Beiträgen von SchriftstellerInnen der letzten 200 Jahre. Auch in diesem Buch wird sich eine kurze Erzählung Gitta Martls finden, diesfalls sogar in Romanes neben der deutschen Übersetzung. Gut 500 Jahre nach dem Eintreffen der ersten Sinti im Land wird damit zum ersten Mal in einem repräsentativen Werk diese Minderheitensprache zu Wort kommen: „Nassalo ap o betsch“, „Schatten auf der Lunge“ heißt die Geschichte.

Ludwig Laher

Karl Stojka

Wo sind sie geblieben ...?

Geschunden, gequält, getötet – Gesichter und Geschichten von Roma, Sinti und Juden aus den Konzentrationslagern des Dritten Reiches

Herausgegeben von Sonja Haderer-Stippel und Peter Gstettner.

Mit Beiträgen von: Univ.Prof. Dr. Peter Gstettner, Mag.^a Sonja Haderer-Stippel, Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Prof. Rudolf Sarközi, Univ.Prof. Dr. Peter Stöger, Mag. Hansjörg Szepannek und den Schülerinnen Miriam Haselbach und Antonia Wagner.

Verlag: lex liszt 12, Oberwart 2003, 295 Seiten

Das noch in seinem Todesjahr erschienene Buch von Karl Stojka vermittelt die Botschaft „Gebt der Erinnerung ein Bild, ein menschliches Gesicht!“. Im künstlerischen Schaffen von Karl Stojka waren Texte und Bilder immer schon zentrale Medien der Vermittlung der Erinnerung an die Millionen ermordeter KZ Opfer und der Mahnung an eine Zukunft in Toleranz und Menschlichkeit. Karl Stojka hat diese Medien nicht nur als Mittler benutzt, er hat ihren Stellenwert für die *holocaust education* ganz wesentlich gehoben.

Aus der Dokumentation blickt dem Betrachter/der Betrachte-

rin unendliches menschliches Leid entgegen, nicht namenloses Leid, sondern personalisiertes Leid. Karl Stojka – und das gehört mit zu seinen großen Verdiensten – macht das Leid *namhaft*; er gibt den Opfern ihren individuellen Namen und ihr unverwechselbares Gesicht zurück, wenn auch „nur“ über den Umweg von Gestapo-Fotos.

Durch das Buch werden hunderte von bisher noch unveröffentlichten Gestapo-Fotos aus dem Berliner Document-Center der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wodurch auch weitere (Nach-)Forschungen möglich sind. Die meisten Fotos tragen die Originalsignatur der Gestapo-Kartei, die in der Wiener Zentrale in der Paletzgasse angelegt wurde. Auf vielen Bildern und Fotodokumenten sind Kinder im Kreise ihrer Familie und Freunde abgebildet. Die meisten dieser Situationsaufnahmen wurden in Wien auf der sog. Wankostätte gemacht (heute „Hellerwiese“ bzw. Belgradplatz). Die Wankostätte wurde zum schicksalshaften „Sammelplatz“ für Sinti und Roma, die von dort aus in die Vernichtungslager deportiert wurden. Einer von ihnen war der 12jährige Junge Karl Stojka, der damals mit dem Namen seiner Mutter als *Karl Rigo* registriert wurde. Karl wurde im März 1943 von der Gestapo aus seiner Schule in der Krottengasse (16. Bezirk) abgeholt.

Die Texte der WissenschaftlerInnen in diesem Buch, die Nachrufe von Freundinnen und Freunden, vermögen in besonderer Weise den Leser/die Leserin zu berühren, verweisen diese Texte doch über das Einzelschicksal hinaus auf den sensibelsten und zugleich brüchigsten Teil unserer Zivilisation: die Verantwortung der Erwachsenen gegenüber den Kindern, eine Verantwortung, die in der NS-Zeit nicht gegeben war und deren Negierung zu den größten Menschheitsverbrechen führte.

Dieses Buch ist deshalb nicht nur ein Beitrag zur Holocaustforschung und eine Erinnerung an die Botschaft von Karl Stojka. Es ist auch eine Erinnerung an den Zivilisationsbruch, an den Seelenmord und an den tatsächlichen Mord, begangen von Erwachsenen an Millionen Kindern, eine Erinnerung und eine „Rehabilitation“ jener Menschen, deren Kindheit und Leben in Auschwitz und anderswo gewaltsam und brutal beendet wurden.

Peter Gstettner

Yaron Matras, Hans Winterberg, Michael Zimmermann (Hg.)

Sinti, Roma, Gypsies

Sprache – Geschichte – Gegenwart

Metropol-Verlag, Berlin 2003

Die Beiträge in dem Band stammen von Sozial-, Rechts- und Zeithistorikern, Anthropologen, Politologen, Linguisten und Erziehungswissenschaftlern und wollen Eckpunkte der Geschichte und Kultur der „Zigeuner“ aus interdisziplinärer Sicht beleuchten. Der wissenschaftliche Charakter des Buches soll einer breiten Öffentlichkeit als Basis der Meinungsbildung dienen.

Die Einführung klärt Begriffe, Fremd- und Eigenbezeichnungen, sucht mit „Rom“ und „Dom“ einen umfassenden Begriff und verweist gleichzeitig auf die gegenseitige Abgrenzung der Gruppen.

Asparna Rao behandelt in ihrem Beitrag das Thema „*Peripatetische Gruppen zwischen Kalkutta und Istanbul – Ähnlichkeiten und Unterschiede*“. Die Ethnologin aus Indien beschäftigt sich mit den peripatetischen Gruppen Süd- und Südwestasiens, stellt aber fest, dass die wissenschaftlich-marginalen Gruppen auch sozialpolitisch marginal sind und ähnlich wie die Roma und Sinti in Europa unter Diskriminierung und Repression leiden. Bedeutsam ist ihr Anspruch, in der Ethnologie die Innensicht der Menschen der untersuchten Gesellschaften in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Innensicht begreift sie niemals als monolithisch, sondern als Vielfalt, geprägt von internen und externen Strukturen der Ökonomie und Macht. EthnologInnen müssen im Verständnis von *Asparna Rao* der Gefahr zu romantisieren entgehen, sie haben vielmehr die Pflicht, die Realitäten des Lebens klar darzustellen. *Rao* sieht die Grenzen des Kulturrelativismus dann, wenn Menschenrechte verletzt werden und fordert von EthnologInnen, Stellung zu beziehen. Im Zentrum ihrer Betrachtung stehen Peripatetiker, migrierende Gruppen, die Dörfer und Städte aufsuchen, um selbst produzierte bzw. gekaufte Waren zu veräußern oder um mehr oder weniger spezialisierte und seit Generationen weitergegebene Fähigkeiten und Dienstleistungen anzubieten. Die Bezahlung erfolgt in Bargeld oder Naturalien. In der Folge werden die Vielfalt peripatetischer Gruppen und Lebensweisen, deren Spra-

che, die Interaktion zwischen den Gruppen und anderen Teilen der Bevölkerung sowie gruppenspezifische Mythologien untersucht. Rao stellt auch die Kriminalisierung und sonstige Ausgrenzungs- und Diskriminierungsstrategien gegen „Gypsies“ und andere peripatetische Gruppen durch die jeweils etablierte Bevölkerung dar.

Die Autorin beschreibt die Geschichte peripatetischer Gruppen und die Entwicklungen – Kriege, ökologische und ökonomische Veränderungen, Industrialisierung – die ihre Existenz bedrohen. Die Frage bleibt, wie neue Nischen für ein menschenwürdiges Dasein gefunden werden können, wenn die „traditionellen“ Wirtschaftsformen das Überleben peripatetischer Lebensweisen nicht mehr sichern. „Denn hier geht es nicht um den Erhalt einer von außen auf sie projizierte ‚Zigeunerromantik‘ – und dies gilt nicht nur für die Region zwischen Kalkutta und Istanbul.“

Karl Härtners Beitrag *„Kriminalisierung, Verfolgung und Überlebenspraxis der ‚Zigeuner‘ im frühneuzeitlichen Mittelalter“* gibt einen Überblick über die Situation der mobilen sozialen Randgruppen und deren Etikettierung im „sicherheitspolizeylichen“ Diskurs in Gesetzen, obrigkeitlichen Normen, Verwaltungsberichten u.a. Vaganten und „Zigeuner“ waren als umherziehende Menschen den rigiden Beurteilungen durch Ordnungsmächte der Ständegesellschaft unterworfen. Auf der Grundlage von umfangreichem Quellenmaterial umreißt Karl Härtner den Zuschreibungs- und Etikettierungsprozess bis ins 18. Jh. Exemplarische Vorfälle werden aufgezeigt und den jeweiligen Umständen entsprechend differenzierte Schlüsse gezogen. Durchgehend gibt es Ambivalenzen: „Man wird davon ausgehen müssen, dass sich Ethnizität und kulturelle Praktiken der ‚Zigeuner‘ in diesem Etikettierungs- und Überlebensprozess gleichsam interaktiv ausformten, wobei kaum mehr festgestellt werden kann, was gemeinsam zigeunerisch war und was zugeschrieben, adaptiert und als Überlebensstrategie entwickelt wurde.“

Martin Luchterhandt zeigt in seinem Beitrag *„Stereotyp und Sonderrecht – Zigeunerklischees und Zigeunerpolitik vor dem Nationalsozialismus“*, dass der nationalsozialistische Mord an „Zigeunern“, dem Zehntausende von Sinti und Roma zum Opfer fielen, ohne die Verfolgungspraxis der Länder des Deutschen Reiches vor

1933 weder vorstellbar noch erklärbar ist. Die Stereotypen hatten frühe Quellen wie z. B. Lexika (Brockhaus, Meyer ua.). Journale, Illustrierte des 19. Jh. Luchterhandt stellt die Stereotypen vor, analysiert deren Funktion und erläutert die Maßnahmenkataloge der deutschen Länder, denen sie als Rechtfertigung dienten.

Wesentlicher Akteur in dieser Verfolgungspraxis war die Polizei, die den Ordnungsbegriff „Zigeuner“ prägte und nach den von den Ländern vorgegebenen Sondermaßnahmen agierte.

Luchterhandt geht zwei Fragenkomplexen nach:

- Welche Stereotypen von „Zigeunern“ waren 1870 bis 1933 in der Öffentlichkeit verbreitet? Legitimierten diese Vorstellungen die staatlichen Repressionen und begründeten sie die nationalsozialistische Verfolgung?
- In den Jahrzehnten nach 1900 entwickelten die deutschen Länder durch den Austausch spezieller Verordnungen einen Katalog von Verfolgungsmaßnahmen gegen „Zigeuner“. Wie sah dieses Arsenal der polizeilichen Sonderrechte im Einzelnen aus? Welche Differenzen zwischen den Ländern gab es?

Michael Zimmermann gibt einen Überblick über „Die nationalsozialistische Verfolgung der Zigeuner“. Der im Artikel verwendete Zigeuner-Begriff meint die Fremdbezeichnung von einer kulturalistischen, biologistischen Konstruktion bis zum rassistischen Zigeunerbild. Ausgehend von der europäischen Zigeunerpolitik des Absolutismus wird das Wesen der Stigmatisierung und Verfolgung bis zu den Maßnahmen des Nationalsozialismus charakterisiert. Die Dimension der Vernichtungspolitik, die Unfassbarkeit für die Betroffenen, das Spezifische des „Zigeuner“-Völkermordes wird in Kürze mit hoher Wissenschaftlichkeit bearbeitet.

Gilad Margalit stellt in seinem Beitrag „Die deutsche Politik gegenüber Sinti und Roma nach 1945“ zwei Aspekte bis zu Beginn der 1960er Jahre dar: Die Frage der Anerkennung der NS-verfolgten Sinti und Roma – damals als Zigeuner bezeichnet – durch die Sozial- und Entschädigungsbehörden und die Nachkriegspolitik gegenüber reisenden Sinti und Roma in Westdeutschland.

Peter Widmann befasst sich unter dem Titel „Das Erbe des Anschlusses“ mit der kommunalen Minderheitenpolitik Nachkriegsdeutschlands gegenüber den Sinti und Jenischen, da die Kommu-

nen im Wesentlichen bestimmend waren. An zwei Fallstudien – Freiburg im Breisgau und Straubing in Niederbayern – wird der Wandel kommunaler Minderheitenpolitik in Westdeutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verfolgt. Zielgruppe kommunaler Politik waren die Ärmere, die für die Umwelt als „Zigeuner“ oder „Landfahrer“ zu erkennen waren. Die Etablierteren verheimlichten eher ihre Herkunft, um den gängigen Vorurteilen zu entgehen. Vier Stationen charakterisieren den Wandel der Kommunalpolitik:

1. Abschreckung und Vertreibung in Anknüpfung an alte Traditionen.
2. Ab den 60er Jahren Bewährung und Kontrolle nach überkommenen autoritären Konzepten kommunaler Wohlfahrtspflege in verschärfter Form.
3. Ab Ende der 60er Jahre Eingliederung und Erziehung nach sozialpädagogischen Vorstellungen. Die Maxime lautete: „Integration bei Wahrung der Identität“; der Begriff der Integration war aber so vieldeutig wie der der Identität. Sowohl in Freiburg als auch in Straubing prägten in dieser Phase Einzelpersonen stärker den kommunale Kurs als politische Parteien. Die Sozialpädagogisierung der lokalen Minderheitenpolitik in den 70er Jahren führte zum ersten Mal dazu, dass soziale Mindeststandards für die Ausgegrenzten galten, man lief aber Gefahr, die Sinti und Jenischen nur als Hilfsbedürftige zu behandeln.
4. Ghetto und Niemandsland: Ende der 80er Jahre wurden die Grenzen der Integration in der Konkurrenzgesellschaft sichtbar. Es folgte eine bis heute offene Ernüchterung über die Möglichkeiten sozialtechnologischer Eingriffe bei Konkurrenz auf den lokalen Arbeitsmärkten und der Zählebigkeit der Wahrnehmungsmuster. Sowohl in Freiburg als auch in Straubing war die Hoffnung vergeblich, die Folgen der Ausgrenzung durch einmalige politische Entscheidungen schnell überwinden zu können. So werden die Kommunen als Daueraufgabe akzeptieren müssen, dem Ideal der Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen näher zu kommen.

Michael Stewart präsentiert eine „Fallstudie“: *„Die Roma des un-*

garischen Kommunismus 1945 – 1989“. Die Arbeit beschäftigt sich mit dem Auf und Ab in der „Zigeunerpolitik“ im „Kommunismus“ in Ungarn. Trotz vieler Quellen- und Literaturangaben wird für mich nicht ersichtlich, was eigentlich die „Fallstudie“ sein soll. Für die Wertungen des Autors fehlen die entsprechenden Aussagen der Roma und Sinti. Meines Erachtens verlässt der Autor am Beginn der Zusammenfassung den Boden einer wissenschaftlichen Arbeit, wenn er polemisierend eine eigentlich ungeheuerliche Aussage trifft: „In westeuropäischen Ländern, die nie unter der Herrschaft einer einzigen Partei gelitten haben, ist das Argument Mode geworden, die kommunistische Periode in Osteuropa habe auch ‚ihre guten Seiten gehabt‘, nicht nur Verlierer, sondern ebenso Gewinner gekannt. In gewissem Sinn trifft dies auf jedes Regime zu; man braucht nur an die deutschen Autobahnen zu denken.“

Yaron Matras *„Die Sprache der Roma. Ein historischer Umriss“*. Der Einblick in Werden und Vielfalt des Romanes ist nicht nur für sprachwissenschaftlich Interessierte bedeutend, sondern er liefert auch sozialgeschichtliche Bezüge. Die in der Gegenwart zunehmende Verschriftlichung des Romanes bzw. der Romanes-Mundarten durch Stützung auf das Alphabet der Landessprache fand und findet offizielle Unterstützung. „So werden in Österreich beispielsweise mit staatlicher Unterstützung die verschiedenen Mundarten (Sinti, Lovari, Burgenland, Kelderash) dokumentiert und nach Absprache mit Vertretern der Gruppen auch unterschiedlich verschriftlicht.“ Verschriftlichung der Sprache ermöglicht den Zugang zu den Medien, zu eigenen Medien und Romanes als schriftliches Kommunikationsmittel im Internet und per Email. „Somit zeigt Romani ein bisher einzigartiges Beispiel für dezentrale, mehrdialektale Kodifizierung einer Sprache, gestützt durch neue Technologie.“

Elisabeth Tauber *„I kamli maestra und die Geschichte der Zigeunerprinzen.“ Ein ethnologischer Blick auf eine Volksschulklasse in Südtirol*. Elisabeth Tauber kritisiert die Theorie der „Anthropologists of Education“, die schulisches Versagen bestimmter Gruppen als „ethnic school failure“ bezeichnen und die die Annahme voraussetzen, dass die Schule ein universell anerkannter Wert sei, in den sich kulturelle Minderheiten fügen müssen. Die langjährige Feld-

forschung der Autorin über Sinti-Kinder zeigt, dass Schule in deren zentralen Lebensmomenten keine zentrale Rolle spielt. Die Tatsache, dass es in Italien wie auch in den anderen europäischen Ländern eine Schulpflicht gibt, genügt nicht, sie auch für die Sinti zu einem kulturellen Wert zu etablieren – das heißt aber nicht, dass Schule für sie ein ausschließlich negativ besetzter Ort ist. Das Wissen der Sinti-Kinder ist nicht das übliche Schulwissen. Elisabeth Tauber zeigt, „wie die Beziehung einer Lehrerin zu den Sinti ihre Arbeit in der Klasse beeinflusst, ohne dass die Sinti-Kinder oder deren Eltern etwas von ihrem spezifischen kulturellen Wissen aufgeben müssen“. Der Analyse über eine einzelne Lehrerin wird viel Platz eingeräumt, „da sie abgesehen von ihren didaktischen und pädagogischen Qualitäten in ihrem Unterricht die Selbstvision der Sinti ohne Zweifel und ohne Misstrauen einfließen lässt und damit den Sinti den Platz in der Welt zugesteht, den sie selbst beanspruchen. Ein Anspruch, der von der Mehrheit der Nicht-„Zigeuner“ nicht anerkannt wird.“ Eingebettet in die kritischen Betrachtungen zur Theorie der Anthropologists, einem Überblick über die Schule in Italien/Südtirol und Einschätzungen, was üblicherweise „gute LehrerInnen“ seien, beobachtet, beschreibt und analysiert Elisabeth Tauber den Unterricht der Maestra Sabina in einer Südtiroler italienischen Volksschule. Dieses Kernstück des Beitrages möchte ich nicht in Kurzfassung wiedergeben, es ist so kostbar, dass jede Lehrerin/jeder Lehrer lesen sollte, mit wie viel Respekt und Liebe maestra Sabina mit Kindern umgeht. Man möchte diese Frau kennenlernen und umarmen. Ohne Hilfe von StützlehrerInnen und MediatorInnen meistert sie mit den Kindern in gegenseitigen Lernprozessen den Schulalltag. „I kamli maestra“ – „kamli“ bedeutet in Romanes „gütig, großherzig, großzügig“ – so nennen die Eltern der Sinti-Kinder eine Gadze. „Maestra Sabina hat bei den Sinti diesen Status erworben, weil sie erstens im Unterricht keine Differenzierung und Diskriminierung der „bambini nomadi“ begeht und zweitens bereit ist, das Wissen, das ihr die Sinti über sich anbieten, anzunehmen.“ Geheimnisse und Wissen, das sich der Verschriftlichung durch die Gadze entzieht, dürfen bleiben.

Elke Renner

Stefan Horvath

„Ich war nicht in Auschwitz“

Erzählungen

Buch und CD, edition lex liszt 12 2003

Herausgeber Horst Horvath und Peter Wagner

Stefan Horvath wurde 1949 als direkter Nachkomme zweier KZ-Überlebender geboren, er besuchte in Oberwart die Volksschule und dann statt der achtklassigen Volksschule die Hauptschule, er war zum damaligen Zeitpunkt das erste „Zigeunerkind“, das im Burgenland eine Hauptschule besuchen konnte. Eine weitere Ausbildung blieb im verwehrt, er pendelte als knapp Fünfzehnjähriger nach Wien um Arbeit zu haben und erlebte in Wien mehr Toleranz und Verständnis. Er heiratete jung, zu den drei eigenen Kindern adoptierte die Familie fünf weitere. Am 4. Februar 1995 wurde ein Sohn bei dem mörderischen Anschlag in Oberwart getötet und damit auch das vergangene Familienleid wieder bewusst. „Ich sah mein eigenes Leben am Tatort in einer einzigen Sekunde vor mir ablaufen. Und seit diesem Augenblick glaube ich auch die Stimme der Toten meiner Volksgruppe zu hören, die in den Konzentrationslagern umgekommen sind. Menschen, die ich nie kennenlernen durfte, weil sie im Dritten Reich erschlagen, vergast und verbrannt wurden. Und all diese Geschichten und Gedichte, die ich seitdem schreibe, sind eigentlich die Geschichte und das Leiden meiner Volksgruppe in der NS-Zeit und bis heute.“ 31 Texte werden in dem Buch gesammelt, manche in Deutsch und Romanes. 14 davon werden auf der CD interpretiert. Sämtliche Autoren und Komponisten, Musiker und Interpreten, Verlage und Labels stellten ihre Mitwirkung an dieser CD unentgeltlich zur Verfügung. Illustriert wird der Band mit Zeichnungen von Schülerinnen auf beeindruckende Weise.

Peter Wagner hat nicht nur die CD gestaltet, sondern auch den Film „Stefan Horvath, Zigeuner aus Oberwart“ gemacht. Der Film kann unter EROS KADAVER FILM, A-7532 Litzelsdorf, Waldhäuser 180 oder peter.wagner@nexta.at angefordert werden.

An dieser Stelle möchten wir, die schullehft-Redaktion, Peter Wagner für alle seine Publikationen, Aktionen und Stellungnahmen für Roma und andere Minderheiten danken, er wird zu Recht das intellektuelle Gewissen des Burgenlandes genannt.

Elke Renner

Mongo Stojka

„Papiere Kinder“ – Glück, Zerstörung und Neubeginn einer Roma-Familie in Österreich

Molden Verlag, Wien, 2000, ISBN: 3 – 85485 – 045 – X

Mongo Stojka, geboren 1929, aus einer Wiener Romafamilie der Lowara – Gruppe schildert sein Leben. Die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg und dann von der „Hellerwiese“, dem Sommerlager der Lowara im 10. Bezirk weg, beginnt der Weg der Familien in die Konzentrationslager. Mongo überlebt mit seinem Bruder Karl mehrere Konzentrationslager und den „Todesmarsch“. Sein geradezu „verrückter Humor“ hilft mit, nach dem Krieg wieder Fuß zu fassen und eine neue große Familie aufzubauen. Mongo Stojka, nach seinem Beruf als Orientteppichhändler nun im Ruhestand, engagiert sich weiter in Fragen österreichischer Roma und Sinti.

Die Geschichten sind Einblicke in Geschichte, persönliche, berührende Wirklichkeit in radikaler Offenheit geschrieben, mit Fotos ergänzt, eine kostbare Dokumentation.

Miso Nolic

Band 1:

„...und dann zogen wir weiter“ – Lebenslinien einer Romafamilie

Mit einem Vorwort Mariella Mehr

Band 2:

„Landfahrer“ – Auf den Wegen eines Rom

Drava – Verlag, Klagenfurt, Edition Niemandland

Miroslav Nolic, Miso, wird 1940 in Serbien als Kind eines Pferdehändlers und einer Wahrsagerin geboren. Es beginnt ein Leben zwischen Wanderschaft und zeitweiliger Sesshaftigkeit.

Nur kurz behandelt er im Buch das Kapitel über den Naziteror, im Mittelpunkt stehen die Personen eines Familienverbandes jugoslawischer Roma, vor allem der Vater. Die Erschütterungen nach dem Tod des Vaters, die Flucht vor dem Militärdienst in Jugoslawien führen Miso durch viele Länder, bis er am Ende der Odyssee mit seiner Frau Ruzsa und den Kindern in Wien bleibt.

Im Amerlinghaus beginnt er 1995 in der von Christa Stippinger betreuten Schreibwerkstatt die Saga seiner Familie und seines Lebens niederzuschreiben. Thomas Busch von der Edition Niemandsland bearbeitet die Sprache von Miso Nicolic behutsam, lässt serbokroatische und norddeutsche Lehnwörter.

Solche Lebensgeschichten führen in ihrer Herzlichkeit und Ehrlichkeit trotz aller „Fremdheiten“ in den Lebensweisen Autor und Lesende zueinander und schaffen ein Klima des Vertrauens.

Elke Renner

Märchen, Erzählungen und Lieder der Lovara, Roma, Romna:

Halbwachs Dieter et al, (Hg.),

3 Bände, Drava Verlag Klagenfurt, 2001

Fern von uns im Traum, Te na dikhas sunende

Märchen, Erzählungen und Lieder der Lovara

Noch vor wenigen Jahrzehnten vermochten die paramicearja, hoch angesehene Geschichtenerzähler, ihr Publikum nächtelang in ihren Bann zu ziehen, und bis heute finden sich talentierte ErzählerInnen wie Ceija Stojka oder Rusa Nikolić-Lakatos, deren Worte eine ferne Märchenwelt evozieren. Lebendige, zum Teil drastische Schilderungen, reich an magischen Formeln und archaischen Bildern, prägen diese Erzähltradition; ihre ausdrucksstarke und bildhafte Sprache klingt auch in den deutschen Übersetzungen nach. Mit ihren Märchen, Schwänken, Parabeln, autobiographischen Erzählungen und Liedern, die in den vergangenen vierzig Jahren auf Tonband aufgenommen wurden, gewähren die Lovara einen tiefen Einblick in ihre noch kaum bekannte Kultur und Geschichte, aber auch in ihre gegenwärtige Situation.

Der Rom und der Teufel, O rom taj o beng

Märchen, Erzählungen und Lieder der Roma aus dem Burgenland

Seit jeher haben die Roma im Burgenland ihre Sprache, das Roman, wie ihre gesamte Kultur mündlich überliefert: In Märchen, Geschichten, Erzählungen und Lieder gefasst, werden die Erfahrungen der Alten an die Jungen weitergegeben. Diese Kette ist im 20. Jahrhundert gerissen, Zeichen der Zeit, vor allem aber Folge des Holocaust, der das Gedächtnis der Volksgruppe ausgelöscht hat. Die wenigen, welche das Konzentrationslager überlebt haben, sind inzwischen alt oder bereits gestorben; und in der Ära der vorgefertigten Kommunikation findet sich kaum noch jemand, der ihren Schatz weitergibt. Die Texte dieses Bandes basieren auf Tonbandaufnahmen aus den vergangenen vierzig Jahren und vermitteln einen Eindruck von Reichtum und Eigenart dieser bedrohten Welt.

Die schlaue Romni, E bengali Romni

Märchen und Lieder der Romna

»Es war und es war nicht« – mit diesen Worten leiten viele Roma-Erzähler ihre Geschichten ein, wenn sich die Zuhörerschaft um sie versammelt hat. Die mündliche Erzähltradition nimmt vielerorts bis heute in der Kultur der zahlreichen europäischen Romagruppen einen zentralen Stellenwert ein. Viele dieser Gruppen werden in der vorliegenden Auswahl von Märchen, Schwänken, Legenden und Liedern präsentiert. Die Texte wurden in den vergangenen vier Jahrzehnten als Tonaufnahmen gesammelt. Sie vereinen archaische Elemente indo-iranischer Märchenkultur mit Einflüssen aus den verschiedenen Ländern, in denen die Gruppen im Laufe der Zeit gelebt haben. Sie sind ausdrucksstark und bildhaft, reich an Wunschformeln und ritualisierten Wendungen, und mitunter auch unerwartet drastisch. Der zweisprachige Band dokumentiert verschiedenste Dialekte des Romani und gewährt Einblicke in Lebensweisen und Vorstellungswelten dieses in unserer Mitte lebenden und doch fast unbekanntes Volkes.

AutorInnen

János Bársony, Historiker, Budapest

Gerhard Baumgartner, Historiker und Journalist, Wien

Herwig Czech, Historiker, Wien

Ágnes Daróczy, Soziologin und Gesellschaftsforscherin, Budapest

Elisabeth Fraberger, HS-Lehrerin, Wien

Florian Freund, Historiker, Universität Wien

Peter Gstettner, Univ.Prof für Erziehungswissenschaften, Uni Klagenfurt

Hans Haider, AHS-Lehrer und Obmann des Vereins „Erinnern“, Villach

Hannes Hofbauer, Historiker, Verleger und Journalist, Wien

Ludwig Laher, freier Schriftsteller, St. Pantaleon, Oberösterreich

Peter Malina, Historiker, Wien

Alfred Merle, HS-Lehrer, Tragwein, Oberösterreich

István Nuber, Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Holocaust Dokumentationszentrum, Budapest

Elke Renner, AHS-Lehrerin, Wien

Christa Stippinger, Autorin und Herausgeberin Verein.edition. Exil, Kultur- und Kommunikationszentrum Amerlinghaus, Wien

György Szretykó, Soziologe, Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzender des Lehrstuhls an der Westungarischen Universität, Taksó

Johannes Zuber, BS-Lehrer, Wien

